



Brigit Wehrli-Schindler

Urbane Qualität für Stadt und Umland

Ein Wegweiser zur Stärkung einer nachhaltigen Raumentwicklung

Synthese des Nationalen Forschungsprogramms
«Neue urbane Qualität» (NFP 65)

Scheidegger & Spiess

FNSNF

SCHWEIZERISCHER NATIONALFONDS
ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG

Urbane Qualität für Stadt und Umland

**Ein Wegweiser zur Stärkung einer
nachhaltigen Raumentwicklung**

Impressum

Erarbeitet und publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung als Synthese des Nationalen Forschungsprogramms «Neue urbane Qualität» (NFP 65).

Für die Forschungsergebnisse sind die jeweiligen Forschungsteams verantwortlich, für die Synthese und die Empfehlungen die Leitungsgruppe sowie Autorinnen und Autoren. Ihre Auffassung muss nicht notwendigerweise mit derjenigen des Schweizerischen Nationalfonds oder der Forschungsteams übereinstimmen.

Herausgeberin

Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms «Neue urbane Qualität» (NFP 65)

Autorin

Brigit Wehrli-Schindler, Mitglied der Leitungsgruppe des NFP 65

Gestaltung und Satz

Furore GmbH, Basel

Lektorat

Urs Steiner, Zürich

Druck

DZA Druckerei zu Altenburg GmbH, Thüringen

© 2015 Schweizerischer Nationalfonds, Bern, und Verlag Scheidegger & Spiess AG, Zürich

Verlag Scheidegger & Spiess AG, Niederdorfstrasse 54, 8001 Zürich, Schweiz

Alle Rechte vorbehalten; kein Teil dieses Werks darf in irgendeiner Form ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

ISBN 978-3-85881-482-1

Dieses Buch ist auch in einer französischen Ausgabe erhältlich:
ISBN 978-3-85881-770-9

Urbane Qualität für Stadt und Umland

Ein Wegweiser zur Stärkung einer nachhaltigen Raumentwicklung

Synthese des Nationalen Forschungsprogramms «Neue urbane Qualität» (NFP 65)

Herausgegeben von der Leitungsgruppe NFP 65

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 6		
TEIL 1		TEIL 2	
URBANE QUALITÄT ALS ZIEL		DER WEG ZU NEUER URBANER QUALITÄT	
1.		4.	
Wodurch zeichnet sich urbane Qualität aus?	Seite 12	Akteure und Instrumente in der Raumentwicklung	Seite 84
1.1. Urbane Qualität im Verständnis des NFP 65	Seite 13	4.1. Raumplanerische Rahmenbedingungen	Seite 85
1.2. Neue Konzepte ausserhalb der traditionellen Stadt	Seite 15	4.2. Beratungs- und Unterstützungsprogramme des Bundes	Seite 87
2.		4.3. Beitrag der Hochschulen und Verbände	Seite 90
Urbane Qualität aus Sicht der Ergebnisse des NFP 65	Seite 18	4.4. Bauherrschaften und Projektentwicklungsfirmen	Seite 92
2.1. Sieben messbare urbane Qualitäten	Seite 20	4.5. Zusammenarbeit von Privaten und öffentlicher Hand	Seite 95
2.2. Fachwissen und Einbezug von Anspruchsgruppen als Basis für Qualität	Seite 24	4.6. Rolle der Planungs- und Baufachleute	Seite 97
2.3. Urbane Qualität im öffentlichen Raum	Seite 27	4.7. Unterschätzte Einflussfaktoren	Seite 99
2.4. Urban Farming als Beitrag zur urbanen Qualität	Seite 29	5.	
2.5. Folgen von Entscheidungsprozessen in der Raumentwicklung	Seite 32	Empfehlungen - Wie kann urbane Qualität entstehen?	Seite 100
3.		5.1. Verstärktes Engagement der öffentlichen Hände nötig	Seite 102
Eine Synthese für die Qualität in der Praxis	Seite 34	5.2. Empfehlungen an private Akteure	Seite 108
3.1. Räumliche Situationen und Art der Planungsvorhaben	Seite 36	5.3. Sorgfältige Gestaltung der Planungsprozesse	Seite 111
3.2. Qualitätsziele und Inhalte	Seite 41	5.4. Ergebnisqualität: Über das Projekt hinausdenken	Seite 117
3.3. Referenzbeispiele für das Entstehen urbaner Qualität	Seite 47	5.5. Qualitätsziele bis in die Umsetzung erhalten	Seite 118
		5.6. Bedarf es neue Planungsinstrumente?	Seite 119
		Schlussbemerkungen	Seite 121
		Anhang	Seite 122
		Akteure des NFP 65	Seite 122
		Verzeichnis der Forschungsprojekte des NFP 65	Seite 124
		Literaturverzeichnis	Seite 126

Einleitung

6

Wieso wurde das Forschungsprogramm zur «neuen urbanen Qualität» ins Leben gerufen? Es liegen doch bereits die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms «Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung» (NFP 54) vor, die 2011 im Synthesebericht *Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung – Von der Verwaltung zur aktiven Entwicklung* zusammengefasst und publiziert wurden (Leitungsgruppe NFP 54, 2011). Doch diesem Bericht und anderen Publikationen der letzten Jahre zum Trotz hat sich bis anhin an der wenig nachhaltigen Siedlungsentwicklung in der Schweiz kaum etwas verändert. Seit Jahren wird moniert, dass in unserem Land pro Sekunde 1 m² Landwirtschaftsland verschwindet. Dennoch geht es immer so weiter. Auch die in den Medien wiederholt geäußerte Kritik an der Zersiedlung verpufft eher wirkungslos.

Weshalb entwickeln sich Prozesse in eine Richtung, die man – zumindest offiziell – nicht will? Die Gründe sind gemäss Maria Lezzi, der Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung (Lezzi, 2012), beim Markt, der günstigen Mobilität, den Zonenplänen und den jeweiligen Nachbarn zu finden. Von diesen ist wohl der Markt der grösste Treiber, nicht zuletzt deshalb, weil wir bei der Nachfrage nach Wohnraum fast unersättlich geworden sind. Wir brauchen stetig mehr Raum für unsere Erst- und oft auch für eine Zweitwohnung. Je kleiner die Haushalte geworden sind, desto mehr Platz beanspruchen sie. Sicher, es gibt Unterschiede nach gewähltem Wohnstandort. In der Stadt brauchen die Menschen verglichen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern ländlicher Gegenden zwar weniger Platz, aber auch sie beanspruchen immer mehr davon. Die Gesellschaft kann sich mehr Raum leisten, weil unsere Wirtschaft floriert und die meisten mehr Geld für das Wohnen zur Verfügung haben. Nur braucht diese florierende Wirtschaft auch immer mehr Arbeitskräfte. Die Folge ist, dass viele Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen, um an unserer hohen Lebensqualität teilhaben zu können. Somit potenziert sich die Nachfrage nach Raum: Mehr Menschen, die meisten mit höheren Flächenansprüchen, lassen eine übermässig grosse Nachfrage nach Wohnraum entstehen. Diese führt dazu, dass weiterhin viel gebaut wird, was die Siedlungsfläche nach wie vor weiter wachsen lässt. Damit das Siedlungsgebiet aber nicht nur wächst, sondern auch an Qualität gewinnt, «besser» wird, sind Überlegungen zur Qualität der Stadt- und Siedlungsentwicklung dringend angebracht.

Befragt man die Schweizerinnen und Schweizer zu ihrer Wohnsituation, so zeigen sie sich fast immer sehr zufrieden mit ihrem Zuhause. Meist auch mit ihrem Quartier, ihrer Siedlung oder ihrer Nachbarschaft. Denn die Wohnsituation entspricht in der Regel den Präferenzen der Bewohnerschaft, oder aber deren Präferenzen passen sich

den realen Gegebenheiten an. Denn wo man wohnt, ist man daheim. Glaubt man den Autoren des Buches *Daheim – Eine Reise durch die Agglomeration* (Daum/Schneeberger, 2013), so fühlen sich die Bewohnerinnen und Bewohner selbst in Gebieten der Agglomeration wohl, die aus fachlicher Sicht wenig attraktiv sind. Man passt sich an, erlebt seine Geschichte dort, wo man zu Hause ist, gibt dem Ort damit eine persönliche Qualität und schafft sich so die Möglichkeit, zufrieden zu sein. Man identifiziert sich mit der eigenen Wohnsituation, nicht aber mit dem generellen Siedlungsgefüge der Agglomeration. So stimmen viele, die selber in einer Agglomerationsgemeinde leben, in die Kritik an der Siedlungsentwicklung rund um die Kernstädte ein.

Demgegenüber vertreten die Planer Fritz Schumacher und Michael Koch in einem Interview in der Zeitschrift TEC 21 die These, dass die Siedlungsgebiete der Agglomeration von der Fachwelt zu sehr stigmatisiert würden. Die Grundfrage laute, so Fritz Schumacher, «wie reagieren wir auf das Faktum, dass die Stadt offensichtlich an einer bestimmten Stelle nicht mehr vorhanden ist, aber die Landschaft auch nicht mehr da ist? Welche Qualitäten stecken in dieser urbanisierten Landschaft vor unserer Haustüre, und wie können wir diese wieder sichtbar machen?» (TEC 21, 2012). Man solle die Schweiz anders sehen, zum Beispiel als Gartenstadt. Michael Koch erläutert: «Mit der Anlehnung an den Begriff der Gartenstadt versuchen wir, das besondere Potenzial des Schweizerischen Siedlungsgefüges einzufangen. Das hilft uns, ein Bild zu generieren, das nicht nur verstanden [...], sondern in der Öffentlichkeit auch als ein dem Lebensalltag entsprechendes Bild wahrgenommen wird. Dieses Bild ist im Fachdiskurs aber mit Vorurteilen behaftet: als nicht urban, provinziell, rückständig, Ursache der Zersiedlung etc. Wir müssen demnach versuchen, den positiven Reflex in der Öffentlichkeit mit dem negativen Reflex in der Fachwelt auszu-söhnen.» (TEC 21, 2012).

Der Weg zu einem positiveren Bild aber kann nur über eine Steigerung der Qualität und der Attraktivität gehen. Eine Möglichkeit zur Qualitätssteigerung liegt gemäss Fritz Schumacher in einer Fokussierung auf den öffentlichen Raum und auf die Freiräume in der Agglomeration: «Meiner Meinung nach braucht es einen neuen Berufsstand: den Agglomerationsgärtner.» (TEC 21, 2012). Über die Umgebungsgestaltung der einzelnen Überbauungen hinaus fehlten verbindende Freiraumkonzepte, die aus der Agglomeration städtische Räume mit parkartigen Grünräumen schaffen und damit einen Beitrag zur neuen urbanen Qualität leisten würden.

Die heutige Zersiedlung der Landschaft geht offenbar nicht nur der Fachwelt, sondern auch dem Schweizer Volk zu weit, weshalb es für ein neues, griffigeres Raumpla-

7

nungsgesetz, für die Kulturlandinitiative und für die Zweitwohnungsinitiative votierte. Der Wunsch nach einer kontrollierten, konzeptionell gestalteten Siedlungsentwicklung, die die Landschaft schützt und auf bestehende Orte den Fokus richtet, diese verdichtet und damit auch lebendiger und intensiver macht, ist weit verbreitet. Gegenwärtig gibt es auch Bestrebungen des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA), dass vermehrt Gewicht auf *Baukultur* gelegt werden solle, ein Begriff, der – leider – im Vokabular der Planungs- und Baubranche bis anhin wenig verwendet wurde.

Eine solche konzeptionell erarbeitete Raumentwicklung, die das Bewusstsein für Baukultur fördern will, soll zu einer neuen Urbanität führen, die nicht auf die Stadt begrenzt ist, sondern auch kleinere Städte und Gemeinden der Agglomerationen netzartig verbindet und damit urbaner macht. Die «Hüsli-Schweiz», wie Benedikt Loderer (Loderer, 2012) sie nennt, muss – zumindest in den Agglomerationsgebieten – überwunden werden. Die Diskussion darüber, wie eine neue urbane Qualität auch ausserhalb der Kernstädte entstehen kann und welche Vorgehensweisen und Instrumente dazu benötigt werden, bildet den Schwerpunkt dieser Publikation.

Praktisch alle – politisch oder fachlich – an der Siedlungsentwicklung beteiligten Akteure sind sich einig, dass die politisch beschlossene und verordnete Siedlungsentwicklung nach innen die richtige Lösung für unser Land darstellt. Es gibt kaum öffentliche Gegenstimmen – zumindest nicht im Grundsatz. Doch wie steht es, wenn es um die Umsetzung geht? Eine vom Kanton Zürich 2014 in Auftrag gegebene Studie zum Thema «Akzeptanz der Dichte» zeigt auf, dass über alle untersuchten Siedlungstypologien hinweg lediglich 22 Prozent der Befragten «einfach so» eine höhere Dichte akzeptieren würden. Die Akzeptanz steigt erst, wenn sie mit qualitativen Verbesserungen einhergeht (Kanton Zürich, 2015). Auch hier zeigt sich: Qualität ist gefragt. Worin aber Qualität schliesslich besteht, ist nicht einfach zu fassen. Dies war unter anderem Gegenstand der Forschungsprojekte des Nationalen Forschungsprogramms «Neue urbane Qualität» (NFP 65).

TEIL 1

URBANE QUALITÄT ALS ZIEL

1.

Wodurch zeichnet sich urbane Qualität aus?

1.1.

Neue urbane Qualität im Verständnis des NFP 65

Anders als die meisten Forschungsprogramme enthält das NFP 65 «Neue urbane Qualität» in seinem Namen bereits ein normatives Ziel. Dass eine neue urbane Qualität entstehen soll, ist gesetzt. Die fünf Forschungsprojekte sollen diese erstens definieren und zweitens Überlegungen dazu anstellen, wie sie erreicht werden kann.

Konkret werden im Ausführungsplan des NFP 65 folgende Programmziele genannt:

- Erarbeitung von Konzepten und Strategien zur neuen urbanen Qualität, die an Beispielen der bestehenden Raum- und Stadtstruktur der Schweiz überprüfbar sind;
- Generierung von Prozesswissen aus der interdisziplinären Zusammenarbeit;
- Stärkung der Forschung in den Disziplinen Städtebau und Architektur.

«Das Forschungsprogramm zielt auf die (Weiter-)Entwicklung von Konzepten und Strategien für neue urbane Qualität sowie auf die Prüfung der Umsetzbarkeit der Forschungsergebnisse. Erwartet werden Forschungsergebnisse, die mittel- (2030) und langfristig (2050) realisierbare, innovative Wege in der Stadtentwicklung, im Stadtumbau und Städtebau der Schweiz aufzeigen. Dabei wird von der Perspektive der beiden Disziplinen Städtebau und Architektur ausgegangen. Jedoch wird ein integrationsorientiertes Zusammenwirken von Forschenden und Experten aller relevanten Disziplinen erwartet. Je stärker sich die beiden Kerndisziplinen den fachübergreifenden Nahtstellen (prozessual) annähern, umso grösser wird die Qualität der interdisziplinären Ergebnisse sein, welche letztlich auch den Ansprüchen der Anwender und Stakeholder genügen müssen.» (Schweizerischer Nationalfonds, 2009, Seite 4)

Forschungsleitend dabei ist folgende Annahme: «Dem NFP 65 liegt die Hypothese zugrunde, dass sich die der Stadtentwicklung inhärenten Qualitäten nicht unabhängig voneinander aus ästhetisch-gestalterischen, umweltmässigen (Boden, Wasser, Klima), sozialen (Zusammenhalt, Lebensstile, Identität) und ökonomischen (Arbeitsplätze, Attraktivität, Konkurrenzfähigkeit) Kriterien entwickeln lassen. [...] Die Entwicklung von zukunftsfähigen Lösungen kann folglich nicht einer Disziplin überlassen werden.» (Schweizerischer Nationalfonds, 2009, Seite 6)

Es werden also unter dem normativen Ziel einer angestrebten neuen urbanen Qualität interdisziplinäre Konzepte erwartet, die diese Qualität herbeiführen. Sie sollte den Anforderungen aller beteiligten Disziplinen genügen und eine Lebensqualität im gebauten Raum schaffen, die sowohl städtebauliche, soziale und ökologische Qualitäten aufweist als auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Leitungsgruppe des NFP 65 hat

zudem fünf Kernfragen formuliert, die im zweiten Synthesebericht «Stadtwerdung der Agglomeration» (Sulzer/Desax, 2015) erläutert sind.

Urbane Qualität in einem umfassenden, interdisziplinären Sinn zu erforschen und Hinweise dazu zu geben, wie sie erreicht werden kann, ohne dass sie im Detail präzise fassbar ist, stellte sich als eine anspruchsvolle Aufgabe heraus. Nicht nur wegen des geforderten interdisziplinären Ansatzes, sondern auch wegen der Bedingungen, unter denen der gebaute Raum geplant und produziert wird. Gefragt ist nicht nur, welche Qualität zu produzieren ist, sondern auch, mit welchen Vorgaben, Instrumenten, Prozessen und Akteuren das gewünschte Ziel erreicht werden kann. Das Programm sucht Ergebnisse also nicht nur im Hinblick auf die Produktqualität, sondern auch auf die Prozessqualität.

Die Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten wurden in zwei Synthesepublikationen verarbeitet: zum einen in einer eher grundsätzlich städtebaulich ausgerichteten Synthese (Sulzer/Desax, 2015), zum anderen in der hier vorliegenden Publikation in praxisorientierter Weise.

1.2.

Neue Konzepte ausserhalb der traditionellen Stadt

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zeigen, dass urbane Qualität nicht nur in den Kernstädten, das heisst im klassischen Sinn der gewachsenen europäischen Stadt, eingefordert werden kann. Die Forderung nach urbaner Qualität kann und muss im erwähnten umfassenden Sinn auf fast jeden Typ von Siedlungsentwicklung bezogen werden. Das neue Raumplanungsgesetz verlangt *Siedlungsentwicklung nach innen*, und zwar unabhängig von der Gemeindegrösse. Eine gut geplante und lokal abgestimmte Verdichtung der bestehenden Strukturen bietet Chancen für höhere urbane Qualität in Agglomerationsgemeinden – nicht nur in baulicher, sondern ebenso in sozialer und in ökologischer Hinsicht.

Heute wird die Diskussion darüber geführt, ob primär in den Kernstädten verdichtet werden soll (vgl. dazu Zimmerli in NZZ, 2013) oder ob Verdichtung und Transformation nicht ebenso (oder gar eher) im städtischen Umland stattfinden soll, insbesondere in den grösseren Agglomerationskernen, wo ja bereits Siedlungstypologien in halbstädtischer Dichte vorhanden sind. Gerade an solchen Orten sollte die urbane Qualität gesteigert und die bestehende Ortsidentität gestärkt werden (vgl. dazu Wehrli in NZZ, 2013). Wenn der Kanton Zürich in seinem Raumordnungskonzept (Kanton Zürich, 2013) fordert, dass 80 Prozent des Bevölkerungswachstums in urbanen Räumen stattfinden soll, so meint er damit nicht nur die beiden Kernstädte, sondern versteht darunter eben auch die städtischen Agglomerationsräume wie Glatttal, Limmattal oder die Gebiete entlang der beiden Ufer des Zürichsees. Mit dem neuen Raumplanungsgesetz und dessen vom Bund verlangten Umsetzung in den Kantonen (wie im neuen vom Parlament verabschiedeten Richtplan des Kantons Zürich) wurden politische Rahmenbedingungen gesetzt, die die Chance bieten, dass die Ergebnisse des NFP 65 tatsächlich umgesetzt werden: in den Städten und im städtischen Umland.

Von der Bevölkerung in den Kernstädten wird oft – leicht überheblich – behauptet, echte Urbanität und Qualität ende spätestens an den Stadtgrenzen (vgl. dazu Müller in NZZ a.S., 2014). Es lässt sich heute ein eigentlicher «Innenstadt-Hype» ausmachen. «Man» wohnt heute in der Stadt. War noch in den 1990er Jahren eine weit verbreitete «Stadtflucht» festzustellen (vgl. dazu Frey, 1990), gilt heute das Umgekehrte. Die Städte, dabei ganz besonders die Innenstädte und nicht etwa die Wohnquartiere am Stadtrand, sind begehrt. – Weshalb? Die als Mittel gegen die Abwanderung initiierten Aufwertungsmassnahmen der Städte haben Früchte getragen. Durch Investitionen in den öffentlichen Raum, den Ausbau des öffentlichen und die Rückbindung des motorisierten Verkehrs haben die Städte enorm an Lebens- und urbaner Qualität gewonnen (Wehrli, 2009). Zudem bieten sie eine hohe Nutzungs-

vielfalt und kulturelle Einrichtungen in Fussdistanz – all das, was man gemeinhin unter Urbanität versteht.

Demgegenüber sind die Umlandgemeinden im Rückstand, obwohl oder gerade weil sie quantitativ meist stärker gewachsen sind als die Stadt. Sie verstehen sich als Teil des Stadtumlandes mit einem starken Bezug auf die Kernstadt. Auch wenn die grösseren Gemeinden in urbanisierten Agglomerationsgebieten neben Wohn- heute auch Arbeitsplatzstandorte geworden sind, fehlen ihnen klassische Elemente der Urbanität – trotz ihres Wachstums. Zur höheren Ausbildung, für mehr als alltägliches Shopping oder für kulturelle Angebote besucht man regelmässig die Kernstadt. Die Stadtrandquartiere unterscheiden sich im Übrigen darin nicht wesentlich von den Umlandgemeinden. «Komm, wir gehen in die Stadt», sagt man in den Stadtrandquartieren wie im Umland. Oft braucht man dank guter S-Bahn-Verbindungen aus dem Umland dafür eher weniger Zeit als mit dem Tram aus einem Stadtrandquartier. Hört die Stadt also an ihren politischen Grenzen auf, oder verdünnt sie sich einfach nach aussen hin?

Interessanterweise lässt sich feststellen, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner von Kernstadt und Umland oftmals in politischen Fragen und im Lebensstil unterscheiden. Dies führt zur Frage nach den Motiven der Wohnsitzwahl. Wie kommen Präferenzen zustande? Befragungen geben dazu gewisse Antworten: Im Umland der Städte leben teils Leute, die in der Kernstadt keinen Platz mehr haben, weil sie für sich keine bezahlbare Wohnung finden. Für sie ist das Umland zu Beginn nur zweite Wahl. Es gibt aber auch jene, für die das Umland erste Wahl darstellt, weil sie z. B. die Attraktivität der Lage, die Landschaftsqualität, das Grün, die Möglichkeit, im eigenen Haus zu wohnen oder andere Motive höher gewichten als die Urbanität der Kernstadt. Die gute öffentliche Verkehrsanbindung des Umlandes an die Kernstadt tut das ihre dazu. So sind viele Bewohnerinnen und Bewohner der Agglomeration der Meinung, sie hätten eben beides: Stadt *und* Grün. Deshalb lassen sich auch Angehörige wohlhabender Schichten, die sich eine teure Wohnung in der Stadt leisten könnten, gerne im Umland nieder. Andere gut Verdienende bevorzugen die Stadt, obwohl sie anderswo wesentlich weniger Steuern bezahlen müssten. Es gibt offensichtlich in allen sozialen Schichten Menschen, die den «urbanen Lebensstil» suchen, und andere, die das «Wohnen im Grünen» bevorzugen und deshalb auch weitere Wege in ein städtisches Zentrum in Kauf nehmen.

Auch demografisch lassen sich Unterschiede zwischen Kernstädten und Umland feststellen: In den Kernstädten leben eher jüngere Menschen mit weniger Kindern,

zudem natürlich viele Studierende und andere Personen in Ausbildung. So verwundert es nicht, dass Städterinnen und Städter eine weltoffenere Haltung zeigen, eher staatsfreundlich und politisch links ausgerichtet sind sowie öffentlichen Verkehr oder Velo dem Auto vorziehen. Gemäss einer Studie von Daniel Kübler (Kübler et al., 2013) zeigt die Bevölkerung im Umland jedoch nicht nur demografisch bedingt, sondern auch aus anderen Gründen eine eher staatskritische Haltung als die Stadtbevölkerung: Die Bevölkerung in peripheren Gebieten kann weniger von den staatlichen Einrichtungen wie zum Beispiel einem dichten öffentlichen Verkehr oder einem genügenden Angebot an Kinderkrippen profitieren. Sie ist deshalb tendenziell eher bürgerlich-liberal ausgerichtet und setzt mehr aufs Auto.

Was bedeutet das für die neue urbane Qualität? Ist sie im Umland allenfalls gar nicht erwünscht? – Doch, denn fasst man urbane Qualität in einem breiten interdisziplinären Sinn, wie dies die Forschungsprojekte des NFP 65 tun, so ist sie durchaus auch im Umland ein erstrebenswertes Ziel. Ihre Art wird sich zwar immer unterscheiden von den städtischen Zentren und der Peripherie. Doch es wird in diesem Bericht aufgezeigt, dass jede Siedlungstypologie auf ihre Art mehr oder weniger urbane Qualität aufweisen kann (vgl. Kapitel 3).

Seit einigen Jahren haben sich die Metropolitanräume Zürich, Basel, Arc Lémanique sowie die Hauptstadtregion Bern gebildet. Sie sind Teil des Raumkonzeptes Schweiz (Bundesamt für Raumentwicklung, 2012) und haben sich über Metropolitankonferenzen als funktionale Organisationen konstituiert. Die Metropolitanregionen sind Ausdruck des Denkens in grösseren Räumen. Die alltägliche Welt ist vernetzt, die Wege sind kurz, die funktionalen Räume überlappend. Ist da die Rede vom «aufgeklärten Städter» und dem «rückständigen Volk im Umland» überhaupt noch zeitgemäss? Sind die Regionen Zürich oder der Arc Lémanique nicht fast überall Stadt – einfach mit unterschiedlichen Ausprägungen und Qualitäten? Michael Koch und Fritz Schumacher sind dezidiert der Meinung, man müsse die Stadt grösser denken und die Umlandgemeinden wie zusätzliche Stadtquartiere ansehen (TEC 21, 2012). Die heutigen Kernstädte umfassen ja bereits höchst unterschiedliche Quartiere, darunter auch typische Stadtrandquartiere, die sich nicht sehr von denjenigen in den angrenzenden Umlandgemeinden unterscheiden. Auf der Suche nach urbaner Qualität sind sie ähnlich zu behandeln wie die Agglomerationsgemeinden, denn diese fehlt gelegentlich auf beiden Seiten der Stadtgrenzen.

2.

Urbane Qualität aus Sicht der Ergebnisse des NFP 65

In diesem Kapitel werden die fünf Forschungsprojekte des NFP 65 daraufhin untersucht, «wie sie den Begriff der urbanen Qualität erfassen, umschreiben oder definieren.»¹

Den Begriff der urbanen Qualität präzise zu fassen, ihn zu konkretisieren oder gar zu visualisieren, fiel allen Forschungsteams relativ schwer. In allen Forschungsprojekten wurde der analytische Weg gewählt, das heisst man versuchte über Kriterien an das Wesen der urbanen Qualität heranzukommen. In keinem Projekt hat eine vertiefte Diskussion über deren ästhetisch-gestalterischen Komponenten stattgefunden, obwohl dies im Ausführungsplan des NFP 65 vorgeschlagen wurde. Die Erkenntnisse und Empfehlungen verbleiben, vielleicht mit Ausnahme des Projektes «Città Ticino of Tomorrow» (CITI), in der Analyse anderer, zum Beispiel sozialer, funktionaler, ökologischer oder ökonomischer Komponenten. Ein erster Versuch zur Visualisierung wird in der zweiten Synthesepublikation des NFP 65 mit den «Fernbildern 2080» unternommen. (Sulzer/Desax, 2015)

¹ Im Folgenden werden die fünf NFP-Projekte immer als Abkürzung der jeweiligen Projekttitel wie folgt zitiert: Projekt Angélil: UPSMT; Projekt Arnaboldi: CITI; Projekt Schmitt: SUPAT; Projekt van Wezemael: UBLI; Projekt Verzone: FUI.

2.1.

Sieben messbare urbane Qualitäten

Im Projekt «Urbane Potenziale und Strategien in metropolitanen Territorien» (UPSMT) versuchte die Gruppe um Prof. Marc Angélil, ETH Zürich, auf der Basis einer Analyse im Metropolitanraum Zürich vorgängig zur Qualitätsdiskussion den Urbanitätsbegriff zu fassen.

Die Forschungsgruppe hält fest:

- Der Urbanitätsbegriff muss im *Kontext der zeitgenössischen Stadtregion* neu formuliert und auf veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Eine Orientierung zeitgenössischer räumlicher Entwicklungen an historischen Stadtvorstellungen entspricht nicht mehr den heutigen sozioökonomischen und politischen Realitäten.
- Urbanität ist ein *gradueller Begriff*, der sich in der Überlagerung bestimmter urbaner Eigenschaften beziehungsweise Qualitäten ergibt. Eine aktualisierte Auswahl solcher urbaner Qualitäten kann als Verständigungsgrundlage in Planungs- und Bauprozessen sowie als Basis zur Entwicklung konkreter städtebaulicher Strategien und Massnahmen dienen.
- Urbane Qualitäten ergeben sich in der *Kombination städtebaulicher und sozialräumlicher Aspekte*. Um sie gezielt zu fördern, braucht es die Abstimmung von Strategien und Massnahmen aus unterschiedlichen Fachgebieten sowie entsprechende Absprachen hinsichtlich der Prioritäten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
- Die Bewertung aktueller Zustände sowie die Definition von Zielen und Kriterien für die zukünftige räumliche Entwicklung müssen in Bezug zu deren normativen Grundlagen diskutiert werden. Eine *transparente Auseinandersetzung mit Wert- und Zielkonflikten* ist als fester Bestandteil des Planungs- und Entwurfsprozesses zu begreifen.

Urbane Potenziale und Strategien in metropolitanen Territorien (UPSMT)

Forschungsprojekt von Marc Angélil et al., ETH Zürich

Aus der Analyse von drei Fallstudien aus dem Metropolitanraum Zürich (Stadt Zürich: Limmatplatz – Wiedikon; Oerlikon-Flughafen und Richterswil-Freienbach) leitet die Forschungsgruppe *sieben urbane Qualitäten ab*, die sie im Grundsatz folgendermassen umschreibt: «Der heuristische Anspruch an den Urbanitätsbegriff lässt sich über eine Auswahl an urbanen Qualitäten operationalisieren. Urbane Qualitäten sind dabei die Bausteine von Urbanität. [...] Jeder dieser Qualitäten wurde eine Reihe sozialräumlicher und städtebaulicher Aspekte zugeordnet, welche aufgrund ihrer Abstraktion auf ganz unterschiedliche Situationen und Orte anwendbar sind und Planern und Städtebauerinnen als Hilfestellung im Planungsprozess dienen sollen.» (UPSMT, 2013, Seite 57)

Sieben urbane Qualitäten:

1. **Zentralität** bedeutet, dass eine Situation für viele Nutzende signifikant ist. Je mehr Menschen diese Lokalität in ihrer Lebenswelt brauchen, desto zentraler ist der Ort.
2. **Zugänglichkeit** bedeutet, dass eine Situation für verschiedene Nutzende und Nutzungen räumlich und zeitlich offen steht.
3. **Brauchbarkeit** bedeutet, dass eine Situation den Anforderungen für verschiedene an dieser Lokalität vorzufindenden Nutzende und Nutzungen gerecht wird.
4. **Adaptierbarkeit** bedeutet, dass sich eine Situation den sich verändernden Anforderungen für verschiedene Nutzende und Nutzungen möglichst flexibel anpassen lässt.
5. **Aneignung** bedeutet, dass unterschiedliche Nutzende und soziale Milieus eine Situation durch ihre Praktiken aktiv beanspruchen und auf ihre spezifischen Bedürfnisse beziehen.
6. **Diversität** bedeutet, dass unterschiedliche Nutzungen, Nutzende, Milieus und räumliche Ausprägungen in einer Situation präsent sind.
7. **Interaktion** bedeutet, dass unterschiedliche Nutzende in Bezug zu einer räumlichen Situation wechselseitig aufeinander einwirken.

Diesen sieben Qualitäten weisen die Autoren bestimmte sozialräumliche und städtebauliche Aspekte zu, die aufgrund ihrer Abstraktion auf unterschiedliche Situationen und Orte anwendbar sind.

Die Urbanen Qualitäten und ihre Aspekte (UPSMT, 2013, S. 65f)

Zentralität

- Logistische Zentralität
- Funktionale Zentralität
- Alltagszentralität
- Symbolische Zentralität

Zugänglichkeit

- Porosität (Ausgestaltung der Zugänge, sichtbare öffentliche Zugänglichkeit)
- Aufenthaltsberechtigung

Brauchbarkeit

- Mehrfachnutzbarkeit
- Kontextualität (Bezugnahme städtebaulicher Elemente auf ihren unmittelbaren Kontext)

Adaptierbarkeit

- Umnutzbarkeit
- Umbaubarkeit
- Umdeutbarkeit (Veränderung der Bedeutung eines Raumes/Ortes in Bezug auf verschiedene Nutzergruppen)

Aneignung

- Nutzerische Aneignung
- Mehrfachcodierung (vgl. Umdeutbarkeit)
- Identifikation

Diversität

- Soziale Diversität (Durchmischung unterschiedlicher Milieus)
- Funktionale Diversität (Vielfalt und Überlagerung von Funktionen und Nutzungen)
- Baulich-räumliche Diversität
- Eigentums- und Investitionsdiversität

Interaktion

- Soziale Dichte
- Interaktionsintensität
- Interaktionsgüte

So lässt sich für verschiedene Gebiete in Metropolitanregionen analytisch ein *urbanes Profil* erstellen, das die *Typisierung von urbanen Situationen* erlaubt. Dieses erleichtert die Verständigung in städtebaulichen Planungs- und Entwurfssituationen und das Erkennen und Lokalisieren urbaner Defizite und Potenzialen (UPSMT, 2013).



Grafik aus UPSMT, 2013, S. 48

Das urbane Profil bildet eine *Basis für den Entwurf*, das heisst für Interventionen zugunsten einer Verbesserung urbaner Qualitäten. Der Entwurf, also die gestalterische Umsetzung städtebaulicher und architektonischer Interventionen, ist ein nächster Schritt. Das Projekt als bauliche Massnahme muss dazu beitragen, die sozialräumlichen Kriterien zu erfüllen. Die Autoren betonen, «dass die Auswahl der Begriffe weder abschliessend» noch «im Sinne eines Rezeptbuches für Urbanität zu verstehen» (UPSMT, 2013, S. 23) sei. Zudem kann Urbanität durchaus ein Intensitätsgefälle aufweisen, was bedeutet, dass nicht überall derselbe Urbanitätsgrad erreicht werden kann und soll. Nicht nur von der Stadt ins Umland, sondern auch innerhalb der Kernstadt nimmt die Urbanität im obigen Sinn in der Regel von innen nach aussen ab. «Ob die entsprechenden Potenziale auch tatsächlich vorhanden und erwünscht sind, ist im spezifischen Fall zu definieren. In diesem Sinn sind urbane Potenziale als Möglichkeiten und Spielräume zur Förderung urbaner Qualitäten in zeitgenössischen Städten und Stadtregionen zu begreifen.» (UPSMT, 2013, S. 23).

› Wie die Prozesse der städtebaulichen Entwicklungen gestaltet werden sollten, damit die zur Erreichung der verschiedenen Aspekte vorgeschlagenen Strategien einsetzbar sind, wird in Kapitel 5 näher erläutert.

2.2.

Fachwissen und Einbezug von Anspruchsgruppen als Basis für Qualität

24

Zentrale Frage des Forschungsprojektes der Gruppe um Prof. Gerhard Schmitt ist, wie im Zuge der Transformation der heutigen Agglomerationen in der Schweiz die innere Verdichtung gestaltet werden soll, damit ein *nachhaltiger Umbau zu einem hochwertigen Lebensraum* geschaffen werden kann

Das Autorenteam geht von der Annahme aus, «dass es den heutigen Stadttagglomerationen – der «Normalschweiz», in der die meisten Menschen leben und arbeiten – an urbaner Qualität fehle.

Die Stadttagglomerationen sind charakterisiert durch eine heterogene Ausgangssituation an räumlichen Grundmustern unterschiedlicher Dimensionen, Strukturen und Treibern. Traditionellen Konzepten von öffentlichem Raum mangelt es an integrativer Kraft, die Vielzahl an spezifischen Umgestaltungsstrategien auf nachhaltige Pfade der Transformation zu leiten. Neue Ansätze müssen in der Praxis umgesetzt werden, die es ermöglichen, fachbereichs- und skalenübergreifend, iterativ und in enger Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis gesellschaftlich akzeptierte Raummuster zu entwickeln.» (SUPAT, Stakeholder Summary, 2013, S. 1).

Die Forschungsgruppe versteht urbane Qualität als ein *mehrdimensionales Konzept*, «das sich einer eindeutigen Definition entzieht. Entsprechend vielfältig ist die Verwendung des Konzepts in unterschiedlichen Fachgebieten (z. B. Städtebau, Stadtsoziologie, Raumökonomie). Der Städtebau verwendet das Konzept als Zielgrösse, auf die vorrangig mit einem abgestimmten Zusammenspiel von Infrastruktur, Gebäuden und Freiflächen hingewirkt werden kann. Die Stadtsoziologie hingegen analysiert urbane Qualitäten unter anderem anhand von Aktivitäten und Merkmalen (z. B. Wohndauer, Lebensstil) unterschiedlicher sozialer Gruppen im Stadtraum, ihrer Raumwahrnehmung und Teilhabe an städtischen Prozessen. Für die Raumökonomie hingegen stehen zum Beispiel monetäre Bewertungen von urbanen Standorten und ihre Lageeigenschaften im Vordergrund von Qualitätsdiskursen.» (SUPAT, 2013, S. 16). Gemäss der Forschungsgruppe ist die Qualitätsbewertung von städtischem Lebensraum eng mit den Ansprüchen und Wertvorstellungen der Raumnutzenden verbunden. Um hohe urbane Qualität für unterschiedliche Raumansprüche (z. B. Wohnen, Arbeit, Freizeit) verschiedener Gruppen zu garantieren, bieten die Bedürfnisse der Nutzergruppen Orientierung.

Sustainable Urban Patterns/ Nachhaltige urbane Muster (SUPAT)

Forschungsprojekt von Gerhard Schmitt et al., ETH Zürich

25

Urbane Qualität ist also mehrdimensional zu verstehen, sie wird je nach Fachrichtung aus einer anderen Optik betrachtet: *Stadtplanung* untersucht das Zusammenspiel von Infrastruktur, Gebäuden und Freiflächen, *Stadtsoziologie* ist an Aktivitäten und Merkmalen unterschiedlicher Gruppen im Stadtraum interessiert, *Raumökonomie* fokussiert auf Standortqualität und Lageeigenschaften als monetärem Wert. Neben diesen drei fachlichen Zugängen ist aber die Qualität der faktisch vorhandenen, gelebten und erlebten Muster eng mit den *Ansprüchen und Wertvorstellungen der Raumnutzenden* verbunden.



Objektive Raumpotenziale und wahrgenommene Raumeigenschaften als Elemente urbaner Qualität, aus SUPAT, 2013, S. 17 (eigene Darstellung)

26 Hohe und nachhaltige räumliche Qualität wird also dann erreicht, wenn sie einer Vielfalt von sozialen, ökonomischen und umweltbezogenen Bedürfnissen gerecht wird. Urbane Qualität umfasst neben konkreten physischen Potenzialen auch deren Wahrnehmung und Nutzung.

Urbane Qualität muss auch den Forderungen der Nachhaltigkeit genügen. Dies kann sie dann, wenn qualitative Ideen aller Beteiligten in eine räumlich explizite Form und zur Abwägung in einen *Simulationsprozess* gebracht werden. Die vorhandene Komplexität wird beschreibbar durch Modellierung, Optionen werden ersichtlich und lassen sich in einen umfassend informierten Vergleich setzen. Widerstreitende Ziele werden verhandelbar und räumlich konkret definierbar. Der Planungsprozess wird so zum kollektiven Experiment. Die Autorengruppe argumentiert stark für eine Fokussierung auf spezifische lokale Ausprägungen von Ansprüchen und Raummerkmalen innerhalb raumübergreifender Typologien und Regelwerke. Neben Fachkompetenz (aus verschiedenen Fachdisziplinen) und Erfahrungswissen sollte verstärkt auch Wissen und Wahrnehmungen lokaler Anspruchsgruppen in den Qualitätsdiskurs einbezogen werden.

Zur Organisation dieses Qualitätsdiskurses entwickelte die Forschergruppe eine sogenannte *Kollaborationsplattform*, eine Wissensplattform, auf der dank neuartiger Technologie alle wichtigen Informationen und ihre Zusammenhänge direkt vor Ort auf einem Laptop dargestellt werden können. Damit können Akteure informiert, ihr spezifisches Wissen und ihre Interessen integriert, übersetzt und aggregiert werden. Die Kollaborationsplattform stellt somit ein Werkzeug für eine massstabs- und disziplinenübergreifende Bearbeitung von Planungsfragen dar.

Die Ästhetik und die Materialisierung von Räumen und deren konkrete Gestaltung können nicht im Rahmen der beschriebenen Kollaborationsplattform erarbeitet werden. Die dort erarbeiteten Ergebnisse stellen aber, analog zu den Kriterien beim Projekt UPSMT, die programmatische Grundlage für die Entwurfsarbeit dar.

› Mehr zu den vorgeschlagenen Vorgehensprozessen in Kapitel 5.

2.3.

Urbane Qualität liegt im öffentlichen Raum

Um das Wesen der urbanen Qualität zu untersuchen, hat die Gruppe Arnaboldi die *Città Ticino*, eine «aufgelöste lineare Stadt entlang den Mobilitätsachsen», analysiert. Die Città Ticino wird vom Forschungsteam als Teil des Metropolitanraums Lombardei verstanden und bildet eine Verbindung zwischen der mediterranen und der nordeuropäischen Kultur.

Die Region ist schon heute stark geprägt durch die Verkehrsinfrastrukturen für Auto und Bahn. Sie wird in den nächsten Jahren tief greifend verändert werden durch den Alptransit Ticino, die neue Zugschnellverbindung zwischen Mailand und Zürich. Deshalb erachten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Tessin als ein gutes Forschungsfeld für die grossen Fragen der zeitgenössischen architektonischen und urbanen Kultur. Sie verstehen die Forschung als ein feldorientiertes Projekt, das nicht auf einer generellen Theorie basiert, sondern dem definierten Territorium spezielle Aufmerksamkeit schenkt: Der Kanton Tessin und seine Charakteristika zeigen die Notwendigkeit, neue *Tools* zu finden, um die Komplexität der heutigen Stadt bewältigen zu können.

Urbane Qualität kann gemäss Projekt CITI mit den herkömmlichen Instrumenten wie Master- oder Bebauungsplänen (*piani regolatori comunali*) nicht mehr erreicht werden. Der «space of human life», der *öffentliche Raum*, muss als das Verbindende der urbanen Qualität gesehen werden. Öffentlicher Raum ist das Zentrum aller Prozesse in Raumplanung und Städtebau. Den öffentlichen Raum wird im Projekt CITI in verschiedenen Grössenordnungen gesehen, auf der *territorialen, regionalen, urbanen und architektonischen* Ebene. Untersucht wurden diese Ebenen für zwei Grossregionen entlang des Ticino: die Region Fiume Ticino Nord (Leventina, Gotthard bis Biasca) und die Region Fiume Ticino Sud (Magadino-Ebene, Arbedo bis Locarno). Die Arbeiten in beiden Gebieten umfassen Analyse und Projekt auf der *Ebene Gebiet* (comprensorio), Analyse und Projekt auf der *urbanistischen Ebene* (Städtebau, Ebene Gemeinde) und an ausgewählten Orten verschiedene konkrete Projektvorschläge (Design) auf der *Objektebene*. Damit wird nachgewiesen, dass jedes konkrete Projektdesign aus der regionalen und der städtebaulichen Sicht abgeleitet werden muss und dass nur so urbane Qualität entstehen kann. Das Umfeld muss mit all seinen Infrastrukturen und Nutzungsformen (z. B. Landwirtschaft) auf den verschiedenen Ebenen in die Planung integriert werden: auf der «territorialen Ebene» (Massstab 1:100 000), der regionalen Ebene (1:25 000), der urbanen Ebene (1:5000) und schliesslich auf der architektonischen Ebene des Einzelprojektes. Im grösseren regionalen Massstab ist es der sogenannte *infrastructural green space*, in dem die regionalen Strukturen organisiert sind.

Public Space in the «Città Ticino» of Tomorrow (CITI)

Forschungsprojekt von Michele Arnaboldi et al., Accademia di Architettura, Università della Svizzera italiana, Mendrisio

28 Gemäss der Forschungsgruppe CITI wird urbane Qualität – im Sinne von öffentlichem Raum – durch die Kombination und Gleichgewichtung verschiedener Elemente erzeugt. Der Gestaltungsprozess (Design Process) entwickelt alle Elemente für die Morphologie des Raums. Umwelt, Energie und Ökonomie haben heute einen immer grösseren Einfluss auf das Design des städtischen Raums. Deshalb braucht es für die Definition und die Produktion von urbaner Qualität Beiträge der verschiedenen Disziplinen.

Urbane Qualität entsteht schliesslich durch *Integration der verschiedenen Ebenen*, insbesondere durch Verbindung der städtebaulichen Analyse mit dem Einzelprojekt (bei CITI «the Design» genannt). Allein schon die Frage, welches der richtige Ort für ein städtebauliches Projekt ist, muss im Zusammenhang mit den übergeordneten räumlichen Bezügen beantwortet werden. Ein Projektdesign in diesem Sinn ist nicht als Lösung, sondern als Prozess zu verstehen, mithilfe dessen die Realität und mögliche Zukünfte dieser Realität dargestellt und mit Behörden und Bevölkerung diskutiert werden sollen.

Eine Verbesserung der urbanen Qualität kann durch *lokale, qualitativ gute Verdichtung* entstehen. Die Verdichtung der richtigen Orte wird gar als eine der wichtigsten Strategien für die Verbesserung der urbanen Qualität gesehen. Gemäss der Analyse des Projekts CITI sind in den Gemeinden in der Leventina die *Gebiete rund um die Bahnhöfe* die zentralen Orte zur Verdichtung. Beispiele, die dazu näher untersucht wurden, sind Biasca und Giubiasco.

Im Projekt CITI wird grosser Wert auf die *Produktion von verständlichen Darstellungen* in Plänen, Bildern und Zeichnungen gelegt, um so einen Dialog zwischen der Wissenschaft, der Bevölkerung und der Politik anstossen zu können und um das Bewusstsein der Bevölkerung für ihre lokalen Identitäten zu stärken (Atlante Città Ticino 1, 2012 und Atlante Città Ticino 2, 2013).

Urbane Qualität wird in diesem Projekt nicht in einem übergeordneten Sinn definiert, sondern jeweils aus den spezifischen regionalen und lokalen Rahmenbedingungen abgeleitet und erst im städtebaulichen Projekt spürbar und diskutierbar. In diesem Punkt sind sich die Projekte SUPAT und CITI – trotz grossen methodischen Unterschieden – in ihren Erkenntnissen sehr ähnlich.

› Mehr zu den vorgeschlagenen Vorgehensprozessen in Kapitel 5.

2.4.

Urban Farming als Beitrag zur urbanen Qualität

Das Projekt «Food Urban Initiative» (FUI) aus Lausanne startete im Gegensatz zu den übrigen Forschungsprojekten mit einer klaren Hypothese zur urbanen Qualität: Sie lautet: Mit *Urban Farming* lässt sich die urbane Qualität verbessern. Dies wurde im Projekt mit Bezug auf verschiedene Quellen theoretisch hergeleitet.

Das Projekt FUI verknüpft drei zentrale Themen der Stadtentwicklung miteinander: Den *öffentlichen Raum* in einer wachsenden Stadt, die *Lebensqualität* der Bewohnerinnen und Bewohner sowie den *Nahrungskreislauf*. Dem Projekt liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Die Städte müssen so wachsen, dass die Menschen weniger Raum beanspruchen, dies jedoch birgt das Risiko einer Reduktion von Lebensqualität in sich.
- Die Menschen in den Städten sind weitgehend von der Nahrungsmittelproduktion abgeschnitten, was die Risiken schlechterer Ernährung und Entfremdung gegenüber den Produzenten beinhaltet. Die grossräumigen Nahrungskreisläufe sind nicht mehr nachhaltig.

Wenn aber – was vom Forschungsteam als sinnvoll angesehen wird – urbane Nahrungsproduktion in den Städten zunehmen sollte, würde dies einerseits eine Konkurrenz zu anderen urbanen Nutzungen und andererseits eine Konkurrenz zur traditionellen Landwirtschaft darstellen. Ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist.

Auch aus der Sicht dieses Forschungsteams muss urbane Qualität den Kriterien der Nachhaltigkeit genügen. Die bestehenden Nachhaltigkeits-Bewertungssysteme der Fachgebiete Architektur, Landschaft und Planung liefern aber gemäss dem Forschungsteam noch keine umfassende Bewertung der Qualität, da bis anhin das Kriterium *Bodenwert* nicht dazugezählt wird.

Im Projekt wird der Begriff der urbanen Qualität aus einer Verbindung der *systemischen Eigenschaften einer Stadt und deren Wahrnehmung* durch die Stadtbewohnerinnen und -bewohner verstanden. Urbane Qualität muss also *zugleich objektiv und subjektiv* bewertet werden, da darin die objektive und die subjektive Fähigkeit des städtischen Umfeldes zum Ausdruck kommt, den unterschiedlichen Anforderungen der einzelnen Nutzer gerecht zu werden und zugleich langfristig die Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu befriedigen. Die Forschenden sind der Meinung, eine Verbesserung der urbanen Lebensqualität würde aus diesem Blickwinkel darin bestehen, eine *integrierte, nachhaltige städtische Entwicklung* zu fördern.

Food Urban Initiative, Lausanne (FUI)

Forschungsprojekt von Craig Verzone et al., Verzone Woods Architectes, Rougemont

Mit Bezugnahme auf bestehende Instrumente zur Evaluation nachhaltiger Stadtentwicklung (z.B. die Internetplattform «SMEO» des Bundesamtes für Raumentwicklung) wird im Projekt ein neues «synthetisches Instrument» mit 21 Indikatoren «zur Bewertung von hochwertigen Lebensbedingungen» erarbeitet. Dabei sind auch *Kriterien für eine «ernährungssensible Stadtplanung»* eingeführt. Diese sollen das Nachdenken über die Frage der Umsetzung innovativer urbaner Konzepte durch Einführung der Ernährungsthematik in städtebauliche Entscheidungen anregen. Das neue Instrument soll

- einen bereichsübergreifenden Ansatz enthalten;
- das Nachdenken über die Frage der Umsetzung innovativer urbaner Konzepte durch Einführung der Ernährungsthematik in städtebauliche Planungen anregen;
- die Beurteilung von Planungsvorschlägen für städtische Gebiete ermöglichen und die Betroffenen bei der Bewertung derselben unterstützen.

Der Einbezug von urbaner Landwirtschaft in stadtplanerische Konzepte ist in der Literatur und in der stadtplanerischen Praxis nicht unumstritten, wird aber zunehmend häufiger diskutiert. Gemäss dem Forschungsteam sollten landwirtschaftliche Bedürfnisse der Stadtbevölkerung vermehrt in grössere städtebauliche Wettbewerbe einfließen. Es ist den Forschern gleichzeitig bewusst, dass die urbanen Bodenflächen ein rares, teures und deshalb umkämpftes Gut sind. Selbst bei den durch Zonierung vor Überbauung geschützten Freiflächen ist die Konkurrenz zwischen den Bedürfnissen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen gross: Sportanlagen, Wald, Parkanlagen, Skaterparks, Rosengärten und anderes mehr buhlen um die raren Flächen. Ein Gleichgewicht zwischen Freizeit- und Sportnutzung der Menschen, freier unberührter Natur und landwirtschaftlichen Flächen zu finden, ist für die Stadtplanung eine Herausforderung. Mit der Forderung nach zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen wird die Konkurrenz um städtische Flächen nochmals grösser. Dennoch sollten die Städte gerade diesen Aspekt verstärkt gewichten. Denn das Forschungsteam betrachtet die Integration von landwirtschaftlichen Konzepten als ein unterstützendes Mittel zur Durchsetzung von Verdichtung.

Es wird dazu ein Beispiel aus dem Kanton Genf angeführt, in dem eine Stadterweiterungsplanung unter Einbezug der bestehenden Landwirtschaft zu einer neuen urbanen Qualität führen kann: Der Kanton Genf hat in einem Stadtentwicklungsgebiet von über hundert Hektaren in Bernex-Confignon ein Gebiet von neun Hektaren, das heute noch landwirtschaftlich genutzt wird, für einen *Parc Agro-Urbain* reserviert

und für dessen Ausgestaltung einen Wettbewerb durchgeführt. Mindestens drei dieser neun Hektaren sollen landwirtschaftlich bewirtschaftet werden; es ist auch ein Bauernmarkt vorgesehen. Damit werden zum einen die Landwirte etwas für den Verlust ihrer Produktionsfläche zugunsten der Urbanisierung entschädigt, und zum anderen wird dieser neue öffentliche Freiraum einen wichtigen Katalysator für eine besondere Identität des neu entstehenden Wohnquartiers mit 10 000 Wohnungen und 6000 Beschäftigten darstellen.

Was auf der Ebene solcher grossflächiger Entwicklungsvorhaben vorbildlich möglich ist, kann nicht im selben Mass auf bestehende städtische Situationen übertragen werden. Im Projekt werden jedoch auch Vorschläge gemacht, wie landwirtschaftliche Produktion im kleinen Massstab in bestehenden Stadtquartieren umgesetzt werden kann (z.B. auf Dachterrassen oder auf urbanen Brachen). Dies erfordert die Sensibilisierung und Mitwirkung der lokalen Bevölkerung.

Im Projekt FUI ist nachhaltige urbane Qualität untrennbar mit der Ernährungsfrage verbunden und verlangt daher den Einbezug von landwirtschaftlichen Konzepten in die Stadtplanung. Ein Ansatz, der in dieser Form wohl nur in wirklich grossen Städten möglich ist, hingegen in der Agglomeration sinngemäss auf das Zusammenspiel zwischen der bestehenden Landwirtschaft und dem Siedlungsgebiet übertragen werden kann. Zur einfachen Integration landwirtschaftlicher Produktion in die Stadtplanung hat die Forschungsgruppe Vorschläge erarbeitet und auf der Basis eines Pilotprojekts in Lausanne einen «Toolkit» entwickelt.

› Mehr dazu in Kapitel 5.

2.5.

Folgen von Entscheidungsprozesse in der Raumentwicklung

Dieses Forschungsprojekt beschäftigt sich mit den komplexen Vorgängen der Stadtplanung und -werdung. Im Fokus der sozialwissenschaftlichen Untersuchungen stehen Planungs- und Bauprozesse, politische Dynamiken und Entscheidungsfindungen der beteiligten Akteure an verschiedenen Orten in der Schweiz. Die Wissenschaftler sehen ihre Arbeit in Ergänzung zu einer eher normativ geprägten Forschung, die wertend im Dienste einer *best planning practice* steht. Sie setzen sich aus einer politologisch-ethnologischen Perspektive mit dem Thema auseinander. Das Forschungsprojekt wird als «Schritt zur Etablierung von Wirkungsforschung im Bereich Architektur und Städtebau» gesehen.

Die Projektgruppe vertritt die Ansicht, «dass die Siedlungslandschaft Schweiz weder eine Diagnose ihrer Krankheit noch eine *Ready-made*-Therapie zu ihrer Heilung braucht. (...) Erst wenn ein Verständnis der Entwicklungsgeschichte von Qualitätskriterien vorliegt, können wir dazu schreiten, ihre Wirkungen zu beurteilen und, darauf aufbauend, Interventionen in Planungsabläufen vorschlagen.» (UBLI, 2014, Seite 15).

Somit will dieses Forschungsprojekt explizit keinen Beitrag zu Inhalt und Wesen der urbanen Qualität liefern, da diese gemäss ihrem Forschungsansatz das Resultat der zu untersuchenden Prozesse ist. Die Autorenschaft legt Wert auf die Feststellung, dass nicht eine einzelne Akteursgruppe Pate steht für die Siedlungslandschaft Schweiz, sondern dass die Raumentwicklung zunehmend durch Verkehrsinfrastrukturen, Arbeits- und Bodenmärkte, neue Kommunikationsmöglichkeiten oder die immer globalere Logistik geprägt werden. Die städtebauliche Qualität wird dabei fast zum Nebenprodukt.

Dennoch findet sich beim Projekt UBLI ein interessanter Hinweis zur Qualitätsdebatte, die mit den Überlegungen der anderen Forschungsgruppen weitgehend übereinstimmt: «Die Siedlungslandschaft Schweiz kann je länger, je weniger adäquat mit den historischen Polen Stadt und Land gedacht werden. Kriterien zur Beurteilung räumlicher Qualität müssen sich entsprechend weiterentwickeln, vor allem suburbane und periurbane Situationen müssen städtebaulich erfasst und weiterentwickelt werden können. Rückwärtsgewandt sieht man das Umland vor dem Vexierbild der Kernstadt. Diese defizitorientierte Sicht kann nicht (und meist will sie das auch nicht) die neuen Räume aus und für – nicht an und für – sich selbst verstehen.» (UBLI, 2014, Seite 15)

Urbane Brüche – lokale Interventionen (UBLI)

Forschungsprojekt von Joris van Wezemael et al., Universität Fribourg

Das Forschungsprojekt hatte zum Ziel, «die *Übersetzungs- und Transformationsprozesse* nachzuzeichnen, um mit Wissen über die Dynamik von Entscheidungsprozessen und Verwaltungsmechanismen Interventionspunkte zur kreativen Bildung einer gewünschten urbanen Qualität zu finden.» (UBLI, 2014, Seite 21).

Untersucht wurden folgende *Forschungsfragen*:

- Welche Kriterien urbaner Qualität tauchen in den unterschiedlichen Etappen des Planungs- und Bauprozesses auf?
- Wie werden diese definiert, wie werden sie reformuliert und in welche weiteren Foren werden sie übersetzt?
- Wo in diesem Prozess entstehen Ansatzpunkte sowohl für Interventionen als auch für Innovationen?

Im Fokus der Untersuchung stehen *drei Momente*, in denen sich der Planungsprozess verdichtet und die Akteurskonstellationen in ihrer Dynamik verändert werden:

- In der Formulierung von Planungsstrategien und Wahl der Planungsinstrumente.
- Bei der Verhandlung und Begleitung von Bauprojekten.
- Während der Begutachtung von Bauprojekten und der Erteilung von Baubewilligungen.

Untersucht wurde dies in Gemeinden, in denen sogenannte *urbane Brüche* eingespielte Planungsroutinen durchbrechen, nach neuen Strategien verlangen und so lokal beobachtbare Interventionen provozieren. Urbane Brüche sind *externe Ereignisse*, die einerseits in Folge grosser Infrastrukturprojekte (z.B. grosse Bahn- oder Strassenanschlüsse), andererseits im Zuge wirtschaftlichen Strukturwandels (Industriebranchen) entstehen. Dabei wurde der Frage nachgegangen, wie Konzeptionen von urbaner Qualität angepasst werden, wenn sie grundsätzlich infrage gestellt werden. Im Projekt wurden bewusst keine Kernstädte ausgewählt; die Auswahl der Fallstudien orientierte sich an solchen urbanen Brüchen und umfasste die folgenden Orte:

- Arbon/Rorschach/St. Margrethen (Desindustrialisierung);
- Affoltern a.A./Hedingen (Üetliberg-Strassentunnel);
- Wetzikon/Uster (Verdichtung des S-Bahn-Fahrplans);
- Visp/Naters (Lötschberg Basistunnel).

Es ging dem Forschungsteam darum, herauszufinden, wie anfänglich formulierte städtebauliche Qualitätskonzepte die unterschiedlichen Etappen eines Planungs- und Umsetzungsprozesses überstehen und wie robust sie dabei bleiben. Welches denn aber die Kriterien der gewünschten urbanen Qualität sein können, bleibt in diesem Projekt unbeantwortet bzw. bleibt den anderen beteiligten Disziplinen überlassen.

➤ Mehr dazu in Kapitel 5.

3.

Eine Synthese für die Qualität in der Praxis

Aus den Ergebnissen der fünf Forschungsprojekte ergeben sich Annäherungen an den Begriff der urbanen Qualität. Die Ergebnisse zeigen aber auch auf, dass es noch einiger Klärungen bedarf, bis der Begriff für den Alltagsgebrauch präzise verständlich wird. Einig sind sich alle Forschungsgruppen zumindest darüber, dass die Unterscheidung zwischen den beiden Polen Stadt und Land nicht mehr zeitgerecht ist und nicht mehr auf die heutige gebaute Realität angewendet werden kann. Demnach müssen neue Konzepte für eine urbane Qualität gefunden werden, die auf die hybride Siedungslandschaft der Schweiz mit ihren unterschiedlichen lokalen Ausprägungen angewendet werden können und müssen.

3.1.

Räumliche Situationen und Art der Planungsvorhaben



Heutige Bautypologien.
Fotos: Comet, Atelier ww,
CSL Architekten Pascal Locher



Schlieren



Zug

Der im Ausführungsplan des NFP 65 vorgegebene Zielbegriff lautet nicht *Siedlungsqualität*, sondern *urbane Qualität*. Die Verbindung des Begriffs *urban* mit demjenigen der *Qualität* evoziert eine vermeintliche Fokussierung auf die Stadt und hat bei politischen Akteuren aus dem periurbanen Raum zu einer gewissen Distanzierung vom Thema im Sinne von «das geht uns doch nichts an» geführt. Doch ist dies, wie die Forschungsberichte zeigen, eine falsche Optik. Urbanität lässt sich durchaus auch im Umfeld der Kernstädte entwickeln.

Seit dem starken Siedlungswachstum in den 1960er und 1970er Jahren entstanden bis heute zahlreiche *neue Bebauungsformen*, die weder dem Muster der klassischen Stadt noch dem des traditionellen Dorfes entsprechen. Diese neuen Bebauungsformen sind den letzten Jahrzehnten – trotz der anhaltenden Klage über die fortschreitende Zersiedelung – häufig als Siedlungserweiterung auf der grünen Wiese errichtet worden (vgl. Abb. S. 37). Anzutreffen sind diese Siedlungstypologien vor allem an den Rändern der Städte und in stadtnahen Agglomerationsgemeinden, im Schweizer Mittelland, aber auch bis weit in den ländlichen Raum hinein.

Was ist das Typische dieser, selbst wenn sie gar nicht mehr neu sind, weiterhin *Neubaugebiete* genannten Siedlungsmuster? Sie bestehen hauptsächlich aus grösseren *Wohnsiedlungen* (von der Einfamilienhaussiedlung bis zu grossen Wohnblöcken) oder um grössere *nutzungsdurchmischte Überbauungen* (z. B. Glattpark) an zentraleren Lagen.

Weshalb sind diese Bauten allerorts in ähnlicher Art und Typologie entstanden? Sie sind als eine Folge der veränderten Rahmenbedingungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft zu sehen. Bauen ist immer mehr zum professionellen Immobiliengeschäft geworden, dessen Abläufe hier kurz aufgezeigt werden sollen: Bauträger sind kaum mehr Einzelpersonen oder Firmen, die für sich selber bauen. Das Feld wird beherrscht von professionellen Entwicklerfirmen. Das beeinflusst Standort und Umfang der Projekte. Eine der ersten Firmen, die bereits in den 1960er Jahren aktiv war, ist die Ernst Göhner AG, die unter anderem durch ihre Grossüberbauungen in Greifensee, Volketswil und Adlikon bekannt wurde. Kapitalstarke Unternehmen wie dieses erwerben geeignete Parzellen oder Areale, auf denen sich ein grösseres Projekt entwickeln lässt. Die erstellten Bauten werden dann an einen oder mehrere Investoren (z. B. Pensionskassen) verkauft, im Falle von Eigentumswohnungen an Privatpersonen. Für die institutionellen Käufer stellen die Immobilien in erster Linie ein rein finanzielles Investment dar. Diese Art von Immobilienentwicklung ist in der Regel mehr an Marktgängigkeit und Rendite und weniger an nachhaltiger urbaner

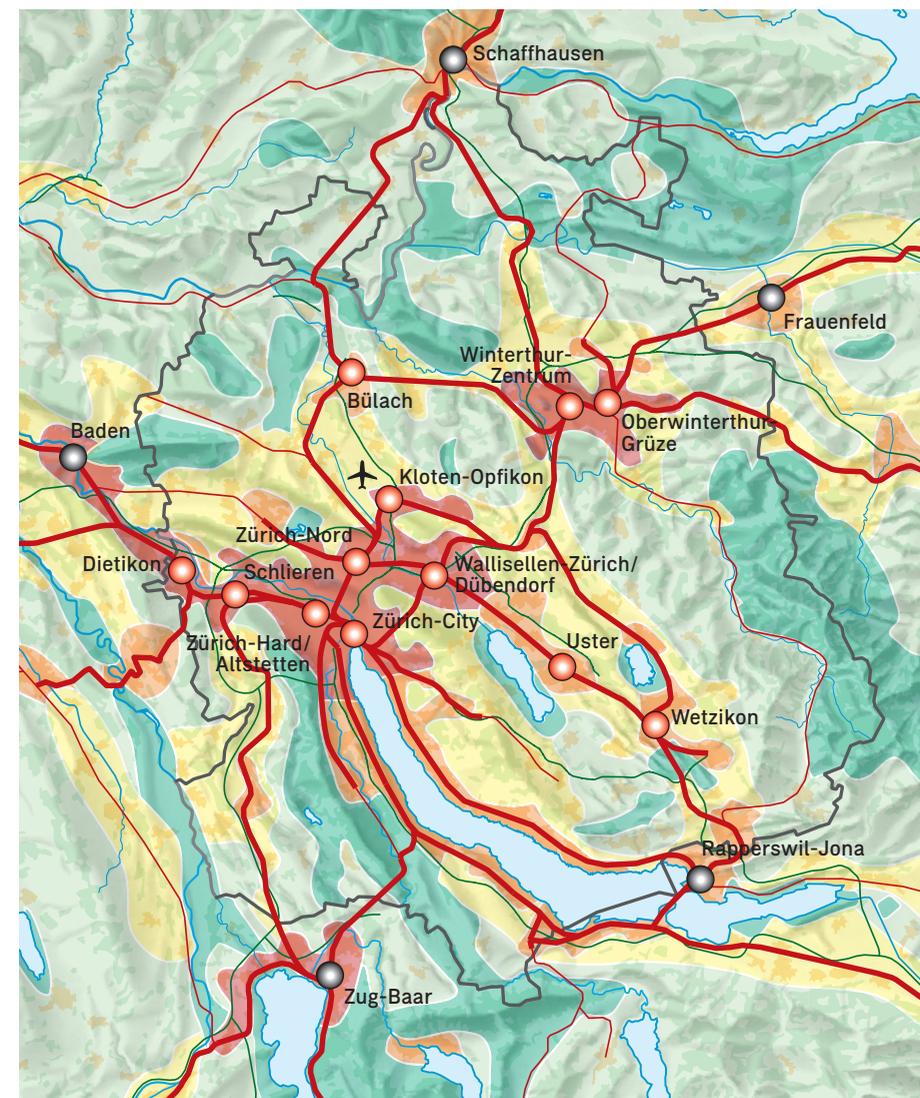
oder architektonischer Qualität interessiert. In den letzten Jahren sind allerdings vermehrt auch Immobiliengesellschaften im Markt aufgetreten, die Projekte für ihr eigenes Portfolio entwickeln, die also behalten und oft auch selbst bewirtschaften. Daraus ergibt sich eine langfristige und damit nachhaltigere Optik auf die Bauprojekte, da die Bewirtschaftung in die konzeptionellen Überlegungen von Anbeginn an miteinbezogen wird und Erfahrungen aus der Bewirtschaftung bestehender Immobilien in neue Projekte einfließen können. Zu den nachhaltigen Entwicklern grösserer Wohnsiedlungen sind sicherlich die *Baugenossenschaften und Anlagestiftungen* zu rechnen, die selber entwickeln, bauen und bewirtschaften.

Der auf kurzfristigen Markterfolg ausgerichtete Teil der Immobilienwirtschaft hat zur Zersiedlung beigetragen, da oftmals an falschen, schlecht erschlossenen Standorten gebaut wurde, wo das Land günstig zu erwerben war. Der mit dem neuen Raumplanungsgesetz entstandene Zwang zur Siedlungsentwicklung nach innen bietet nun die Chance, durch qualifizierte ortsangepasste Verdichtung in bestehenden Siedlungsgebieten neue urbane Qualität zu schaffen. Allerdings sind solche Projekte wohl eher weniger gross, und es muss subtiler und mit mehr Rücksicht auf den Bestand gehandelt werden als auf der grünen Wiese. Zudem müssen oft auch die baurechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden.

Urbane Qualität, da sind sich alle Forschungsteams des NFP 65 einig, kann auch bei der heutigen Art von Siedlungsstruktur entstehen. Es ist allerdings eine andere Urbanität und eine andere Qualität als die, die in historisch gewachsenen Städten zu finden ist. Denn eine solche lässt sich nicht einfach neu herstellen. Es gilt also, eine neue urbane Qualität für die Stadtregionen zu definieren, mit anderen Worten, diesen bei der *Stadtwerdung* zu verhelfen.

Neben generellen Qualitätskriterien, auf die später eingegangen wird, sind *je nach Standort und örtlichen Gegebenheiten spezifische Qualitätsaspekte* zu beachten. Der Kanton Zürich hat diesen unterschiedlichen Raumtypen, die jeweils unterschiedliche Vorgehensweisen benötigen, Rechnung getragen und in seinem Raumordnungskonzept das Siedlungsgebiet in fünf unterschiedliche Raumtypen gegliedert: *Stadtgebiete, urbane Wohnlandschaften, Landschaft unter Druck, Kulturlandschaft und Naturlandschaft* (vgl. S. 39). Die Urbanität dieser Raumtypen nimmt mit zunehmender Distanz zu den beiden Kernstädten Zürich und Winterthur ab. Es bestehen aber in allen Raumtypen *Regionalzentren*, die als regional bedeutende Standorte zentraler Institutionen und Dienstleistungen eine höhere urbane Intensität im Sinne von öffentlichen Begegnungsmöglichkeiten aufweisen. Diese polyzentrische Struktur sollte gemäss dem Amt für Raumentwicklung des Kantons Zürich gestärkt werden, indem zum Beispiel die regionalen Zentren dank Verdichtung mehr Urbanität erhalten. Ähnliche Ansätze der Raumgliederung verfolgen auch andere Kantone wie etwa Luzern oder Aargau.

Die verschiedenen Raumsituationen verlangen sowohl aufgrund ihrer *Makrolage* (z. B. Raumtypen Kanton Zürich) wie auch aufgrund der *Besonderheiten ihrer Mikrolage* (z. B. Grösse, bestehende Strukturen, Grad der Zentralität) unterschiedliche siedlungsplanerische Eingriffe. Diese Eingriffe können ihrerseits – unabhängig von ihrer räumlichen Verortung – variieren. Sie weisen verschiedene Dimensionen, Aufga-



Handlungsräume

- Stadtlandschaft
- urbane Wohnlandschaft
- Landschaft unter Druck
- Kulturlandschaft
- Naturlandschaft

- kantonales Zentrumsgebiet
- ausserkantonales Zentrum
- S-Bahnlinie als Rückgrat der Siedlungsentwicklung
- andere Bahnlinie
- Hochleistungsstrasse

- Siedlungsgebiet
- Wald
- Gewässer

Raumordnungskonzept Kanton Zürich (Quelle: Amt für Raumentwicklung des Kantons Zürich 2013)

benstellungen und einen unterschiedlichen Kreis von Beteiligten auf. Verschiedene Arten von Projekten bedürfen *unterschiedlicher Herangehensweisen*, was in den Empfehlungen für eine urbane Qualität berücksichtigt werden muss. Im Folgenden wird deshalb eine *Typologie der Raumentwicklungsvorhaben* eingeführt, in der nach den jeweiligen Ausgangssituationen und Absichten unterschieden wird. Sie orientieren sich in ihrer Reihenfolge von innen nach aussen, das heisst von den Zentren zur Peripherie der Siedlungslandschaft.

Typen von Raumentwicklungsvorhaben

- Stadtbau und Transformation im Bestand der Innenstädte
- Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsändern der Städte
- Urbanisierung der stadtnahen Agglomeration durch Verdichtung
- Stärkung der periurbanen regionalen Zentren durch Innenentwicklung
- Aufwertung von Agglomerationsräumen durch Zusammenarbeit auf regionaler Ebene
- Sonderfälle: Entwicklung von Brachen als Chance für neue Quartiere im städtischen oder periurbanen Kontext
- Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum

Bei den aufgeführten Raumentwicklungsvorhaben unterscheiden sich die Ausgangslagen grundsätzlich, wenn ein *grösseres Brachareal* vorhanden ist, das als Ganzes entwickelt werden kann und damit ein Entwicklungsschwerpunkt gesetzt werden kann, oder wenn Veränderungen im Bestand stattfinden müssen. *Industriebrachen und nicht mehr genutzte Bahn- oder Militärareale* gibt es in der Schweiz noch einige (vgl. dazu: Wüest & Partner, 2014 oder Regierungsrat des Kantons Zürich, 2015), sowohl in Städten wie im Umland. Immer häufiger befinden sich solche Brachen an peripheren Orten, da diejenigen an guten Standorten bereits neu überbaut sind. Es gibt einige Referenzbeispiele, aus denen für neue Projekte und Vorhaben gelernt werden kann. Denn Brachen bieten, mehr noch als beim Weiterbauen im Bestand, Chancen für professionelle, umfassende und interdisziplinäre Planungsverfahren. Während Industriebrachen in den Städten eher an peripheren Lagen liegen, finden sie sich in den Agglomerationsgemeinden oft an sehr gut erschlossenen Orten. Wie beim Projekt CITI aufgezeigt wird, stellen zum Beispiel im Tessin (z. B. in Giubiasco und anderen Gemeinden in der Leventina) unternutzte Gewerbeareale rund um die lokalen Bahnhöfe grosse Chancen für eine innere Verdichtung dar, da diese im Ort zentral gelegen und regional optimal erschlossen sind.

Die aufgeführten Typen von siedlungsplanerischen Vorhaben verlangen zwar nach unterschiedlichen Konzepten, Vorgehensweisen und Planungsprozessen, alle aber müssen sich zum Ziel setzen, ortsspezifisch eine neue urbane Qualität zu entwickeln.

3.2.

Qualitätsziele und Inhalte

Was ist nun bei aller Differenz der Entwicklungsvorhaben generell unter der geforderten urbanen Qualität zu verstehen? Folgt man den Erkenntnissen des Projekts SUPAT, müssten bei allen grösseren Vorhaben Wissenschaft und Betroffene einbezogen werden. Mithilfe der im Projekt entwickelten *Kollaborationsplattform* können so die besten Lösungen für diese neue Qualität gefunden werden. Doch ist das, was im Rahmen von SUPAT im Limmattal (Wissen Hayek et al., 2012) durchgeführt wurde, auch für kleinere Vorhaben realistisch? Man wird sich im Normalfall, durchaus unter Einbezug von verschiedenen lokalen und externen Akteuren, eher lokal darüber verständigen, was die spezifischen Qualitätsziele für ein bestimmtes Vorhaben sein sollen.

So muss auch der Begriff *urban* zum Vorhaben passend interpretiert werden. Wie bereits erwähnt, wird *urban* oft gleichgesetzt mit *städtisch*. Der Begriff meint aber, dass der Blick vom Einzelobjekt auf die Nachbarschaft, auf die *sozialräumliche Situation* geöffnet wird, die neben den Bauten auch den öffentlichen oder halböffentlichen Raum umfasst (Projekt CITI). Sicherlich sind urbane Situationen im umgangssprachlichen Sinn in Städten, vor allem in den Zentren häufiger anzutreffen. Gemäss Projekt UPSMT variiert die *urbane Intensität* entsprechend der Nutzungsdichte und Vielfalt.

Im Projekt UPSMT stellt *Urbanität* eine Qualitätsdimension dar. Urbanität umfasst die umschriebenen Kriterien Zentralität, Zugänglichkeit, Brauchbarkeit, Adaptierbarkeit, Aneignung, Diversität, Interaktion (vgl. Kapitel 2.1). Diese sind aber nicht überall im selben Masse vorhanden und müssen es wohl auch nicht sein. Urbane Intensität nimmt vom Zentrum zur Peripherie ab, allein schon deswegen, weil die Interaktionsdichte abnimmt. Dennoch kann auch ein peripher gelegenes Quartier über eine Art urbane Qualität verfügen. Die Erkenntnisse im Projekt UPSMT stützen sich auf die Analyse von drei Fallbeispielen: Innenstadt Zürich (Limmatplatz-Wiedikon), das flughafennahe Gebiet Oerlikon-Flughafen und Richterswil-Freienbach. Gerade beim letzten Fallbeispiel zeigt der Vergleich zwischen Richterswil und Wollerau, dass in derselben Region am linken Ufer des Zürichsees unterschiedliche urbane Qualitäten vorhanden sein können: Die im Kanton Zürich gelegene, historisch gewachsene Stadt Richterswil weist im Zentrum durchaus urbane Qualitäten auf. Hingegen hat sich der Weiler Wollerau im steuergünstigen Kanton Schwyz gegenüber den neu Zugezogenen und nicht am Lokalen interessierten Steuerflüchtlingen als nicht genügend robust erwiesen. Sein Zentrum ist einem Verkehrskreisel gewichen, der die mit ihrem Auto Pendelnden möglichst rasch in ihr privates Zuhause fahren lässt.

Urbanität ist dort am intensivsten, wo am meisten Menschen zusammentreffen. Selbst das Dorf ist auf eine Art urbaner Qualität angewiesen, auf ein funktionierendes lebendiges Dorfzentrum. Dazu meint Vittorio Magnago Lampugnani (Lampugnani, 2014): «Übrigens kann auch ein Dorf dicht und urban sein, wie beispielsweise viele traditionelle Engadiner Dörfer.» Viele Dorfzentren sind aber gefährdet, weil die Nahversorgung aus den gewachsenen Zentren in neu erstellte kommerzielle Zentren ausserhalb der Siedlungskerne gezogen ist und die verbliebenen Angebote nicht mehr die Kraft eines Zentrums aufweisen. Zum Erhalten oder Wiederherstellen von urbaner Qualität braucht es deshalb nicht alleine Planungsfachleute, sondern die Beiträge verschiedenster Akteure, von der Gemeindepräsidentin über die privaten Liegenschaftseigentümer, die Grossverteiler wie auch die Konsumenten. Im lokalen Kontext treffen dabei oft widersprüchliche politische Haltungen und ökonomische Logiken aufeinander, weshalb nur breit angelegte Aushandlungsprozesse oder andere kooperative Verfahren unter Einbezug von allen Beteiligten Erfolg versprechen. Die Vereinigung für Landesplanung VLP unterstützt solche Prozesse zum Beispiel mit ihrem Beratungsangebot «Netzwerk Altstadt».

Bevor nun die Qualitäten anhand von konkreten Referenzbeispielen aus der Praxis untersucht werden, soll nochmals das Thema des *generellen Qualitätsbegriffs* aufgenommen werden. Mit Bezug auf die fünf Forschungsprojekte, die sich – wie in Kapitel 2 beschrieben – alle auf eine spezifische Art an einen generellen Qualitätsbegriff herantasten, soll hier der Versuch einer allgemeingültigen Setzung gewagt werden:

Urbane Qualität umfasst *viele Facetten* und lässt sich deshalb nur *interdisziplinär* beschreiben und herstellen. Zudem umfasst sie *objektive und subjektive Dimensionen*. Auch muss sie den Kriterien der *Nachhaltigkeit* genügen.

Zu den *objektiven Dimensionen* können gezählt werden:

- die gesellschaftliche Dimension (vgl. Kriterien im Projekt UPSMT);
- die städtebaulich-architektonisch-gestalterische Dimension (z. B. öffentlicher Raum, städtebauliche Struktur, architektonische Qualität (vgl. Sulzer/Desax, 2015));
- die funktionale Dimension (Nutzungsmix, Wohnen, Arbeiten, Einkauf, Wege);
- Nachhaltigkeit im ökologischen, sozialen und ökonomischen Sinn (vgl. Projekte SUPAT, FUI).

Die *subjektive Dimension* entspricht der *Bewertung durch die Nutzenden*. Diese kann von der Bewertung durch Fachleute abweichen. Manche von Fachjurys gelobten Pro-

jekte werden bei ihrer Umsetzung von der Bevölkerung nicht angenommen. Einige Neubaugebiete funktionieren, manche nicht; die einen schaffen es, ein «Zuhause» zu werden, andere weniger. Für eine Beurteilung der urbanen Qualität braucht es deshalb immer auch die Stimme der Nutzenden, der Bevölkerung und der Arbeitenden.

Versucht man das generelle Ziel *urbane Qualität* auf der Basis entsprechender Zielformulierungen für eine Planungsaufgabe, wie zum Beispiel eine Test- oder Entwicklungsplanung, umzusetzen, so umfasst dies folgende *generelle Qualitätsziele*:

- hohe Lebens- und Wohnqualität;
- lebendige Quartieridentität;
- sinnvolle Nutzungsvielfalt;
- nutzbare öffentliche Freiräume mit städtebaulicher Qualität;
- Berücksichtigung von Kriterien der Nachhaltigkeit;
- Einhalten der Prinzipien der Innenentwicklung;
- Erschliessungsqualität des Standortes;
- qualifizierte städtebaulich-architektonische Gestaltung (Baukultur).
- Subjektiv geäussertes Wohlbefinden der Nutzerinnen und Nutzer.

Es lassen sich also übergeordnete Qualitätsdimensionen formulieren. Man findet solche auch immer wieder in Programmen von Testplanungen und Wettbewerben. Doch wenn sie genügend robust sein und von den beauftragten Fachleuten umgesetzt werden sollen, so müssen die generellen Ziele für jedes einzelne Vorhaben und Projekt *auf die jeweilige ortsspezifische Situation* heruntergebrochen werden und auf die *lokalen Bedürfnisse* ausgerichtet werden. Dieser Schritt fehlt leider oft, weshalb die Nutzenden in solchen Neubaugebieten oft unzufrieden sind.

Fassen wir zusammen: Urbane Qualität findet man an Orten, wo Begegnungen stattfinden können, wo Vielfalt vorhanden ist und gleichzeitig ein Gefühl der Vertrautheit entstehen kann. Urbane Qualität muss objektiven Kriterien der Raumordnung und der Nachhaltigkeit genügen, sie muss von der Bevölkerung als Qualität angenommen und als Produkt einer hochwertigen Baukultur geschätzt werden. Der Grad der Intensität hingegen hängt ab vom Siedlungstyp und der Art der Nutzungen.

Der Umgang mit Qualitätszielen im Verlauf von Planungsprozessen soll im Folgenden veranschaulicht werden. Wie welche Qualität entstehen kann, hängt von den generellen Zielvorstellungen und den lokalen Rahmenbedingungen des Ortes ab. Angesichts der Heterogenität der räumlichen Situationen, der planerischen Aufgabenstellungen

und den beteiligten Akteure werden den bereits erwähnten Typen von Planungsaufgaben jeweils *spezifische Qualitätsziele* zugeordnet.

Je nach Ausgangslage müssen passende Konzepte für die bauliche Weiterentwicklung gefunden werden. Anhand der im nächsten Kapitel aufgeführten *Referenzbeispiele* lassen sich die besonderen – und generell anerkannten – Qualitätsmerkmale einzelner Planungsvorhaben darstellen. Die entsprechenden Besonderheiten in den Planungsprozessen werden an den Beispielen beschrieben, damit im Sinne von *lessons learned* daraus entsprechende Empfehlungen abgeleitet werden können.

Typen von Raumentwicklungsvorhaben und Qualitätsziele

Stadtumbau und Transformation im Bestand der Innenstädte

Qualitätsziele: Behutsame Transformation durch Umbau, Umdeutung oder Ersatz von Altbauten in bestehenden Quartierstrukturen, Verdichtung durch Neubau auf bestehenden Brachen, Weiterentwicklung vorhandener Qualitäten.

Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsrändern der Städte

Qualitätsziele: Urbane Wohn- und Lebensqualität in hoher Dichte schaffen, Entwickeln neuer Formen nachhaltigen Wohnens, in Verbindung mit nutzbarem und vernetzendem Freiraum.

Urbanisierung der stadtnahen Agglomeration durch Verdichtung

Qualitätsziele: Qualifizierte Verdichtung an gut erschlossenen Lagen in den Agglomerationsgemeinden zur Schaffung von mehr Urbanität.

Stärkung der periurbanen regionalen Zentren durch Innenentwicklung

Qualitätsziele: Stärkung der Zentrums- und Siedlungsqualität durch qualifiziertes Verdichten, Nutzungsallokation und Schaffen von Freiräumen.

Aufwertung von Agglomerationsräumen durch Zusammenarbeit auf regionaler Ebene

Qualitätsziele: Kampf gegen die gesichtslose Agglomerationsentwicklung zwischen den Ortskernen, Schutz und Aufwertung von Landschaftsräumen, Aufwertung der «Zwischenstadt» (Sieverts, 1997).

Sonderfälle: Entwicklung von Brachen als Chance für neue Quartiere im städtischen und periurbanen Kontext

Qualitätsziele: Entstehung von neuen Quartieren mit durchmischter Nutzung und besonderer Identität, aber guter Vernetzung mit den umliegenden Quartieren.

Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum

Qualitätsziele: Identitätsstiftender Umgang von kleinen Gemeinden im ländlichen Raum (Dörfer) mit dem Bestand, dem Wachstum und mit neuen Bedürfnissen der Bewohnerschaft.

3.3.

Referenzbeispiele für das Entstehen urbaner Qualität

Bezugnehmend auf die im vorherigen Kapitel erwähnte Typologie unterschiedlicher städtebaulich-planerischer Vorhaben mit bestimmten Qualitätszielen (vgl. Kapitel 3.2) sind hier zu jedem Typ konkrete Fälle aus der Praxis beschrieben, die für ihren «Typ» als Referenzbeispiel gelten können. Sie wurden gewählt, weil sie exemplarische Lösungen aufzeigen und weil jeweils einiges davon auf andere Vorhaben übertragbar ist. Die umgesetzten Beispiele weisen einige der oben beschriebenen Qualitäten auf und werden objektiv (durch die Fachwelt) und, wo bereits möglich, in der Regel auch subjektiv (durch die Nutzenden) positiv eingeschätzt. Dies allerdings ohne Abstützung auf eigentliche Befragungen.

Raumentwicklungsvorhaben und ihr Beitrag zur urbanen Qualität



Stadtumbau und Transformation im Bestand der Innenstädte

Ziele: Behutsame Transformation in bestehender Stadtstruktur, Erhalt, Umbau, Umdeutung oder Ersatz von Altbauten, Weiterentwicklung vorhandener Qualitäten.

Beispiel 1

Entwicklungsleitbild Stadt Aarau

Der Schweizer Heimatschutz hat der Stadt Aarau den Wakkerpreis 2014 zugesprochen. Die Begründung: «Die Schweizer Stimmberechtigten haben sich 2013 für die Revision des Raumplanungsgesetzes ausgesprochen. Gefordert sind nun Massnahmen zur qualitätsvollen Verdichtung gegen innen. Die Stadt Aarau setzt diese Vorgaben seit vielen Jahren um. Sie zeigt exemplarisch Wege auf, wie sich Wachstum und der Erhalt und die Pflege von Stadtquartieren und Grünräumen vereinbaren lassen. Die Stadt weist zahlreiche sorgfältig geplante Quartiere mit unverwechselbaren Qualitäten auf. Ihre erlebbare städtebauliche Vielfalt – von der dichten Altstadt über Gartenstadtquartiere bis hin zur Grosssiedlung Telli – tragen zur hohen Lebensqualität bei. Mit dem Ziel, ihre Standortattraktivität zu erhalten und zu verbessern, hat die Stadt Aarau auf vorbildliche Weise diese Quartiereigenschaften mit angemessener Feinkörnigkeit weiterentwickelt.» (Schweizer Heimatschutz, 2014)

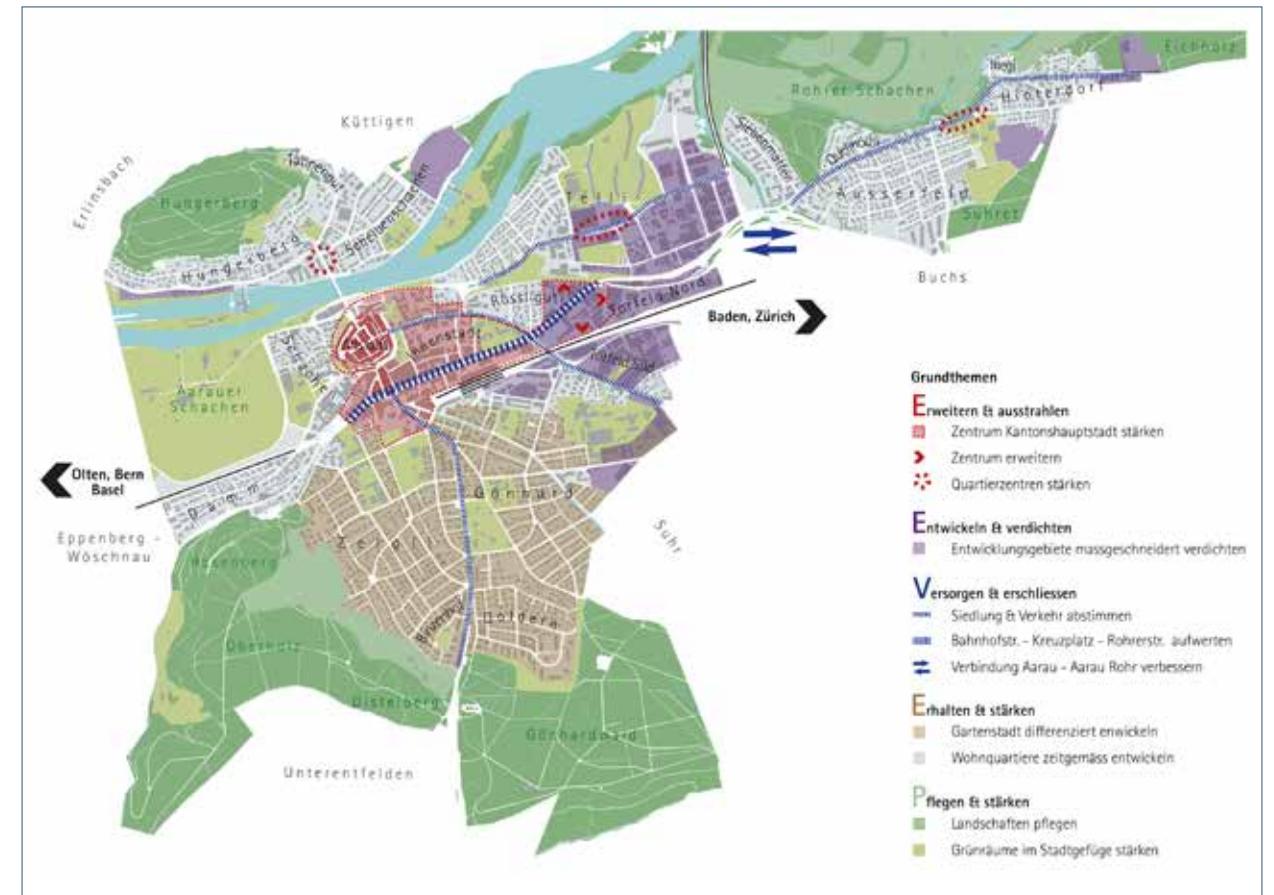
Das 2014 beschlossene und auf einem Entwicklungsleitbild der Stadt Aarau von 2011 aufbauende Raumentwicklungsleitbild (REL) ermöglicht es, neue Projekte in ihr jeweiliges Umfeld einzuordnen und so die Entwicklung der Stadt zu steuern. Im Raumentwicklungsleitbild wird aufgezeigt, wo massgeschneidert am richtigen Ort verdichtet werden kann und soll.

Im Rahmen der Gesamtstrategie «Mehr Stadt werden» gibt das REL zudem städtebauliche Leitlinien für die verschiedenen Quartiere der Stadt vor.

Quellen

www.aarau.ch, (zuletzt aufgerufen: 15.12.2014)
 Stadt Aarau: Raumentwicklungsleitbild (REL), Stadtratsbeschluss 23.6.2014
 Schweizer Heimatschutz, Wakkerpreis 2014, Medienmitteilung 21.01.2014 (www.heimatschutz.ch/wakkerpreis)
 Aarauer Neujahrsblätter, Sonderdruck 2015: Qualitätsvolle Verdichtung am richtigen Ort, Aarau 2014
 Fotos: Marco Salvini, Stadt Aarau, Christian Knörr, Keystone

Das Raumentwicklungsleitbild (REL) definiert die Strategie der räumlichen Entwicklung der Stadt und stimmt Siedlungs-, Verkehrs-, Landschafts- und Energieplanung aufeinander ab.



Wohnanlage Jurastrasse:
behutsame Verdichtung im Gartenstadtquartier



Überbauung Bahnhof Süd Hinterer Bahnhofstrasse:
Die langgestreckte Randbebauung ist das Ergebnis eines Bahn- und Strassenausbaus. Sie differenziert zwischen der lärmigen Nord- und der ruhigen grünen Südseite.

Stadtumbau und Transformation im Bestand der Innenstädte

Beispiel 2

Planungsleitbild und Planungsberichte Stadt Baden

Seit 1998 verfügt Baden über ein [Planungsleitbild](#), das jeweils für 12 Jahre gilt. Dazu wird alle 4 Jahre ein Zwischenbericht erstellt. Das Planungsleitbild und die Zwischenberichte werden vom Einwohnerrat genehmigt.

Im März 2014 hat der Badener Einwohnerrat für die laufende und zwei nächsten Legislaturperioden das «Planungsleitbild 2026» beschlossen. Das neue Planungsleitbild und der dazugehörige Planungsbericht 2014 enthalten die zukunftsrelevanten Themen für Baden und zeigen Lösungsansätze hinsichtlich einer nachhaltigen städtischen Entwicklung auf.

Baden hat sehr unterschiedliche Stadtquartiere, die zum lebendigen Stadtleben beitragen und als solche ihre Identität behalten sollen. In Hinblick auf die Totalrevisi- on der Bau- und Nutzungsordnung werden [quantitative und qualitative Kriterien der baulichen Verdichtung](#) festgelegt. Das vorhandene erhebliche Verdichtungspotenzial soll mit der Aktivierung von Restparzellen und der Erneuerung bestehender Bauten mit gleichzeitiger energetischer Sanierung angegangen werden.

Der Aufwertung und Gestaltung öffentlicher Plätze und Strassen wird, jeweils ko- ordiniert mit wichtigen privaten Bauvorhaben, grosses Gewicht geschenkt. Für die wichtigsten Areale und Projekte werden [kommunale Richtpläne und fachspezifische Leitbilder](#) zur Steuerung der Entwicklung eingesetzt.

Wichtige Themen der Stadtentwicklung sind zum einen die Entwicklung des Stadt- teils Baden Nord (ehemaliges ABB-Areal), der als modernes Industriequartier mit ergänzenden Nutzungen in den Sparten Freizeit und Bildung sowie Wohnen in die Stadt integriert worden ist. Ebenso sorgfältig soll zum anderen auch das für Baden identitätsstiftende Bäderquartier in eine nachhaltige Zukunft geführt werden.

Quellen

www.baden.ch
Hochparterre Sonderheft
6–7/2007: Baden – kleine Stadt
auf grosser Fahrt.
Fotos: Stadt Baden, Entwick-
lungsplanung/Luftbild Schweiz;
Wladimir Gorko, Stadt Baden

Baden: Luftbild mit Bäderquartier und neuem Stadtteil Baden Nord



Neubauten in Baden-Nord

Stadtumbau und Transformation im Bestand der Innenstädte

Beispiel 3

«Ennet den Gleisen», Verdichtung in der Innenstadt, Schaffhausen

Auf der Bleiche, einer Parkplatzbrache im Herzen der Stadt Schaffhausen, auf der beim Bahnhof der Altstadt gegenüberliegenden Seite der Bahngeleise, wollte die Stadt mit einer neuen Bebauung eine urbane Verbindung zwischen der Altstadt und den Wohngebieten am Hügel herstellen und so die Dichte und die Urbanität der Stadt steigern.

Nachdem das Areal früher einmal für ein (die Urbanität wenig förderndes) Postverteilzentrum vorgesehen war, führte die Stadt Schaffhausen 2006/07 für das Areal einen Investorenwettbewerb für eine Überbauung mit Mischnutzung (Wohnen, Läden, Hotel) durch, der zu einem Gestaltungsplan und schliesslich zu einem Bauprojekt geführt hat. Das Projekt wurde im Sommer 2014 fertiggestellt. Es umfasst einen grossen städtischen Platz, der direkt vom Bahnhof durch eine Rampe erschlossen ist, eine durchmischte Überbauung mit fünf Gebäuden, in denen ein Hotel mit Kongresszentrum, über 500 Arbeitsplätze, 103 Wohnungen, Restaurants und Läden enthalten sind. Die neue Überbauung auf dieser zentralen Brache bringt der Stadt ein Stück Urbanität, die über die Altstadt hinauswirkt und den Bezug zu den angrenzenden Wohnquartieren herstellt. Der Bahnhof liegt nun nicht mehr am Rand, sondern in der Mitte der Stadt.

Das Projekt erhielt den Raumplanungspreis 2014 der Raumplanungsgruppe Nordostschweiz (RPG NO) aus folgenden Gründen:

- Wille der Stadt zur Lenkung und Einflussnahme sichtbar.
- Mit eigenem Boden und langfristigem Denken lässt sich eine Vision umsetzen.
- Die Innenstadterweiterung ist in die Ortsplanung eingebunden.
- Der Nutzungsmix konnte durch konsequente Vorgaben und Beharrlichkeit umgesetzt werden und führt damit zu einer Entlastung der Altstadt.

Quellen

www.urbahn.ch
www.stadt-schaffhausen.ch
Raumplanungsgruppe Nordostschweiz RPG NO: Siegerprojekt Raumplanungspreis RPG N=2014, in: www.rpg-no.ch
Fotos: Hannes Henz

Schaffhausen: Weiterbauen an der Stadt über urbanes Verdichten einer städtischen Brache



Weiteres Beispiel: Sion/Sitten (VS)

Aufwertung der Innenstadt über die Neugestaltung öffentlicher Plätze, Erkennen der Bedeutung der Landschaft als Identifikationsmerkmal, keine weitere Ausdehnung der Bauzonen trotz Bevölkerungswachstum. www.sion.ch

Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsändern der Städte

Ziele: Urbane Lebensqualität in hoher Dichte schaffen,
Entwickeln neuer Formen nachhaltigen Wohnens, in Verbindung
mit nutzbarem und vernetztem Freiraum.

Beispiel 1

Grünmatt, Verdichtung einer Wohnsiedlung am Stadtrand, Zürich

Die Familienheim-Genossenschaft Zürich (FGZ) besitzt über 2000 Wohnungen am Stadtrand von Zürich, unterhalb des Üetlibergs am Friesenberg. Die FGZ verfolgt ein langfristiges Konzept zur Erneuerung ihrer Bausubstanz und hat 2004 ein [Bauleitbild](#) und einen [Entwicklungsplan für die nächsten 20 Jahre](#) erarbeitet und beschlossen.

Im Rahmen ihrer Erneuerungsstrategie wurde eine ältere Reihenhaussiedlung, die [Grünmatt](#), abgebrochen, um dort mit neuer, energetisch optimaler Bausubstanz eine [Verdichtung](#) zu erreichen. Das Siegerprojekt des zuvor durchgeführten Projektwettbewerbs sah für die Ersatzneubauten wiederum eine Reihenhaustypologie vor, welche die Gartenstadt neu interpretierte.

Mit den Neubauten konnte eine massive Verdichtung von 155 statt 64 Wohneinheiten erzielt werden, in denen heute rund 480 statt 210 Bewohner leben. Mit den neuen Reihenhäusern wurde die [Identität des Ortes](#) erhalten. Sie umfassen Geschosswohnungen und Reihenhäuser für Familien. Die Reihenhäuser verfügen über eigene kleine Gärten, und trotz der massiven Verdichtung ist ein gemeinsamer grosszügiger Freiraum entstanden. Zudem erstellt die Genossenschaft FGZ zentral an der Durchgangsstrasse ein Quartierzentrum mit Läden für den täglichen Bedarf. Darüber sind im Hinblick auf eine ausgewogene [demografische Durchmischung](#) Alterswohnungen geplant, die alt gewordenen Genossenschaftlern den internen Umzug in eine Alterswohnung ermöglichen.

Quellen

www.fgz.ch
Liechti, Richard: «Mehr als Reihenhäuser», in: Wohnen 5, Mai 2014
Sonderregger Alfons: «Wir brauchen eine Vielfalt von Bewohnern», Interview in: Wohnen 5, Mai 2014
Fotos: Johannes Marx, FGZ



Familiengerechte Verdichtung



Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsrändern der Städte

Beispiel 2 (Brache)

Entwicklungsgebiet Erlenmatt, Basel

Mit der Reorganisation der Betriebsabläufe der Deutschen Bahn AG wurde das Areal des DB-Güterbahnhofs in Basel 1998 frei für eine neue Nutzung. Damit entstand für den Kanton Basel-Stadt eines der letzten grossen Entwicklungsgebiete. Es grenzt an bestehende Kleinbasler Quartiere mit dichter Bebauung und niedrigem Freiraum- und Grünflächenanteil.

Städtebauliche Wettbewerbe: Bereits 1996 führte der Kanton Basel-Stadt gemeinsam mit der Vivico Real Estate GmbH einen offenen internationalen städtebaulichen Wettbewerb durch. Im Rahmen eines Mitwirkungsprozesses wurden Bevölkerung und Gewerbe direkt am Planungsprozess beteiligt. Das dabei erarbeitete Positionspapier bildete eine wesentliche Grundlage für den zweiten städtebaulichen Wettbewerb im Jahr 1998.

Bebauungsplan: Im Jahre 2002 wurde auf der Basis des Siegerprojektes der Bebauungsplan erarbeitet, der 2004 vom Grossen Rat verabschiedet wurde. Nach einem Referendum sprach sich die Basler Stimmbewölkerung 2005 mit einer klaren Mehrheit für die Entwicklung des Erlenmattareals aus.

Zwischennutzungen: Bevor eine definitive planerische Lösung zur Entwicklung des Areals vorlag, initiierte ein Verein (www.arenal.org) in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt ab 2000 ein Konzept für zahlreiche und vielfältige Zwischennutzungen. Das Projekt nt/Areal gehört in dieser Hinsicht zu den Best Practices in Europa.

Umsetzung Erlenmatt West in Zusammenarbeit zwischen Privaten und öffentlicher Hand: Seit 2007 werden die privaten Baufelder auf der Grundlage von architektonischen Studienaufträgen bzw. Wettbewerben überbaut. Der westliche Teil des

Erlenmatt-Areals wird 2016 mit über 700 Wohnungen vollständig fertiggestellt sein. Parallel dazu werden die beiden grossen öffentlichen Freiräume durch den Kanton Basel-Stadt realisiert. Die Finanzierung der Parkanlage ist vollumfänglich durch die in Basel übliche Planungsmehrwertabgabe der Neuüberbauung gedeckt.

Der [Erlenmatt-Park](#) ist seit 2011 zu zwei Dritteln fertiggestellt und für die Öffentlichkeit nutzbar. Im Zentrum der Anlage ist seit Herbst 2012 ein Parkrestaurant geöffnet. Die Arealentwicklung schafft somit auch für die angrenzenden Kleinbasler Quartiere zusätzliche öffentliche Grün- und Freiflächen. Der Erlenmattpark erhielt 2013 den Schulthess Gartenpreis des Schweizer Heimatschutzes.

Erlenmatt Ost: Auf dem benachbarten Areal Erlenmatt Ost plant die Stiftung Habitat auf Basis einer ausgewogenen Wirtschaftlichkeit und nach sozialen Grundsätzen. Dank Baurecht schaffen Baugemeinschaften, Genossenschaften und Wohnbauträger mit ähnlichen Wertvorstellungen städtischen Wohn- und Arbeitsraum. Ziel ist ein lebendiger Stadtteil mit hoher Wohnqualität für alle Bevölkerungsschichten. Ein vielfältiges Neben- und Miteinander von Lebensformen und Nachbarschaften wird ergänzt mit öffentlichen, sozialen und gewerblichen Nutzungen. Die zukünftigen Nutzenden werden frühzeitig in die Planung einbezogen. In den Wohnhöfen und auf dem Platz vor dem bestehenden Silo entsteht gemeinschaftlich genutzter Freiraum für alle.

Ökologie: Die Gebäude und Anlagen sollen ressourcenschonend geplant, gebaut, betrieben und erneuert werden. Ziel ist es, einen grossen Teil der für den Betrieb nötigen Energie vor Ort zu gewinnen. Lokale Angebote sorgen für kurze Wege.

Quellen

www.baselnord.bs.ch/erlenmatt
Cabane, Philippe:
TEC 21, 14–15, 2005
www.erlenmatt-ost.ch
Fotos: Schweizer Heimatschutz
(Erlenmattpark), Planungsamt
Kanton Basel-Stadt

Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsrändern der Städte

Erlenmatt, Übersicht Stand 2014



Das Areal früher: der DB
Güterbahnhof 1994



Erlenmattpark 2013



Modellfoto: Städtebauliches
Gesamtkonzept

Urbanisierung der stadtnahen Agglomeration durch Verdichtung

Ziele: Qualifizierte Verdichtung an gut erschlossenen Lagen in der Agglomeration zur Schaffung von mehr Urbanität.

Beispiel 1 (Brache)

Richti Areal, Wallisellen

Auf dem ehemals industriell genutzten und seit rund 20 Jahren brachliegenden Grundstück an extrem gut erschlossener Lage mitten in Wallisellen, zwischen dem Bahnhof Wallisellen und Einkaufszentrum Glatt, entstand ein neues urbanes Quartier mit gemischter Nutzung: Wohnen, Dienstleistung, Gewerbe und Verkauf. Das seit 2007 im heutigen privaten Besitz befindliche Grundstück umfasst eine Fläche von insgesamt 72 000 Quadratmetern. Das Areal hat eine Geschichte voller Fehlplanungen hinter sich. Schliesslich wurde es von der heutigen Besitzerin, einer Immobilienfirma gekauft.

Zusammenarbeit Private – öffentliche Hand: Die Eigentümerin liess, zusammen mit der Gemeinde Wallisellen, einen privaten Gestaltungsplan erarbeiten. Damit wurde es möglich, dass auf dem Grundstück, zusätzlich zu den bereits zulässigen Nutzungen wie Industrie, Dienstleistung und Gewerbe, auch gewohnt werden kann.

Dem Gestaltungsplan wurde ein Richtprojekt von Prof. Vittorio Magnago Lampugnani zugrunde gelegt. Dieses wurde von den kommunalen und den kantonalen Behörden überprüft und der Gestaltungsplan wurde von den Stimmberechtigten der Gemeinde Wallisellen im Juni 2009 mit grossem Mehr angenommen.

Das funktional gut durchmischte Quartier umfasst heute Wohnraum (Miet- und Eigentumswohnungen) für rund 1200 Bewohner und über 3000 Arbeitsplätze in Büros und Ladengeschäften. Die Blockrandbauten mit fünf Vollgeschossen und einem Attikageschoss weisen eine hohe städtisch anmutende Dichte auf und bilden den eigenständigen Charakter des Quartiers mit einer öffentlichen Strassenfront und grossen parkartigen, lärmgeschützten Wohnhöfen. Der öffentliche Raum ist mit Plätzen, Alleen, Arkaden differenziert ausgestaltet und hebt sich von den Wohnhöfen deutlich ab.

Quellen

www.richti.ch
Allreal AG: Richti Wallisellen, Band 1, Städtebau, 2011
Hochparterre, Beilage: Richti Wallisellen – Der Blockrand oder die neue Selbstverständlichkeit, 6–7, 2009.
Fotos: Allreal, Zürich



Modellfoto Gesamtprojekt



Strassensituation



Innenansicht Wohnhof

Urbanisierung der stadtnahen Agglomeration durch Verdichtung

Beispiel 2 (ohne Brache)

Entwicklungsplanung der Gemeinde Köniz

Die Gemeinde Köniz in der Nähe von Bern ist mit einer Fläche von 51 km² die grösste Agglomerationsgemeinde der Schweiz. Trotz rund 40 000 Einwohnern und der Nähe zu Bern hat die Gemeinde nicht nur einen städtischen, sondern auch noch einen ländlichen Charakter mit geschützten Weilern sowie weiträumigen Grünräumen und Kulturlandschaften. Bei der Verleihung des Wakkerpreises 2012 schrieb der Schweizer Heimatschutz: «Durch die konsequente Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen und einer bemerkenswerten langjährigen Wettbewerbskultur hat Köniz es verstanden, die Siedlungsqualität zu steigern und der Zersiedlung Einhalt zu gebieten.»

Verzicht auf Einzonungen: Mit der Revision der Ortsplanung 1994 wurde ein erster Grundstein für den Erfolg gelegt: 337 ha Bauland wurde als Agrarland festgelegt. Einzelne Weiler wurden ins ISOS aufgenommen und geschützt. 2008 hat der Gemeinderat in eigener Kompetenz eine Mehrwertabschöpfung bei Ein- und Umzonungen eingeführt. Eine wichtige Massnahme war auch die aktive Bodenpolitik der Gemeinde Köniz. Mit einem vom Volk genehmigten Rahmenkredit wurden strategisch wichtige Schlüsselparzellen aufgekauft und diese dann nach Bedarf sinnvoll verwertet.

Alle Massnahmen wurden von der Bevölkerung mitgetragen und stets politisch abgesehnet. Mithilfe dieser Planungsinstrumente und mit neuen Mobilitätskonzepten wurde das Ortszentrum umgestaltet und aufgewertet. Neue Wohnüberbauungen beweisen, dass sich Dichte und Qualität durchaus verbinden lassen.

2007 genehmigte Köniz ein langfristig angelegtes Raumentwicklungskonzept (REK) und darauf aufbauend 2014 den Richtplan Raumentwicklung Gesamtgemeinde, der Siedlung, Verkehr und Landschaft aufeinander abstimmt. Diese beiden Instrumente bilden die prinzipiellen Stossrichtungen ab und sind die Basis für die laufende Ortsplanungsrevision.

Quellen

www.koeniz.ch
Gemeinde Köniz (Hg.): Planung in der Agglomeration. Architektur in Köniz 1990–2015, Bern, 2013
Schweizer Heimatschutz: Auszeichnungen, in: www.heimatschutz.ch
Fotos: Liebefeld Park: Daniel Bill, Gemeinde Köniz, Bushaltestelle: zvg, Gemeinde Köniz, Flugaufnahme: Felix Frank



Liebefeldpark



Differenzierung zwischen erhaltungswürdigen Ortsteilen (Identität) und sorgfältig geplanten Entwicklungsgebieten

Stärkung der periurbanen regionalen

Zentren durch Innenentwicklung

Ziele: Stärkung der Siedlungsqualität und Urbanisierung durch qualifiziertes Verdichten und Schaffen von Freiräumen.

Beispiel 1

Entwicklung Stadtpark und Zellwegerpark im Zentrum von Uster

Am Aabach, wo ursprünglich Textilfabriken standen, befindet sich heute ein durchgrüntes urbanes Stadtquartier: 2005 haben die Stadt Uster und der Kanton Zürich den [Masterplan Aabach Uster](#) erarbeitet. Seit 2009/10 werden laufend neue Abschnitte gemäss den im Masterplan festgelegten Richtlinien überbaut. Die historische Kraftwerkskette am Aabach wurde erhalten und die Anlagen an die heutigen Anforderungen angepasst. Die Neugestaltung des Aabachs durch die Stadt Uster erfolgte koordiniert mit der Entwicklung der privaten Areale.

2005 wurde in Zusammenarbeit zwischen der Stadt Uster und den privaten Eigentümern ein [städtebaulicher Gestaltungswettbewerb](#) für die Transformation des Industrieareals der Zellweger in ein Wohn- und Arbeitsquartier durchgeführt. Zwei Jahre später wurde die Parkanlage mit dem Zellwegerweiher an die Stadt Uster abgetreten. Verbunden mit dem bestehenden Stadtpark entstand im Zentrum von Uster ein attraktiver Freiraum für alle. Nach einer umfassenden Umgestaltung konnte die Parkanlage 2010 eröffnet werden.

In diesem Gebiet im Zentrum von Uster entsteht aber auch ein neues Quartier und damit eine Verdichtung des Zentrums. Architektur, Wasser, Natur, Kunst und Industriegeschichte schaffen hohe Lebensqualität. Die neuen Wohnüberbauungen schliessen sich an die bereits 2001 entstandene Siedlung «Im Lot» an, eine Umnutzung der stillgelegten Baumwollspinnerei am Aabach. Die Neubauten und die revitalisierten Fabrikgebäude bieten Lebens- und Wohnraum für über 250 Menschen, die ebenfalls vom Grünraum rund um den Aabach profitieren und zudem teilweise über individuelle Kleingärten verfügen.

Die Stadt Uster erhielt bereits 2001 den Wakkerpreis für ihre «beispielhaften planerischen und baulichen Massnahmen, mit denen es gelungen ist, in der zunehmend anonymen schweizerischen Agglomerationslandschaft eine eigene Identität zu schaffen. Der Siedlungsraum wurde klar vom ländlichen Raum getrennt, eine hochwertige zeitgenössische Architektur aktiv gefördert und die alte Bausubstanz respektvoll in die Gegenwart integriert.» (www.heimatschutz.ch) 2014 erhielt Uster für die Gestaltung der Grünräume im Zentrum zudem den [Schulthess Gartenpreis](#) des Schweizer Heimatschutzes.

Heute entwickelt Uster mit partizipativem Vorgehen auf der Basis eines vom Volk 2009 beschlossenen städtebaulichen [Entwicklungskonzepts Zeughaus-Zentrum](#) ihr Stadtzentrum in verschiedenen Interventionsgebieten weiter. Damit will die Stadt mit neuen Bauten, Freiräumen und Nutzungen ihrem Zentrum nochmals zu einer verstärkten Urbanität verhelfen.

Quellen

www.zellweger-park.ch
www.uster.ch/de/zentrumsentwicklung/
 Schweizer Heimatschutz:
 Schulthess Gartenpreis, 2014



Stärkung der periurbanen regionalen Zentren durch Innenentwicklung

66



Übersicht Zellweger Areal
Axonometrie: EM2N Architekten

67

Siedlung «Im Lot»: Verbindung
von alt und neu im Park,
Aneignungsmöglichkeit durch
kleine Gärten
Foto: Marco Brunner



Identitätsstiftend: Brücke von
Tadashi Kawamata (Japan) als
Kunstwerk im Zellwegerpark
Foto: Roger Frei

Stärkung der periurbanen regionalen Zentren durch Innenentwicklung

Beispiel 2

Stadtentwicklung Schlieren

Die Stadt Schlieren hat sich innert 150 Jahren vom Bauerndorf zum gesichtslosen Industrieort gewandelt. Seit der Jahrtausendwende will sie sich von ihrem schlechten Image lösen und eine moderne Dienstleistungs- und Technologiestadt werden.

Ein Initialprojekt für die neue Stadtentwicklung Schlierens war 2002 der [RZU Wettbewerb zur Stärkung der Zentren](#), an dem sich Schlieren beteiligte und mit einem «etwas zu visionären Projekt» (Jury) den 4. Rang erreichte. Im Hinblick auf die geplante Limmattalbahn wurde die Idee weiterentwickelt, und 2004 gaben die Stadt und die Halter AG einen Studienauftrag zur Zentrumsentwicklung in Auftrag, auf dessen Grundlage 2007 ein Rahmenplan und ein konkretes Vorprojekt für ein städtebauliches Konzept erarbeitet wurden. Bei der Gestaltung des Stadtplatzes und der Erweiterung des Stadtparks wurde die Bevölkerung in partizipativen Verfahren beteiligt.

2005 beschloss der Stadtrat das neue [Stadtentwicklungskonzept](#). Damit zeigt Schlieren den Willen zur gezielten Einflussnahme und Steuerung der Stadtentwicklung. Ziel ist eine umfassende Aufwertung der Wohn- und Arbeitsstadt. Angesichts der vielen industriellen Brachen, die neu überbaut werden können, ist es für die Stadt entscheidend, die Identität und städtebauliche Qualität, die Aufwertung der öffentlichen Räume und die Neuorganisation des Verkehrs in die richtige Richtung lenken zu können.

Die wichtigsten Aufgabenfelder des Stadtentwicklungskonzeptes sind:

- Aufwertung und Stärkung des Zentrums,
- Bessere Verbindung der Ortsteile,
- Neuorientierung in der verkehrsdominierten Entwicklung des öffentlichen Raums der letzten 30 Jahre,
- Entwicklung der Baulandreserven und Brachen,

- Umgang mit Barrieren und Lärm,
- Verbesserung der Wahrnehmung und Nutzung der landschaftsräumlichen Qualitäten.

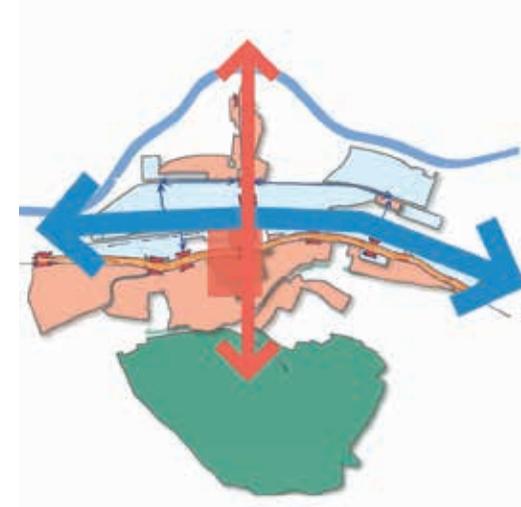
Das Stadtentwicklungskonzept von 2005 wurde 2014 überarbeitet, basierend auf einer umfassenden Erfolgskontrolle. Heute hat Schlieren rund 17 600 Einwohnerinnen und Einwohner.

Quellen

www.schlieren.ch
 Stadt Schlieren, Verein für
 Heimatkunde: Jahrbuch 2013
 Hochparterre Themenheft:
 Schlieren blüht auf, 4/2010,
 Schlieren im Wandel 2005 bis
 heute, Stadt Schlieren, 2014.
 Fotos: Stadtentwicklung Schlieren

Neubauten in Schlieren

Das stadträumliche Leitbild setzt auf die lokale Nord-Süd-Achse und den internationalen Ost-West Korridor. Am Kreuzungsort soll ein neues Zentrum entstehen.



Schlieren, künftiger Stadtplatz (Visualisierung)

Aufwertung von Agglomerations- räumen durch Zusammenarbeit auf regionaler Ebene

Ziele: Überkommunal gesteuerte Aufwertung von gesichtslosen Agglomerationsräumen zwischen den Ortskernen und Schutz von grossräumigen Landschaften.

Beispiel 1

Schéma directeur de l'Ouest lausannois

Die im Westen von Lausanne gelegenen Gemeinden Bussigny, Chavannes, Crissier, Ecublens, Prilly, Renens, Saint-Sulpice, Villars-Ste-Croix haben 2011 zusammen mit Lausanne den Wakkerpreis des Schweizer Heimatschutzes «für ihr koordiniertes Vorgehen bei der Gebietsentwicklung, beim Aufwerten der bestehenden Wohnsituationen und bei der Schaffung einer gemeinsamen Identität» erhalten. Um auf die rasche, chaotisch verzettelte Verstädterung des einst landwirtschaftlich und später industriell geprägten Gebiets zu reagieren, hat sich der Kanton Waadt mit den Gemeinden im Jahr 2000 auf ein Baumoratorium geeinigt. Die neun Gemeinden haben sich 2003 über ein politisches Abkommen miteinander verbunden. Als Werkzeug haben sie sich eine Vision und ein Leitbild «Schéma directeur de l'Ouest lausannois» gegeben.

Das Leitbild nimmt unter Beteiligung der Bevölkerung in konkreten Projekten Form an. Es werden Testplanungen und Wettbewerbe für Infrastrukturen, Städtebau und öffentlichen Raum organisiert. Als gute Beispiele für die neue Qualität gilt die Entwicklungsplanung auf der ehemaligen Industriebrache Malley. Auch der neue Bahnhof Prilly-Malley zeugt davon. «Die Vision löste eine Dynamik des Wandels aus, die darauf abzielt, die Wohnqualität der Bewohner zu verbessern», so der Schweizer Heimatschutz.

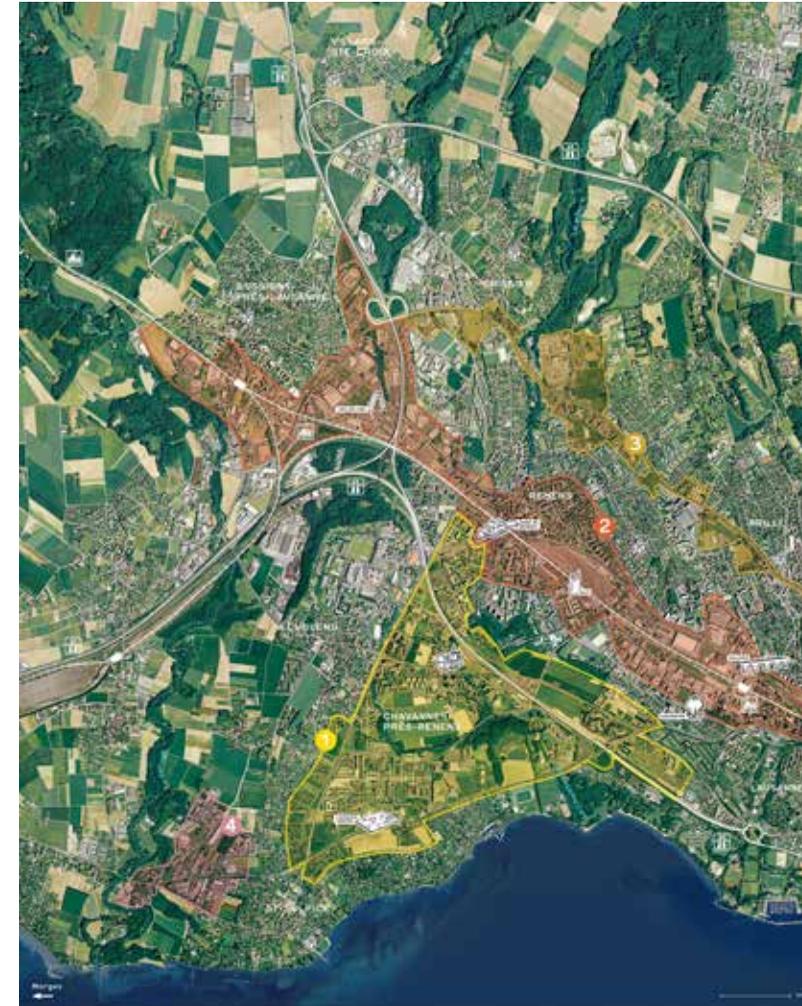
Das Büro SDOL (Schéma directeur de l'Ouest lausannois) ist 2014 zehnjährig und wird heute von acht Gemeinden mit rund 70 000 Einwohnern sowie dem Kanton Waadt getragen und von einer Groupe de Pilotage gesteuert. Es arbeitet an der Verwirklichung der gemeinsamen Vision einer langfristig ausgerichteten nachhaltigen regionalen Stadtentwicklung. Der Prozess folgt den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung und des Dialogs und versteht sich als Laboratoire d'idées stimulant pour une meilleure qualité de vie.

Die Qualitätsziele des SDOL sind:

- Verbesserung der Lebensqualität in der Region,
- Stärkung des öffentlichen Verkehrsangebots und Steuerung des motorisierten Individualverkehrs,
- Schutz der Landschaft und Vermeidung weiterer Zersiedlung trotz Wachstum,
- gute Nutzungsmischung und gesunde Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Quellen

www.ouest-lausannois.ch
SDOL: Bilan des Activités 2013, Renens
www.heimatschutz.ch/index.php?id=1041
Fotos: SDOL, Renens



Überkommunales Leitbild für den Westen von Lausanne

Neue RER-Haltestelle in Prilly-Malley



Wettbewerb für neue öffentliche Räume in Malley-Centre

Aufwertung von Agglomerations- räumen durch Zusammenarbeit auf regionaler Ebene

Beispiel 2

Birsstadt, Kanton Basel-Land

Sieben Gemeinden im Kanton Basel-Land (Aesch, Arlesheim, Birsfelden, Dornach, Münchenstein, Pfeffingen und Reinach) haben sich 2014 zusammengeschlossen, um künftig ihre Raumentwicklung in einer gemeinsamen regionalen Planungsgruppe zu koordinieren. Das Projekt befindet sich vorläufig in einer zweijährigen Testphase. Beteiligt sind auch die Kantone Basel-Landschaft und Solothurn.

Es soll eine Geschäftsstelle geschaffen und ein [regionales Zukunftsbild Birsstadt](#) ausgearbeitet werden. Dank der Zusammenarbeit wollen die Gemeinden ihre Interessen auf Kantonsebene stärker vertreten können. Umgekehrt kann der Kanton seine Planungsvorstellungen besser mit dem Birstal abstimmen. Erweist sich die Zusammenarbeit als Erfolgsmodell, so kann im Jahr 2016 über eine definitive Einführung beschlossen werden.

Bereits 2008–2009 liessen die Gemeinden und die Kantone BL, BS und SO im Rahmen eines Modellvorhabens des Bundes (ARE) ein [Freiraumkonzept Birsstadt](#) ausarbeiten. Über den Freiraum sollte die [regionale Identität](#) gestärkt und die örtliche Lebensqualität erhöht werden. Kern des Konzeptes ist der angedachte [Birspark](#).

Das überkommunale Vorgehen ermöglicht eine nachhaltige Siedlungs- und Freiraumentwicklung und Projekte, die sich die Gemeinden alleine nicht leisten können.

Einen ersten Impuls zu diesem gemeinsamen Vorgehen zur Erhaltung des wertvollen Landschaftsraums in der stadtnahen Agglomeration gab die Gartenbauausstellung *Grün 80* und das Engagement von Stiftungen und Privaten zur Nachnutzung der bestehenden Parklandschaften.

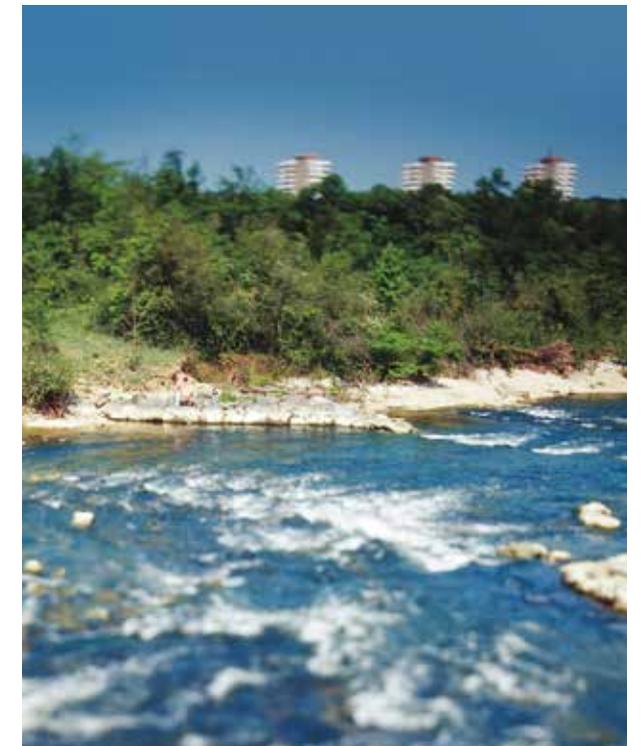
Quellen

Hochparterre Sonderheft:
Die Birsstadt. Sieben Gemeinden,
eine Behauptung, 8/2007
Nyffenegger, Brigitte, in:
Anthos 4/2010
www.reinach-bl.ch, Medien-
mitteilung 14.02.2014
Fotos: Derek Li Wan Po,
Felix Vögtli, Gemeinde Reinach
(Luftaufnahme)

Die Birsstadt



Einweihung der Sitzsteine
an der Birs



Birslandschaft

Weitere Beispiele:

- Agglopark Limmattal, ein überkantonales Freiraumkonzept, 2009, www.agglopark-limmattal.ch
- Projekt «Perspektive Raumentwicklung Limmattal» (ETHZ, Kantone ZH, AG, Limmattaler Gemeinden, Stadt Zürich) www.irl.ethz.ch/re/cooperation/perl
- Masterplan Luzern-Nord (Modellvorhaben ARE) www.luzern-nord.lu.ch

Sonderfälle: Entwicklung von Brachen als Chance für neue Quartiere im städtischen oder im periurbanen Kontext

Ziel: Entwicklung von neuen Quartieren mit durchmischter Nutzung und besonderer Identität, aber guter Vernetzung mit den umliegenden Quartieren.

Beispiel 1

Greencity, Zürich Manegg

Auf der Manegg, dem Areal der ehemaligen Papierfabrik Sihl und weiteren Fabrikgebäuden entsteht im Sihltal am Stadtrand von Zürich das Quartier [Greencity](#).

«Greencity steht für einen ausgewogenen Mix aus privater und öffentlicher Nutzung. Das städtebauliche Konzept verbindet Wohnraum und Arbeitsplätze, urbanen Lifestyle und erholsamen Lebensgenuss.» (aus: [www.greencity.ch](#))

Greencity ist das Ergebnis eines langen Planungsprozesses in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich. Im Jahr 2002 wurde die [kooperative Entwicklungsplanung](#) Manegg, mit dem Ziel der qualitativen Umstrukturierung des Areals, erfolgreich abgeschlossen. Dennoch dauerte es bis Anfang 2011, bis der Quartierplan und der [private Gestaltungsplan](#) in Kraft gesetzt werden konnten. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der Gestaltungsplan in der parlamentarischen Diskussion weiter in Richtung Nachhaltigkeit verändert wurde, vor allem in Fragen der Ökologie (2000-Watt-Quartier) und der sozialen Durchmischung im Wohnungsangebot. Das Zürcher Parlament forderte – im Sinne einer Abgeltung des Planungsmehrwertes – einen Anteil von 30 Prozent genossenschaftlichem Wohnungsbau. Von 436 Wohneinheiten werden nun 232 im genossenschaftlichen Wohnungsbau erstellt.

Ergebnis dieser langen und intensiven Planungszeit wird ein [ökologisch vorbildliches, funktional und sozial durchmischtes Quartier](#) am Stadtrand von Zürich sein. Es wird Dienstleistungsnutzungen, Wohnungen für Jung und Alt, Familien und Senioren, gute Nahversorgung durch Läden in den Erdgeschossen, Schule und Kindertagesstätten im Quartier aufweisen. Auch auf die [Vernetzung](#) mit dem angrenzenden bestehenden Quartier (Leimbach) wurde geachtet. Die Kombination mit grosszügigen Freiflächen und viel Grün wird dem neuen, etwas abgelegenen Stadtteil eine eigene urbane Identität verleihen.

Quellen

[www.greencity.ch](#)
Hochparterre Sonderheft:
Greencity, 1/2014
Visualisierungen: Greencity,
Losinger-Marazzi

Die Gesamtplanung (Gestaltungsplan) sorgt für Nutzungsdurchmischung und unterschiedliche Wohnangebote



Erhalt des identitätsstiftenden ehemaligen Spinnereigebäudes, Schaffung von öffentlichem Raum



Gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr

Sonderfälle: Entwicklung von Brachen als Chance für neue Quartiere

Beispiel 2

Überbauung Giesserei, Winterthur

Die Überbauung [Giesserei](#) liegt in einem ehemals industriell genutzten Areal der Sulzer in Oberwinterthur im aufstrebenden Stadtteil Neu-Hegi, unmittelbar am von der Stadt Winterthur neu gestalteten Eulachpark. Sie erfüllt viele [soziale, ökologische und ökonomische Kriterien der Nachhaltigkeit](#).

Projektentwicklerin und Eigentümerin ist die [Gesewo](#), eine Genossenschaft für selbstverwaltetes Wohnen. Die Genossenschafter haben das Areal von der Sulzer Immobilien gekauft.

Die 2013 fertiggestellte Siedlung besteht aus zwei fünfstöckigen, langgezogenen Gebäuden mit 155 Wohnungen und Gewerberäumen und trägt somit zur [funktionalen Durchmischung](#) bei. Verbunden durch zwei Riegel an den Enden umfassen die Bauten einen Innenhof. Das Gebäude ist in Holzbauweise erstellt und erfüllt den Minergie-P-Status.

In der Giesserei leben Menschen [quer durch alle Generationen](#) miteinander. Gegenseitige Unterstützung und Austausch wie ökologisches Handeln werden erwartet. Die Siedlung ist selbstverwaltet, was ein entsprechendes Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner erfordert.

Quellen
www.giesserei-gesewo.ch
Fotos: Kurt Lampart

Neuartiges generationenübergreifendes Wohnkonzept auf Industriebrache, angrenzend an den öffentlichen Freiraum (Eulachpark) der Stadt Winterthur



Weitere Beispiele:

- Freiraumentwicklung Eulachpark (ehemaliges Sulzerareal), Oberwinterthur, www.stadtentwicklung.winterthur.ch
- Neue Wohn- und Arbeitsformen im Zwicky Areal, Wallisellen, www.zwicky-areal.ch

Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum

Ziel: Identitätsstiftender Umgang von kleinen Gemeinden (Dörfer) im ländlichen Raum mit dem Bestand, mit Wachstum und neuen Bedürfnissen ihrer Bewohner.

Beispiel

Entwicklungsplanung Fläsch, Graubünden

Das Weinbaudorf Fläsch im Churer Rheintal mit einem Ortsbild von nationaler Bedeutung steht durch die Nähe zur Autobahn unter grossem Siedlungsdruck. Um der schleichenden Verstädterung und der baulichen Banalisierung der Agglomeration zu begegnen, beschloss der Gemeindevorstand eine tief greifende Revision der bestehenden Ortsplanung aus den 1990er Jahren. Daraufhin erliessen die Behörden einen Planungs- und Baustopp, um eine grundsätzliche Neuorientierung zu ermöglichen.

Ein Leitbild legte die Identität Fläschs als «Schmuckstück der Bündner Herrschaft» fest. Die weitgehend intakte Dorfstruktur und die charakteristischen Obst- und Weingärten, die weit in den Dorfkern reichen, sollen vor Überbauungen geschützt werden. Die zu erhaltenden Flächen wurden ausgezont und gingen teilweise in Gemeindeeigentum über. Die Eigentümerinnen und Eigentümer erhielten dank Landumlegung Realersatz an anderer Stelle. Am Ost- und Westrand des Dorfes werden Bauzonen mit höherer Überbauungsziffer definiert. Dies erlaubt ein kontrolliertes Wachstum, das einmalige Ortsbild bleibt erhalten. Die Verdichtung findet in diesem speziellen Fall am Rande des Dorfes statt und nicht im Kern wie üblich. Im Kern konnten leerstehende Gebäude mit neuen Nutzungen gefüllt werden.

Die Ortsplanrevision wurde 2008 von der Bevölkerung angenommen. Sie ermöglicht unter anderem nur am südwestlichen Dorfrand eine Dorferweiterung von rund 10 500 m². Um die Qualität sicherzustellen, wurde ein Arealplan über das Gebiet verfügt. Wichtig war bei diesem Prozess die Unterstützung durch die Hochschule für Technik und Wissenschaft HTW Chur.

Heute setzt sich die Gemeinde mit Beratung und Anreizen dafür ein, dass Neubauten von guter architektonische Qualität sind. Die Gemeinde zählt 600 Einwohnerinnen und Einwohner und 22 Weinproduzenten. 2010 erhielt sie den Wakkerpreis des Schweizer Heimatschutzes.

Quellen

www.flaesch.ch
Hochparterre Sonderheft:
Das grüne Dorf, 6–7/2010.
Gantenbein, Köbi: Am Dorfrand
strahlen rote Ziegel;
Hochparterre 9/14. TEC21, 1–2
2014: Dörfer verdichten.
Fotos: Ralph Feiner

Integrierter Neubau im Dorf



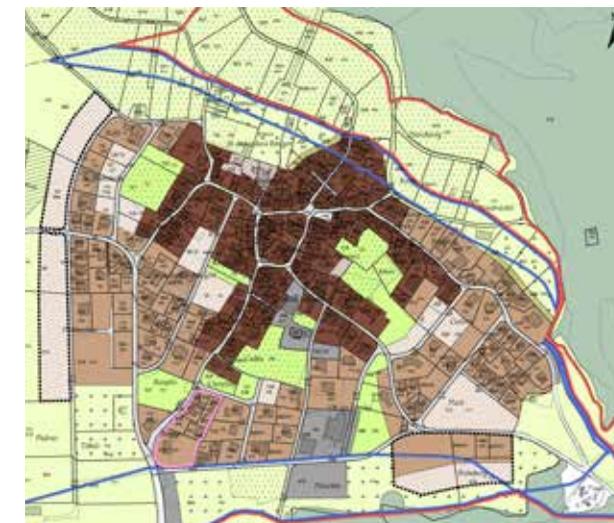
Neuer Dorfteil



Weitere Beispiele:

- Vrin (Val Lumnezia), ein Dorf kämpft gegen das Schrumpfen. (Gewinnerin des Europ. Dorferneuerungspreises 2010) www.landentwicklung.org
- Blatten (VS). Die Gemeinde kauft verfallene Ställe im Dorfkern auf, um sie für die Öffentlichkeit zu nutzen.

**Neuer Zonenplan, beschlossen 2008.
Weiterentwicklung der historischen Substanz
im Dorfkern unter Erhalt des Ortsbildes,
neue Nutzungen für alte Ställe**



Erkenntnisse aus den Referenzbeispielen

80

Was lässt sich aus den Praxisbeispielen, die alle in ihrer Kategorie und bezogen auf die formulierten Ziele urbane Qualitäten erzeugen oder erzeugt haben, im Hinblick auf Prozessgestaltung lernen?

- Urbane Qualität kann auch im Stadtumland realisiert werden. Die in der anderen Synthesepublikation (Sulzer/Desax, 2015) geforderte Stadtwerdung der Agglomeration scheint möglich.
- Urbane Qualität in der Agglomeration entsteht, wenn private Projektentwicklungsfirmen und die öffentliche Hand intensiv zusammenarbeiten. Die Qualität eines Projektes lässt sich durch unterschiedliche Haltungen – im Sinne eines Gegenstromprinzips – deutlich verbessern (z. B. Greencity, Uster).
- Der Wille zur Gestaltung der räumlichen Entwicklung in einer Gemeinde entsteht vielfach erst entweder aus der Not oder aufgrund übergeordneter Veränderungen (z. B. Schlieren, Birsstadt; vgl. dazu die Erkenntnisse aus Projekt UBLI).
- Private Entwicklungsvorhaben werden eher zur urbanen Qualität beitragen, wenn die Entwicklungsrichtung des Standortquartiers oder der Gemeinde durch ein Entwicklungsleitbild bzw. einen Quartierrichtplan bereits konzeptionell vorgegeben ist (z. B. Aarau, Baden).
- Urbane Qualität braucht den Einbezug von verschiedenen Fachbereichen und Stakeholdern. Neben Städtebau und Architektur sind Landschaftsgestalterinnen und Nutzungsspezialisten (z. B. Uster).
- Urbane Qualität gewinnt durch den Einbezug von Alltagswissen der Betroffenen (z. B. Giesserei, Köniz, Grünmatt, Fläsch).
- Urbane Qualität entsteht, wenn man über politische, räumliche und/oder zeitliche Grenzen hinausschaut und -denkt (z. B. Lausanne Ouest, Birsstadt).
- Urbane Qualität entsteht, wenn jemand «dahinter steht», wenn sich einzelne Personen aus der Politik, der Verwaltung oder Private für eine Idee engagieren und sich bis zur Umsetzung darum kümmern. Dies war in vielen der untersuchten Beispielen der Fall.

TEIL 2

DER WEG ZU NEUER URBANER QUALITÄT

4.

Akteure und Instrumente in der Raumentwicklung

4.1.

Raumplanerische Rahmenbedingungen – Bund, Kanton und Gemeinden

Die Raumplanung in der Schweiz ist im Wesentlichen eine Sache der Kantone. 1979 hat der Bund das eidgenössische Raumplanungsgesetz (RPG) eingeführt, das aber im Bereich Siedlungsentwicklung und urbane Qualität zu wenig wirksam war und ein Vollzugsdefizit aufwies. Die zunehmende Klage über die Zersiedlung hat nun zu einer Revision des RPG geführt, die das Volk 2013 angenommen hat. Zum 1. Mai 2014 trat das Gesetz in Kraft. Das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) schreibt in einer Medienmitteilung vom 2. April 2014 dazu:

«Das teilrevidierte Raumplanungsgesetz (RPG), das in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 angenommen wurde, sowie die revidierte Raumplanungsverordnung (RPV) treten am 1. Mai 2014 in Kraft.

Ziele der revidierten Bestimmungen sind ein sorgsamer Umgang mit dem Boden, Bauzonen massvoll festzulegen und kompakte Siedlungen. Dörfer und Städte sollen nach innen weiter entwickelt werden, beispielsweise durch verdichtetes Bauen, das Schliessen von Baulücken oder die Umnutzung von Brachen. Damit sollen der Verschleiss von Kulturland eingedämmt und hohe Kosten für die Erschliessung mit Strassen, Strom und Wasser vermieden werden. Die Umsetzung der Revision verantworten die Kantone. Sie zeigen in ihren Richtplänen auf, wie die Entwicklung nach innen erfolgen wird. Sie müssen zudem sicherstellen, dass ihre Bauzonen dem voraussichtlichen Bedarf der nächsten fünfzehn Jahre entsprechen. Innert fünf Jahren muss diese Richtplanrevision bereinigt und vom Bundesrat genehmigt sein. Weiter sollen die Kantone bei Einzonungen für den Ausgleich, beispielsweise von Rückzonungen, mindestens 20 Prozent des Mehrwerts abschöpfen. Bis zur Genehmigung der angepassten kantonalen Richtpläne durch den Bundesrat sind die Kantone verpflichtet, die Schaffung neuer Bauzonen zu kompensieren. Davon ausgenommen sind insbesondere solche für dringend benötigte, öffentliche Infrastrukturen (beispielsweise ein Kantonsspital). Für andere dringende Vorhaben von kantonaler Bedeutung müssen gleich grosse Flächen anderswo planungsrechtlich gesichert, jedoch nicht sofort zurückgezont werden.»

Damit sind die von Fachleuten bereits seit einiger Zeit geforderte Innenentwicklung und das verdichtete Bauen in der ganzen Schweiz zur Vorschrift geworden. Die Umsetzung allerdings obliegt den Kantonen. Nicht alle werden die Bundesvorgaben im gleichen Mass respektieren, zu unterschiedlich sind die Interessen in den verschiedenen Gebieten. Als erster hat der Kanton Zürich seinen Richtplan den Bundesvorschriften angepasst. Dieser wurde im Frühling 2014 vom Kantonsrat verabschiedet. Das dem Richtplan zugrunde liegende Raumordnungskonzept ist in diesem Bericht

86 in Kapitel 3.1 beschrieben. Geht es nach dem Willen des Kantons, sollen künftig 80 Prozent des Siedlungswachstums in städtischen Gebieten (Stadtlandschaften und urbane Wohnlandschaften) stattfinden. Dies ist nur mit einer Verdichtung bestehender Siedlungsstrukturen zu erreichen, in den Kernstädten wie in den bereits urbanisierten Teilen der Agglomeration und in den dortigen Zentrumsgemeinden. Die Gemeinden sind also gefordert. Konnten sie bis anhin bei Wachstum weiterhin Land einzonen und auf der grünen Wiese bauen, ist dies nun nicht mehr möglich. Sind keine Bauzonenreserven mehr vorhanden, sind die Gemeinden gezwungen, sich mit einer Siedlungsentwicklung nach innen auseinanderzusetzen. Die Ortsplanung steht vor neuen Aufgaben: Wo ist Verdichtung möglich und sinnvoll? Welche Ortsteile sollen unverändert erhalten bleiben? In diese Überlegungen müssen Konzepte des Ortsbildschutzes, der Zentrumsbildung und der Ökologie einfließen. Die Gemeinden werden nicht darum herumkommen, Leitbilder für ihre künftige Entwicklung zu erarbeiten, unter Einbezug der Bevölkerung und – wo möglich – auch in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Nachbargemeinden.

Jede Gemeinde verfügt über eine Ortsplanung mit entsprechender Zonierung und weiteren Bauvorschriften. Wer neu baut, hat sich an diese Regeln zu halten, baut nach der sogenannten Regelbauweise. Ausnahmen davon gibt es nur, wenn die Bauwilligen über viel Land verfügen und wenn ihr Projekt für die Gemeinde wichtig ist. Dann kommen Sonderbauvorschriften wie zum Beispiel Gestaltungspläne und so weiter zur Anwendung (die Nomenklatur ist je nach Kanton etwas verschieden). Diese erlauben es, die geltende Grundordnung näher auszugestalten, zu verfeinern oder gar davon abweichende Regelungen zu schaffen. Sondernutzungspläne sind (je nach kantonaler Gesetzgebung) durch das zuständige Gemeinwesen zu erlassen und von der zuständigen kantonalen Behörde zu genehmigen.

Bei dieser Art von Planungsprozessen, die über die geltende Zonenordnung hinausgehen, ist deshalb eine Zusammenarbeit zwischen den Projektinitianten und der öffentlichen Hand unumgänglich. Eine solche Kooperation trägt, wenn beide Seiten fachlich und ressourcenmässig gut aufgestellt sind, meist zu einer qualitativ besseren Lösung bei. Oft aber fehlen auf der Seite kleinerer Gemeinden die personellen und die fachlichen Ressourcen, um eine solche Planung zu begleiten. Den Investoren stehen auf Seite der öffentlichen Hand dann keine genügend versierten Fachpersonen gegenüber, welche die Bedeutung des Projekts für die Gemeinde, die städtebauliche Eingliederung und anderes mehr prüfen können. Darauf wurde auch im Projekt UBLI hingewiesen. Das Problem ist allerdings in der Zwischenzeit erkannt. Bund, Kantone und Fachorganisationen bieten Programme und Beratungsleistungen an.

4.2.

Beratungs- und Unterstützungsprogramme des Bundes

87 Seit einigen Jahren ist der Bund nicht nur gesetzgeberisch, sondern auch mit Anreizen und beratend in der Raumplanung aktiv. Zu erwähnen sind die *Agglomerationsprogramme*, die einen wichtigen Pfeiler der Agglomerationspolitik des Bundes und der nachhaltigen Raumentwicklung der Schweiz darstellen. Sie zielen auf eine koordinierte Planung von Siedlung, Landschaft und Verkehr in urbanen Räumen und bilden die Voraussetzung für die Verteilung der Bundesgelder für Verkehrsinfrastrukturbauten.

Unterstützend für die Entstehung von neuer urbaner Qualität organisiert der Bund in erster Linie die *Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung* und die *Projets urbains*. Zudem engagiert sich der Bund stark für die nachhaltige Raumentwicklung.

Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung

Zur Verstärkung der Agglomerationspolitik und Unterstützung der Akteure stellen das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) seit 2002 technische und finanzielle Unterstützung bei der Durchführung innovativer Modellvorhaben von Gemeinden, Agglomerationsträgerschaften, Regionen und Kantonen bereit. Seit 2007 werden mit den *Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung* nicht nur in Agglomerationen, sondern auch Stadt-Land-übergreifende Planungen und Projekte im ländlichen Raum unterstützt (www.are.admin.ch).

Gemeinden und Kantone können ihre anstehenden Projektideen beim Bund einbringen. Wenn diese ins Bundesprogramm aufgenommen werden, bringt das für die Initianten zum einen eine finanzielle und technische Unterstützung, zum anderen gibt es den Projekten einen gewissen Modellcharakter und damit Bedeutung, die bei der Umsetzung im politischen Umfeld oft wichtiger ist als die finanzielle Unterstützung.

Die ersten Modellvorhaben waren auf die Zusammenarbeit in Agglomerationen fokussiert. Zwischen 2002 und 2007 haben ARE und SECO 31 Modellvorhaben unterstützt. Diese Projekte haben es erlaubt, Erfahrungen und Erkenntnisse für eine Verbesserung der Zusammenarbeit in Agglomerationen zu gewinnen. Für die Jahre 2007 bis 2011 sicherten das ARE und das SECO 22 neuen Projekten den Status von Modellvorhaben in nachhaltiger Raumentwicklung zu. Die Modellvorhaben dienen dazu, Erfahrungen und Erkenntnisse zu den Themen Zusammenarbeit auf grossregionaler Ebene zu gewinnen, wie dies beispielsweise bei den Vorarbeiten zur Metropolitan-Konferenz Zürich und zur Internationalen Bauausstellung (IBA) Basel der Fall war.

Aber auch die regionale Zusammenarbeit im Stadt-Land-Kontext oder der Umgang mit strategischen Teilgebieten in Agglomerationen profitieren von den Programmen. Sie dienen darüber hinaus der Entwicklung von Nutzen-Lasten-Ausgleichssystemen und zeigen prototypisch Nutzungspotenziale für die Siedlungsentwicklung nach innen auf.

Für die dritte Phase des Programms *Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung* 2014–2018 hat der Bund 33 Projekte ausgewählt, die mit innovativen Ansätzen und abgestimmt auf die Ziele des Raumkonzepts Schweiz die Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Ausserdem soll die Solidarität innerhalb und zwischen den Regionen gestärkt werden. Erstmals beteiligen sich acht Bundesämter an diesem Programm: Neben dem federführenden Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) sind dies die Bundesämter für Landwirtschaft (BLW), Umwelt (BAFU), Wohnungswesen (BWO), Strassen (ASTRA), Gesundheit (BAG), Sport (BASPO) sowie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Mit diesem Programm leistet der Bund eine wichtige Entwicklungshilfe für innovative und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Planungs- und Zusammenarbeitsprojekte in den Agglomerationsgebieten. Es ist zu hoffen, dass es weitergeführt wird.

Programm Projets urbains – gesellschaftliche Integration in Wohngebieten

Als *projets urbains* können Quartierentwicklungsprojekte eingegeben werden, die zum Ziel haben, in bestehenden Wohngebieten die Lebensqualität in Quartieren mit besonderen Anforderungen nachhaltig zu verbessern und günstige Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration zu schaffen. Das Programm Projets urbains bietet kleineren und mittelgrossen Städten sowie Agglomerationsgemeinden finanzielle und technische Unterstützung zur Umsetzung von städtebaulichen und sozialen Massnahmen. Im Fokus stehen Gemeinden, die nicht über geeignete Instrumente verfügen, die Quartierentwicklung auf koordinierte und effiziente Weise anzugehen. Die geplanten Massnahmen benötigen einen ganzheitlichen Ansatz und müssen durch die Politik unterstützt werden. Der Einbezug aller Akteure in einem partizipativen Prozess ist bei derartigen Vorhaben zwingend (www.are.admin.ch).

Werkzeug Nachhaltige Quartiere

Zur Unterstützung der Gemeinden, die Quartiere nachhaltig weiterentwickeln wollen, bieten das Bundesamt für Energie (BFE) und das Bundesamt für Raumentwicklung

(ARE) das Programm *BFE/ARE Nachhaltige Quartiere* an. Im Rahmen des Programms haben das ARE und das BFE gemeinsam mit dem Kanton Waadt, der Stadt Lausanne und dem Büro Schéma directeur de l'Ouest Lausannois (SDOL) das *Werkzeug Nachhaltige Quartiere by SMEO* entwickelt. Das frei zugängliche Open-Source-Instrument ist ein Hilfsmittel für die Planung, Realisierung und den Betrieb von Projekten nach Kriterien der Nachhaltigkeit (www.nachhaltigequartierebysmeo.ch).

Das Förderprogramm für Gemeinden umfasst neben dem Werkzeug zum Beispiel die fachliche Begleitung von Gemeinden, die Organisation eines Erfahrungsaustausches, damit das Tool möglichst bedürfnisgerecht angepasst werden kann, sowie die Ausbildung von Beraterinnen und Beratern für nachhaltige Quartiere (Weitere Informationen unter www.nachhaltige-quartiere.ch). Mit diesen Programmen trägt der Bund einiges dazu bei, durch Motivation, durch das Bekanntmachen guter Beispiele und durch fachliche Beratung die Siedlungsqualität in den Gemeinden zu fördern.

4.3.

Beitrag der Hochschulen und Verbände

90

Was trägt die Forschung zu einer nachhaltigen Raumentwicklung und zur urbanen Qualität bei? Zum einen gibt es die vom Bundesrat beschlossenen Nationalen Forschungsprogramme, mit denen die Forschung explizit einen Beitrag zur Lösung von aktuellen Problemen in der Schweiz beitragen soll. Zu nennen sind im Zusammenhang mit Raumentwicklung das NFP 25 «Stadt und Verkehr» (1990–1995), das NFP 48 «Landschaften und Lebensräume der Alpen» (2002–2007), das NFP 54 «Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung» (2005–2010) sowie das gegenwärtige NFP 65 «Neue urbane Qualität» (2010–2015). Bei den Nationalen Forschungsprogrammen ist dem Wissenstransfer in die Praxis mithilfe von Fachtagungen und Synthesepublikationen ein hoher Stellenwert zugeordnet. Die vorliegende Publikation ist ein solches Produkt.

Seit einigen Jahren haben sich die Fachhochschulen aktiv ins Geschehen eingebracht. In der Deutschschweiz stehen die Hochschule Rapperswil (Ausbildung in Raumplanung, Landschaftsarchitektur, Verkehrsplanung) und die Hochschule Luzern in intensivem Kontakt mit der Praxis. Die Hochschule Luzern ist im Bereich der Siedlungsentwicklung nach innen mit ihren Kompetenzzentren «Typologie und Planung in Architektur», «Regionalökonomie» und «Soziale Arbeit» in verschiedenen Gemeinden im Kanton Luzern beratend tätig (vgl. Hochschule Luzern, 2014). Eine ähnliche Praxisbezogenheit weist auch die Hochschule Rapperswil auf.

Die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne, die Universitäten und die Fachhochschulen verantworten die Ausbildung von Bau- und Raumplanungsfachleuten. Die gegenwärtig angebotenen Ausbildungen an den Hochschulen sind entweder stark auf Architektur, auf eine eher technische Raumplanung oder auf eine analysierende Geografie fokussiert, während eine Ausbildung in gestaltendem Städtebau und Urbanistik, die auch einen interdisziplinären Ansatz erfordert, bisher in der Schweiz zu wenig angeboten wird. Es gibt dazu einen Bericht der Verbände zur Situation der Ausbildung der Raumplaner und Raumplanerinnen (siehe dazu Pfister et al., 2014 sowie www.sia.ch).

Berufsverbände wie der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA), der Fachverband für Raumplanerinnen und Raumplaner (FSU) oder Bund Schweizer Architekten (BSA) nehmen zunehmend Einfluss auf die Raum- und Siedlungsentwicklung in der Schweiz. Der SIA hat im März 2010 mit dem *Runden Tisch Baukultur Schweiz* eine Debatte und ein Aktionsprogramm lanciert, um Baukultur als neues Politikfeld zu etablieren. Im Ergebnis plant der Bundesrat eine Nationale Strategie zur Baukultur, die unter Federführung des Bundesamtes für Kultur (BAK) ämter-

übergreifend erarbeitet werden soll. Der Bund greift damit die im Juni 2011 im Manifest zur Baukultur formulierte Forderung auf, eine Gesamtstrategie zur Baukultur zu entwickeln. Ein wesentlicher Aspekt der nationalen Strategie zur Baukultur ist, dass zeitgenössische Baukultur ab 2016 erstmals Gegenstand der eidgenössischen Kulturförderung werden soll. Der SIA hat sich zudem sehr aktiv für die Revision des Raumplanungsgesetzes eingesetzt. Nun unterstützt er die Umsetzung mit der Weiterbildung seiner Fachleute, der Diskussion der Themen an Fachtagungen und mit Lobbyarbeit bei Bund, Kantonen und Städten.

91

4.4.

Bauherrschaften und Projektentwicklungsfirmen

92

Die Nachfrage nach Raum war in den letzten Jahrzehnten gross und ist es noch heute. Zuwanderung und gesteigerte Wohnflächenbedürfnisse haben deutliche Auswirkungen. Wo ein Markt ist, lässt sich ein Geschäft machen, und so gibt es viele bauwillige private Akteure. Wo das Bevölkerungswachstum zu einem Bedürfnis nach neuer Infrastruktur, z. B. nach Schulhäusern, führt, agieren die öffentlichen Hände als Bauträger.

Wer baut in der Schweiz? Gemäss dem Bundesamt für Statistik (Bau und Wohnungswesen) wurden in der Schweiz im Jahr 2013 von *allen privaten Bauvorhaben für Neubauten* je ein Drittel (32 Prozent) von Bau- und Immobilienunternehmungen, ein weiteres Drittel von Privatpersonen (33 Prozent) und nur 2 Prozent von institutionellen Anlegern getätigt. Die verbleibenden 33 Prozent sind sogenannte «übrige Anleger», das heisst nicht der Immobilienbranche zugeordnete Firmen, Vereine, Stiftungen. Diese Verteilung ist in urbanen Gebieten, wie zum Beispiel im Kanton Zürich, recht ähnlich. Der Anteil der Privatpersonen ist etwas niedriger, derjenige der institutionellen Anleger etwas höher. Die Zahlen zeigen, dass viele institutionelle Anleger nicht selber bauen (und Finanzinstitute auch teilweise gar nicht bauen dürfen), sondern erst die fertiggestellten Bauten erwerben.

Vielfach stösst man bei den Bauträgern auf dieselben Namen der in verschiedenen Landesteilen tätigen grossen Immobilienunternehmen, die als Entwickler das grosse Geschäft vor allem unter sich ausmachen. Geht es um die Entwicklung grösserer Areale wie ehemaliger Industriebrachen oder nicht mehr genutzter Bahnflächen, sind fast immer dieselben Unternehmen am Werk. Viele davon sind aus traditionellen Baufirmen (Generalunternehmungen) entstanden, heute allerdings bauen manche Projektentwickler gar nicht mehr selbst. Diese grösseren Investorenprojekte haben einen prägenden Einfluss auf die Siedlungsentwicklung in der Schweiz und verantworten in breitem Mass das Bild neuerer Quartiere, sei es am Rand der Kernstadt oder in den Agglomerationen (vgl. Abb. S. 94).

In welchem Zusammenhang steht diese Entwicklung zur Bildung von urbaner Qualität? Die Konzepte der Immobilienentwickler gleichen sich und sind oft wenig ortsbezogen. Wird aber nicht einfach nach der geltenden Bauordnung gebaut, was bei grossen Projekten nur mehr selten der Fall ist, sondern werden weitergehende Verfahren mit Sondernutzungsplänen angestrebt, bedingen diese eine Kooperation mit den lokalen Baubehörden. Darin liegt eine – allerdings nicht immer genutzte – *Chance zur Produktion von urbaner Qualität*. Sie kann dann entstehen, wenn sich die kommunalen Baubehörden mit den privaten Bauvorhaben kritisch auseinandersetzen und eine zum Umfeld passende urbane Qualität einfordern.

93

Die grossen Player im Immobilienbusiness agieren in der Regel sehr professionell, führen Testplanungen und Architekturwettbewerbe durch und beziehen bei grossen Vorhaben – im Hinblick auf die Akzeptanz ihres Vorhabens – heute oft die Bevölkerung mit ein. Bei Sondernutzungsplänen hat die öffentliche Hand mit der Gewährung einer Mehrausnutzung einen Trumpf in der Hand, denn diese bringt dem Investor einen Mehrwert, der mindestens mit einer erhöhten städtebaulichen Qualität, zum Beispiel mit zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Raum oder in öffentlich nutzbare Erdgeschosse, abgegolten werden sollte. In den Kantonen, in denen die Mehrwertabschöpfung bereits im Gesetz verankert ist (z. B. in Basel Stadt und Neuenburg), können diese Beträge von der öffentlichen Hand etwa in Massnahmen zur Erhöhung der Wohnumfeldqualität investiert werden. Dies trägt zur Verbesserung der urbanen Qualität bei. Denn trotz hehren Zielen in den Programmen von Planungsverfahren gelten bei den privaten Investoren natürlich die Gesetze des Marktes, welche die Investitionskosten limitieren. So besteht die Gefahr, dass neue Überbauungen nur auf sich selbst fokussiert sind und dass der Umgebung, dem *verbindenden öffentlichen Raum*, viel zu wenig Gewicht beigemessen wird. In dieser Frage ist allerdings auch die Standortgemeinde gefragt, die für die öffentliche Erschliessung zuständig ist. Gerade im Umgebungsbereich kann Qualität nur in Zusammenarbeit zwischen der Bauherrschaft und der öffentlichen Hand entstehen, ein Thema, das aber in den Gemeinden oftmals sträflich vernachlässigt wird.

Neben den privaten Entwicklern gibt es – zumindest in den grossen Städten – vermehrt eine neue Kategorie von Projektentwicklern: Die *Wohnbaugenossenschaften*. Die grossen unter ihnen agieren heute ebenso professionell wie ihre kommerzielle Konkurrenz und wagen sich mittlerweile an so bedeutende Investitionsvorhaben wie die «Kalkbreite» in Zürich mit rund 200 Wohnungen (bezogen 2014) oder das Projekt der Genossenschaft «Mehr als Wohnen» auf dem Hunzikerareal in Zürich, das mit rund 450 Wohnungen fast ein eigenes Quartier bildet (Bezug 2014/2015). In Zürich haben die Genossenschaften in den Jahren 2009–2012 über ein Drittel (36 Prozent) aller Neubauwohnungen erstellt. In der Regel erhalten sie von der Stadt das Land im Baurecht, entwickeln und bauen ihre Projekte in Eigenregie und bewirtschaften sie auch selber. So sind in der Stadt Zürich heute gegen 20 Prozent aller Wohnungen im Besitz von Genossenschaften. Doch auch in anderen Städten, unter anderem in Winterthur und in der Westschweiz, gibt es bedeutende Genossenschaften, die kontinuierlich neue Projekte entwickeln, so zum Beispiel in Genf die Cooperation de l'Habitat Coopérative (CODHA) und die Société Coopérative d'Habitation Genève (SCHG), in Lausanne die Société Coopérative d'Habitation Lausanne (SCHL).



Wohnüberbauung in Affoltern am Albis

Stadt oder Land?
Fotos: Gross AG, Brugg; Mobimo AG

4.5.

Zusammenarbeit von Privaten mit der öffentlichen Hand

Die Gemeinden haben es vermehrt mit grösseren Bauprojekten zu tun, die nach ihrer Fertigstellung als Immobilienanlage in den Besitz von Versicherungen oder Immobilienfonds von Pensionskassen übergehen.

Was bedeutet es für urbane Qualität, dass Ersteller und Eigentümer beziehungsweise Bewirtschaftende vielfach nicht mehr dieselben sind? Zwar sind bei diesen grossen Projekten (Wohnsiedlungen oder gemischten Überbauungen) professionelle Kräfte am Werk, die mit Testplanungen und Architekturwettbewerben arbeiten. Es liegt aber an der Standortgemeinde, zu prüfen, ob das Bauvorhaben an den gewählten Standort und in die Umgebung passt. Wie bereits festgestellt, fehlen bei kleineren Städten oft Fachkompetenz und personelle Ressourcen, um gegenüber den grossen Projektentwicklern und Investoren ein angemessenes Gegengewicht zu bilden. Ein solches *Gegengewicht der öffentlichen Hand* ist aber gefragt, um eine andere Sicht und zwar die der Stadtentwicklung und des Städtebaus, in ein Investorenprojekt einzubringen. Die Gemeinde ist zuständig für die Ortsplanung, das heisst für die Standorte, die überbaut werden dürfen. Als Folge der vielerorts zu grossen Bauzonen konnte aber leider vielerorts auch an mässig erschlossenen Standorten, die zur Zersiedelung beitragen, gebaut werden. Die öffentliche Hand ist auch verantwortlich für Fragen der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Verkehrsanbindung, der Beziehung zum bestehenden Quartier, der Nutzungsdurchmischung und anderes mehr, und muss sich in diesen Fragen vermehrt einbringen.

In den grösseren Städten, wo entsprechende Ressourcen in der Verwaltung vorhanden sind, werden grössere Projekte fachkompetent begleitet. Die positiven Erfahrungen der Stadt Zürich mit dem *Prinzip der kooperativen Planung* zeigen, dass Kooperation zwischen privaten Bauträgern, der öffentlichen Verwaltung und den Projektbetroffenen zu guten Resultaten führen können. In der Diskussion zwischen privaten Entwicklern und der Verwaltung entsteht eine Art «Gegenstromprinzip», das Projekte aus verschiedenen Perspektiven prüft und so etwas «durchschüttelt», aber schliesslich gerade deshalb zu einer besseren Qualität führt. Verfügt eine Stadt oder Gemeinde über ein städtebauliches Entwicklungsleitbild wie die Städte Zürich, Aarau, Baden oder Köniz (vgl. Kapitel 3.3, Referenzbeispiele), so fällt ihnen die Einordnung von Projektideen Privater deutlich leichter.

Dass eine kompetente Zusammenarbeit auch in kleineren Orten möglich ist, zeigt die Gemeinde Cham: Die Entwicklungsplanung auf dem grossen Areal der Papierfabrik Cham (heute Swiss Paper Group) verläuft – unter Einbezug der Öffentlichkeit – in enger Kooperation mit der Gemeinde, die sich auch partnerschaftlich hälftig an den Kosten beteiligt (mehr dazu in Kapitel 5).

96 Neben den Projekten der grossen Immobilienentwickler gibt es aber nach wie vor die *alltägliche bauliche Weiterentwicklung nach Regelbauweise*, initiiert und umgesetzt durch kleinere lokale Akteure. In diesen Fällen haben die Bauträger meist nur mit der Baubewilligungsbehörde zu tun. Diese wiederum hat wenig Einfluss auf die Qualität, denn sie muss die Bewilligung ausstellen, wenn alle gesetzlichen Regelungen eingehalten sind. Die Einhaltung von gesetzlichen Regelungen alleine ist aber noch keine Garantie für urbane Qualität.

Wie lässt sich in diesen Fällen die urbane Qualität eines Quartiers sichern oder gar verbessern?

Die Standortgemeinde sollte wissen, in welche Richtung sie sich entwickeln will. Soll eine städtische Urbanität gefördert werden oder will man «Dorf» bleiben? Soll die Gemeinde wachsen – und wenn ja: wo und wie? Gemeinden, die über *behördenverbindliche kommunale Entwicklungsleitbilder* oder einen nach Quartieren differenzierten *kommunalen Richtplan* verfügen, besitzen damit bereits Kriterien zur quartierspezifischen Beurteilung eines Bauprojektes, die eine potenzielle Bauherrschaft auch vorher einsehen kann.

Da erst wenige Gemeinden einen solchen Leitbildprozess durchgeführt haben, sind Bauentscheide oft zufällig, und die Behörden haben auch den Immobilienentwicklern gegenüber einen schweren Stand. So entstehen die im Projekt UBLI beschriebenen «urbanen Brüche» im Siedlungscharakter der Gemeinde. Hat sich eine Stadt oder Gemeinde (besser noch ein Gemeindeverbund) für ein Entwicklungsleitbild oder einen kommunalen Richtplan entschieden, stehen die Gemeindebehörden gegenüber bauwilligen Investoren deutlich besser da und können ihre Vorstellungen qualifiziert in die Verhandlungen einbringen (vgl. Kapitel 4.3 und 5).

4.6.

Die Rolle der Planungs- und Baufachleute

97 Viel ist vom Markt, von Standort- und Projektentwicklung die Rede, etwas weniger von den Fachleuten, die hinter den Projekten stehen. Als Ausnahme können die grossen Namen der weltweit tätigen Architekten angesehen werden, die sich in spektakulären Einzelbauten verwirklichen können.

Wer aber steht im Alltag hinter der Raumplanung, den realisierten städtebaulichen Situationen und dem gebauten Objekt – und damit hinter der heutigen urbanen Qualität? Praktisch jede Gemeinde oder jeder Gemeindeverbund hat sein Orts- oder Regionalplanungsbüro. Dieses handelt aber im Auftrag der Politik und führt in der Regel das aus, was der Gemeinderat will. Der Auftrag besteht in der Regel in der fachlichen Ausführung politischer Vorgaben und nicht in der Beratung. Dies hat etwa zu vielen Einzonungen geführt, die jetzt gemäss dem neuen Raumplanungsgesetz zurückgezogen werden sollten.

Wer hat in erster Linie die städtebauliche Entwicklung in den Agglomerationen geprägt? Waren Fachleute oder die Politik dafür verantwortlich? Der Architekturprofessor Vittorio Magnago Lampugnani sieht alle Beteiligten in der Verantwortung: Auf die Frage, ob man die Grundstücksspekulation einschränken müsse, um die Zersiedlung zu stoppen, meint er: «Ja, man sollte. Aber man kann nicht allein dem Markt und den Bauherren die Schuld an der Zersiedlung geben. Schliesslich haben die Architekten dies alles mitgemacht. Sie haben dem kein Konzept entgegengesetzt.» (Lampugnani 2014). Man kann also den Schwarzen Peter nicht einfach dem Markt zuschieben. Für die Siedlungsentwicklung der letzten Jahre sind viele mitverantwortlich, auch die Fachleute. Aufgrund privater Nachfrage wurden von den Gemeinden Bauparzellen ausgeschieden und gemäss gültiger Zonenordnung zum Überbauen freigegeben. Es kamen Investoren mit ihren Architekten (mit oder ohne vorgängigem Wettbewerb), die sich auf ihre Bauten konzentrierten und auf nichts weiter. Der öffentliche Raum blieb auf der Strecke – ein Versäumnis der kommunalen Behörden. Im Gegensatz zu den grossen Städten, in denen die Organisation und Pflege des öffentlichen Raums traditionell als bedeutsam angesehen wird und dessen Gestaltung Fachleuten aus Städtebau, Verkehrsplanung und Landschaftsplanung übergeben wird, haben viele Agglomerationsgemeinden die Gestaltung des öffentlichen Raums sträflich vernachlässigt. Eine Aufgabe, die nun mit der geforderten Siedlungsentwicklung nach innen neu angegangen werden muss.

Denn urbane Qualität besteht – wie auch im Projekt CITI festgehalten – nicht nur aus Einzelbauten, sondern aus städtebaulichen Situationen. Diese erfordern ein *Miteinander von unterschiedlichen Disziplinen*. Die Interdisziplinarität bei der Pro-

duktion von urbaner Qualität wurde von allen Forschungsgruppen als unabdingbar bezeichnet. Ein Ansatz in dieser Richtung sind die *Testplanungen*. Sie sind ein geeignetes Instrument, um Klarheit über mögliche Entwicklungsrichtungen zu bekommen. Es werden mehrere Architektenteams, oft verstärkt durch Landschaftsarchitekten und andere Fachpersonen, eingeladen, Bilder zu entwickeln, wie urbane Qualität aussehen könnte. Diese Entwürfe werden von den Auftraggebern und von Fachpersonen juriiert, in erster Linie von Architektinnen und Architekten. Mit einer Erhöhung der Interdisziplinarität in den Jurys könnte das Beurteilungsspektrum vergrössert werden, was auch den Forderungen aus dem Projekt SUPAT entspricht. Würde man dessen Empfehlungen befolgen, so müsste vor jedem städtebaulichen Entwurf zuerst eine interdisziplinäre Analyse unter Einbezug von den Betroffenen durchgeführt werden, deren Resultat die Grundlage für die Ziele des städtebaulichen Entwurfs darstellten.

Entwerfen ist ohne Zweifel eine Kernkompetenz der Architektenzunft. Wenn zur Beurteilung ihrer Entwürfe andere Expertinnen oder Experten zugezogen werden, die Projekte aus soziologischer, aus wirtschaftlicher und praktischer Sicht beurteilen, müssten diese, ebenso wie die Behördenmitglieder und andere mitwirkende Laien besser ins Lesen und Verstehen architektonischer Entwürfe eingeführt werden, damit sie ebenbürtige Gesprächspartner sind.

Eine solche Gesprächskultur liegt im Interesse aller Beteiligten. Denn bei Fehlplanungen werden die Architekten für Dinge verantwortlich gemacht, die letztlich auf die Vorgaben der Auftraggeber zurückzuführen sind. Zum Beispiel erhalten die Planerteams oft die Vorgabe, dass in den Erdgeschosses öffentliche Nutzungen eingeplant werden sollen. Nicht untersucht wird dann aber, welche Art von Nutzungen im vorgesehenen Projekt überhaupt sinnvollerweise realisiert werden können und wo Erdgeschossnutzungen umgesetzt werden sollten, damit sie auch wirtschaftlich funktionieren. Solche ökonomischen Fragen überlässt man den Architekten, die diese aber beim besten Willen alleine nicht lösen können.

Manche Entwicklungsgebiete werden nach ihrer Umsetzung kritisiert, weil sie nicht «funktionierten», weil darin kein Leben entstehe. Woran liegt das? Meist weniger an den Architekten als an den Auftraggebern, die sich im Vorfeld selber zu wenig mit den Fragen der urbanen Qualität, dem Funktionieren einer städtebaulichen Situation auseinandergesetzt haben.

4.7.

Unterschätzte Einflussfaktoren

Bis anhin wurde vor allem über die ersten Schritte eines Planungsprozesses gesprochen, die Projekt- und Qualitätsziele, die beim Beginn einer Planung festgehalten werden. Zwischen dem Abschluss einer Testplanung, beziehungsweise einem aus einem Wettbewerb hervorgegangen Siegerprojekt, und dessen Realisierung vergeht aber viel Zeit. In dieser Spanne werden die Robustheit der Idee und der Qualitätsziele auf die Probe gestellt (vgl. Projekt UBLI), da laufend partikuläre Einflüsse geltend gemacht werden. So wird jedes Projekt von diversen kommunalen und kantonalen Fachstellen (Denkmalpflege, Feuerpolizei, Tiefbauamt, Energiefachstelle usw.) geprüft, von Betroffenengruppen kritisch auf mögliche Rekurse begutachtet und dadurch verändert. Am Schluss wird ein Projekt vielleicht gar vom Souverän abgelehnt. So gehen manchmal Jahre ins Land, bis tatsächlich etwas realisiert wird. (vgl. Richti Areal oder Greencity Manegg)

Oft handelt es sich dann nicht mehr um dasselbe Projekt, das es einmal war. Wird die Qualität in diesen Prozessen besser oder schlechter? Diese Frage lässt sich nicht generell beantworten, es gibt beides. Bei den genannten Beispielen Richti Areal in Wallisellen und Greencity, denen rund zehnjährige Planungsprozesse, teilweise mit anderen Zielen und anderen Akteuren, vorangingen, kann man mit Fug und Recht behaupten, dass sich die Qualität wesentlich verbessert hat. Doch können auch Qualitäten verloren gehen. Bei der Beurteilung von urbaner Qualität muss im Auge behalten werden, dass das umgesetzte Projekt oft aufgrund von spezifischen Vorschriften, etwa der Feuerpolizei, des Lärmschutzes oder der Denkmalpflege, so und nicht anders gebaut worden ist.

Da bei grösseren Vorhaben heute meist Testplanungen von professionellen Planungsbüros durchgeführt werden, werden vorab und in den Wettbewerbsprogrammen auch Qualitätsziele formuliert wie etwa: «Es soll ein urbanes Quartier mit starker eigener Identität entstehen.» Oder: «Der öffentliche Raum und die Erdgeschosse sollen eine funktionale Einheit bilden. Die Nutzungen sind so anzuordnen, dass ein vielfältiger Branchenmix entstehen kann.» So weit so gut. Die Ziele lassen hoffen. Doch lässt sich nicht alles so einfach umsetzen. In der Realisierungsphase verändert sich deshalb noch vieles, nicht zuletzt aus Kostengründen und aus Gründen der fehlenden betriebswirtschaftlichen Tragfähigkeit (z. B. bei den fast überall erwünschten Quartierläden).

Eine Lehre aus vielen Planungsvorhaben ist, dass das weiterführende Projekt eines Wettbewerbs noch lange kein Umsetzungsprojekt ist. Wichtig ist deshalb, dass externe Fachleute nicht nur in der Phase der Testplanung oder des Wettbewerbs hinzugezogen werden sollten, sondern auch bei der Umsetzung, um die Einhaltung der ursprünglichen Ideen zu überprüfen.

5.

Empfehlungen

Wie kann urbane Qualität entstehen?

Aus den Ergebnissen der fünf Forschungsprojekte, der Analyse der angeführten Referenzbeispiele sowie unter Einbezug eigener Erfahrungen mit diversen Stadtentwicklungsprojekten und anderen Bauvorhaben werden im Folgenden Empfehlungen für die Praxis formuliert. Da es zumindest bei grösseren Entwicklungsvorhaben anfänglich nicht an guten, auf Qualität ausgerichteten Projektzielen fehlt, die sich allerdings im Verlauf des Prozesses oft als zu wenig robust erweisen, beziehen sich die Empfehlungen (analog zu den Forschungsprojekten des NFP 65) in erster Linie auf die *Planungsprozesse*, die einzubeziehenden *Akteure* und die *Umsetzung*.

5.1.

Verstärktes Engagement der öffentlichen Hände nötig

Bund:

Anreiz- und Beratungsangebote für Gemeinden ausbauen

Die in Kapitel 4.2 aufgeführten Beratungs- und Unterstützungsprogramme des Bundes, in der Regel unter Federführung des Amtes für Raumentwicklung (ARE), die *Modellvorhaben Nachhaltige Raumentwicklung*, die *Projets urbains* oder das Werkzeug *Nachhaltige Quartiere* (in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie) haben öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Projekte auf kommunaler und/oder kantonaler Ebene möglich gemacht. Durch die damit verbundene finanzielle und politische Unterstützung motiviert der Bund die Gemeinden, Vorhaben umzusetzen. Mit einer Bundesunterstützung, auch wenn sie gering ist, lassen sich innovative Projekte in den Gemeinden politisch leichter umsetzen.

Beispiele

- Birsstadt: als Modellvorhaben gestartet (vgl. Kapitel 3.3)
- Agglopark Limmattal: erhielt Bundesunterstützung
- Metropolitankonferenz Zürich: begann im Rahmen eines Modellvorhaben des Bundes

Kantone:

Fachliche und finanzielle Unterstützung für die Gemeinden

Da die meisten Gemeinden nur über wenig finanzielle und personelle Ressourcen im Bereich Raumplanung verfügen und im Gegensatz zu den grösseren Städten auch keine eigene Fachverwaltung haben, wäre es sinnvoll, die Kantone würden – analog zu den Angeboten des Bundes – die Gemeinden fachlich bei der anspruchsvollen Siedlungsentwicklung nach innen unterstützen. Das kann zum Beispiel Anstösse und die Begleitung von überkommunal ausgerichteten, regionalen Projekten geschehen. Eine weitere Unterstützungsmöglichkeit durch die Kantone kann darin beste-

hen, die Bauverantwortlichen in den Gemeinden weiterzubilden. Diese Aufgabe wird gegenwärtig nur von Organisationen wie der Vereinigung für Landesplanung (VLP) oder dem Fachverband für Raumplanerinnen und Raumplaner (FSU) übernommen. Das Forschungsprojekt UBLI zeigt, dass Gemeinden oft unsicher sind, wie sie ihre räumliche Entwicklung steuern wollen und wie sie mit grösseren Projekten umgehen sollten. Sie empfehlen deshalb eine stärkere *Regionalisierung der Planung*. Im Projekt wird die Ansicht vertreten, dass eine solche Regionalisierung nicht zwingend in institutionalisierte regionale Planungsgruppen münden muss, dass sie aber einen intensiveren interkommunalen Austausch der vorhandenen unterschiedlichen Kompetenzen in Planung und Ortsentwicklung ermöglicht. Auf diese Weise liesse sich auch die Zonierung verstärkt regional statt kommunal organisieren, sodass nicht jede Gemeinde alle Arten von Zonen aufweisen müsste.

Solche überkommunalen Prozesse kommen in der Regel nur durch einen Anstoss von oben zustande. Deshalb sollten die Kantone die Gemeinden vermehrt zu überkommunalem Denken und Handeln anregen, indem sie auf der Basis ihrer kantonalen Raumkonzepte zusammen mit den Gemeinden regionale Entwicklungskonzepte erarbeiten.

Beispiele

- Kanton Luzern: fachliche Unterstützung durch Arbeitshilfen und eine Beispielsammlung mit verschiedenen Strategieansätzen für die Siedlungsentwicklung nach innen (www.rawi.lu.ch/ausgewaehlte_themen/)
- Kanton Zürich (mit Projektpartnern): «Masterplan Uster–Volketswil», Gebietsplanung zur Koordination der Siedlungsentwicklung und der übergeordneten Verkehrsplanung in einem Wachstumsgebiet (www.are.zh.ch/internet/baudirektion/are/de/raumplanung/veroeffentlichungen/)
- Kantone Aargau und Zürich: Agglopark Limmattal (www.agglopark-limmattal.ch)

Kantone:

Umgang mit Megastrukturen für Infra- struktur, Einkauf, Sport und neue Industrie

Die Kantone müssen dafür sorgen, dass die in den kantonalen Richtplänen vorgesehenen Industrie- und Dienstleistungszonen regional aufeinander abgestimmt sind. Diese Zonen beinhalten vielfach auch eines oder mehrere grosse Einkaufszentren. Es ist von übergeordneter Ebene her zu regeln, dass diese Zonen nicht alleine auf das Auto ausgerichtet werden, sondern mit Augenmerk auf einen verbindenden und gestalteten öffentlichen Raum geplant oder nachgebessert werden sollen.

Städte und Gemeinden:

Erarbeiten von räumlichen Entwicklungs- konzepten

Die durch das neue Raumplanungsgesetz geforderte Siedlungsentwicklung nach innen umzusetzen, ist wesentlich schwieriger als das Planen auf der grünen Wiese, da Eingriffe in den Bestand nötig werden. «Für eine konsequente und qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen ist die Aktivierung innerer Nutzungsreserven, wie Baulücken, unternutzte Grundstücke oder Bauflächen nötig. Dies stösst in der Praxis auf vielfältige Hindernisse, da sowohl die räumlich-baulichen Strukturen und Anforderungen als auch die Eigentümerverhältnisse häufig sehr komplex sind. Die Komplexität der Rahmenbedingungen erfordert ein Denken, Planen und Handeln über einzelne Grundstücke hinaus, ein ortsspezifisches Vorgehen und den gezielten Einbezug aller Akteure.» (Hochschule Luzern, 2014)

Jede Gemeinde muss sich klar darüber werden, wohin die Reise gehen soll. Will sie wachsen? Wenn ja, wo? Welche Ortsteile sollen erhalten, wo soll im Sinne der Identität des Ortes ein eigentlicher Ensembleschutz beschlossen werden? Welche Quartiere können und sollen verändert werden, und wo steht vielleicht eine ganz neue Entwicklung an? Wie weiter mit dem Ortszentrum? Lässt es sich als Folge einer Innenentwicklung allenfalls quantitativ erweitern und qualitativ verbessern und

lässt sich damit die Zentralität stärken? Diese und ähnliche Fragen stehen fast überall an (vgl. Metron Dichtebox, 2011). Im Rahmen eines breit angelegten Prozesses zur *Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes* für die Gemeinde können die anstehenden Fragen diskutiert und schliesslich behördenverbindlich festgelegt werden.

Beispiele

- Raumentwicklungskonzept Gemeinde Köniz (vgl. Kapitel 3.3)
- Pilotprojekt *Smart Density Vitznau* mit HSLU (www.hslu.ch/cctp/t-fat_publicationen)
- Städtebauliches Leitbild Gemeinde Cham (in Erarbeitung)
- Stadtentwicklungskonzept Schlieren (vgl. Kapitel 3.3)
- Entwicklungsstudie Zumikon (www.zumikon.ch)

Städte und Gemeinden:

Verstärkte Begleitung privater Bau- vorhaben

Private und öffentliche Bauvorhaben stellen grundsätzlich eine Chance für die Standortgemeinde dar, manchmal sind aber auch gewisse Risiken damit verbunden, die nicht immer erkannt werden. So entstehen allzu häufig Überbauungen, die so eigentlich niemand wollte und die weder städtebaulich noch hinsichtlich Erschliessung oder Nutzung in den Ort passen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sich die Baubehörden der Gemeinden zu wenig mit den Projekten beschäftigen und sich zu wenig konstruktiv einbringen. Viele private Bauherrschaften denken in erster Linie an ihr Projekt und weniger an das, was im Umfeld passiert. Deshalb brauchen private Projekte den Dialog mit der kommunalen Verwaltung, die ihrerseits nicht nur Vorschriften machen soll, sondern einen aktiven Beitrag zum Gelingen des Projektes und zu dessen guter Einbindung in seine Umgebung leisten muss.

Beispiele

- Entwicklung Papieri-Areal, Cham: getragen von der Swiss Paper Group (Schweiz) und der Gemeinde Cham, öffentliches Beteiligungsverfahren und Testplanung. Abschluss Sommer 2014, Masterplan in Vorbereitung (www.papieri.ch)

– Olten SüdWest: Ein privater Investor erstellt in einem zentralen Gebiet über 400 Wohnungen. Die Herausforderung für die Stadt Olten besteht darin, diese Wohnungen städtebaulich gut einzubinden, zu erschliessen und dafür zu sorgen, dass der öffentliche Raum mit dem privaten Raum der Siedlung ein Ganzes bildet. Die Gestaltungskommission der Stadt Olten hat einen Architekturwettbewerb eingefordert und begleitet das Projekt. (www.olgen.ch)

Städte und Gemeinden:

Vermeehrt regional denken und handeln

Es gibt zwar beliebig viele Zweckvereinbarungen zwischen den Gemeinden, aber es gibt wenig überkommunale Zusammenarbeit in raumplanerischen und städtebaulichen Fragen. Deshalb wurde bereits weiter oben die Empfehlung an die Adresse der Kantone gerichtet, eine solche Zusammenarbeit anzustossen. Als Beispiel sei die Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU) genannt. Sie existiert bereits seit 1958 als überkommunaler Verein mit eigener Geschäftsstelle, der sich seit Jahren für die fachliche Unterstützung der angeschlossenen Gemeinden rund um Zürich einsetzt (www.rzu.ch). Die RZU ist rein beratend tätig und kann keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Im Ausland gibt es Beispiele, bei denen solche partiellen Zusammenschlüsse zwischen Kernstadt und Agglomerationsgemeinden in gewissen Fragen verbindliche Beschlüsse fassen können. Ein interessantes Beispiel in Frankreich dazu ist die institutionalisierte Zusammenarbeit der Stadt Lyon mit ihren Umlandgemeinden zu *Le Grand Lyon*. (www.grandlyon.com)

Einfacher umzusetzen ist eine projektbezogene regionale Zusammenarbeit von Gemeinden, wie es die Beispiele Birsstadt, SDOL Ouest lausannois oder das Projekt Perspektive Raumentwicklung Limmattal (vgl. Kapitel 3.3) zeigen. Bei grösseren regionalen Projekten lassen sich breit angelegte interdisziplinäre Ansätze, zum Beispiel mit einer – vom Projekt SUPAT vorgeschlagenen – *Kollaborationsplattform* (vgl. Kapitel 2.2) eher verwirklichen. In regionaler Zusammenarbeit lassen sich insbesondere Landschaftsräume, an denen verschiedene Gemeinden beteiligt sind, gemeinsam schützen und aufwerten. Denkbar sind aber auch gemeinsame Bemühungen um urbane Qualität in den einzelnen Gemeinden, wie dies beispielhaft im Vorarlberg gemacht wurde. Wie die Erfahrungen in Lausanne Ouest und Basel-Land zeigen, braucht es zur Umsetzung derartiger regionaler Ansätze in der Regel *ein operativ tätiges Büro, eine Geschäftsstelle*.

Beispiel

– *Vorarlberger Rheintal*: in dem wenig urbanisierten Gebiet Österreichs mit locker zusammenhängenden kleineren und grösseren Ortschaften, werden mit Tagungen und Publikationen Anstrengungen unternommen, die Bevölkerung und die politischen Akteure darauf aufmerksam zu machen, wie neue urbane Qualität erzeugt werden kann. Die regional ausgerichteten Energie- und Raumplaner nähern sich der neuen urbanen Qualität in ihrer auch für Laien gedachten Publikation *Das Quartier der Zukunft – Zehn Denkanstösse für eine enkeltaugliche Quartierentwicklung* (www.vision-rheintal.at).

– Vgl. zu diesem Thema auch die Beispiele SDOL Ouest lausannois und Pilotprojekt Birsstadt in Kapitel 3.3.

Städte und Gemeinden:

Verfügbares Land kaufen

Städte und Gemeinden, die über eigenes Land verfügen, können vermehrt Einfluss auf ihre kommunale Entwicklung ausüben. Sie können eigenes Land im allgemeinen öffentlichen Interesse verwenden, so etwa für einen öffentlichen Freiraum, für eine gemeinnützige Wohnüberbauung oder für einen Infrastrukturbau. Deshalb lautet die Empfehlung an die Gemeinden, wo immer möglich vorsorglich Land zu erwerben und eigenes Land nicht ohne Not zu verkaufen.

Beispiele

– Köniz: Bauflächenmanagement. (vgl. Kapitel 3.3)

– Blatten (VS): Die Einwohnergemeinde hat mithilfe ihrer Partnergemeinde Köniz zerfallende private Ställe im Dorfkern aufgekauft, sie saniert und in für die Öffentlichkeit brauchbare Räume umgenutzt (www.srf.ch/news/regional/bern-freiburg-wallis/alter-dorfkern-von-blatten-die-rettung-vor-dem-verfall/)

5.2.

Empfehlungen an private Akteure

Bauwillige Eigentümer:

Kontakt aufnehmen zur Gemeinde und zu den Nachbarn

Hier sind weniger die Immobilienprofis angesprochen, sondern Privatpersonen oder Unternehmen, die eine oder mehrere Liegenschaften oder Bauparzellen besitzen und diese in der Regel selber nutzen. Es ist wichtig, dass bauwillige Eigentümer sich sehr früh mit ihren Bauabsichten an die Baubehörde ihrer Gemeinde wenden und dass sie die Behörde nicht nur als unumgängliche Bewilligungsinstanz, sondern als mögliche Partnerin sehen. Denn ihr Projekt könnte im Quartier den Anfang eines Transformations- und Verdichtungsprozesses bilden. Falls die Gemeinde bis anhin keine Entwicklungsvorstellungen für dieses Quartier hat, kann ein privates Projekt der Anlass sein, Überlegungen dazu anzustellen, um künftigen privaten Projekten einen Rahmen geben zu können.

Beispiel

– Projekt *Smart Density*: Die Hochschule Luzern hat 2013 ein Projekt mit der Gemeinde Vitznau und den Grundeigentümern eines Wohnquartiers von Vitznau zur einer möglichen gemeinsam angelegten Verdichtungsstrategie gestartet. (www.hslu.ch/cctp/t-fat/publikationen)

Projektentwickler:

Kooperativen Planungsprozess mit der öffentlichen Hand anstreben

Im Gegensatz zu den oben beschriebenen privaten Eigentümerinnen und Eigentümern sind hier die professionellen Projektentwicklungsfirmen (Generalunternehmen, Investoren, kommerzielle Bauträger) angesprochen, die in der Regel grössere Projekte lancieren. Für sie gilt das oben Gesagte noch mehr: Wer ein Projekt entwickeln will, muss früh mit der Standortgemeinde Kontakt aufnehmen und *gemeinsam mit ihr, unter Bezug von Fachexpertinnen und -experten, einen kooperativen Pla-*

nungsprozess initiieren. Dabei sind folgende inhaltliche und prozessuale Kriterien zu beachten:

- Qualitätsziele definieren und bis zur Umsetzung sicherstellen.
- Interdisziplinäre und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Herangehensweise sicherstellen.
- Früher Einbezug der betroffenen Bevölkerung.
- Einbindung des Projektes in sein Umfeld sicherstellen.
- Nachhaltigkeit auch für die Phase der Bewirtschaftung sicherstellen.

Auch wenn solche kooperativen Verfahren anfänglich teuer und aufwendig erscheinen und für die Planung insgesamt mehr Zeit und Geld aufgewendet werden müssen als bei einem einfachen Direktauftrag, lohnt sich das Investment sowohl für Entwickler wie für den Investor oder die Investorin aus verschiedenen Gründen: Die Akzeptanz bei den Behörden wie bei rekursberechtigten Nachbarn und Institutionen ist in der Regel deutlich höher, was die Umsetzung erleichtert. Zudem entsteht eine höhere urbane Qualität, die sich auch positiv auf die langfristige Rendite auswirken wird.

Beispiele

- Entwicklungsplanung Papieri Cham (www.papieri.ch)
- Das Limmatfeld: ein neuer Stadtteil in Dietikon (www.limmatfeld.ch)

Investorinnen und Investoren:

Nur in Qualitätsprojekte investieren und eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherstellen

Wie in Kapitel 4.3 beschrieben, werden unter *Investoren* in erster Linie gewinnorientierte Unternehmen wie Pensionskassen, Versicherungen, Immobilienfonds und andere institutionelle Anleger verstanden, die Immobilien als Teil ihrer Anlagestrategie verstehen. Sie bauen oft nicht selbst, sondern übernehmen Objekte, die von Generalunternehmen oder Projektentwicklern erstellt wurden. Das Interesse der institutionellen Anleger ist auf eine langfristig stabile Rendite ausgerichtet. Die Bewirtschaftung und den Kontakt mit der Mieterschaft überlassen sie in der Regel dafür spezialisierten Verwaltungsunternehmen. Die Weichen zu einer mehr oder weniger nachhaltigen Bewirtschaftung einer Überbauung werden deshalb früh, bei der Übernahme der Gebäude durch den Investor oder die Investorin, gestellt. Die institutionellen Investoren sollten vermehrt einen Austausch mit den Verwaltungen pflegen und darauf achten, dass die Nutzung ihrer Gebäude nach den Prinzipien einer sozial nachhaltigen und generationendurchmischten Bewirtschaftung verlaufen. (vgl. Cabane, 2011)

Beispiele

- Überbauung Futura in Schlieren, ein Konzept von *Ecofaubourgs* (www.futura-schlieren.ch)
- Giesserei in Winterthur (vgl. Kap 3.3)
- Baugenossenschaften sind führend in nachhaltiger und innovativer Planung und Bewirtschaftung. Wegweisende Projekte sind die neu erstellten Überbauungen «Kalkbreite» (www.kalkbreite.net) und «Mehr als Wohnen» auf dem Hunziker Areal in Zürich (www.mehralswohnen.ch)

5.3.

Sorgfältige Gestaltung der Planungsprozesse

Neben Empfehlungen an die beteiligten Akteure lassen sich aus den Ergebnissen des NFP 65 auch Empfehlungen für die Gestaltung der unterschiedlichen Arten von Planungsprozessen ableiten. Die Art der Durchführung von Planungsprozessen steht in einem direkten Zusammenhang mit der Entstehung von urbaner Qualität. Deshalb haben sich die Forschungsprojekte auch mehr mit den Prozessen als mit den Produkten beschäftigt. Obwohl sich die Prozesse – wie die Beispiele in Kapitel 3.3. zeigen – in Grösse, Beteiligten und Komplexitätsgrad unterscheiden, gibt es doch einige Grundprinzipien, die überall angewendet werden sollten.

Im Projekt UBLI wird vorgeschlagen, dass in einem Planungsprozess eine kreative Abfolge von *geschlossenen* (d.h. formalisierten Entscheidungsgremien wie eine Baukommission) und *offenen Foren* (wie z. B. einen Beiratssitzung oder eine Mitwirkungsveranstaltung) stattfinden soll, die nicht unbedingt dem linearen Planungsprozess folgen müssen. «Einige gelungene empirische Beispiele sind Zeugen dafür, dass die Planung und Realisierung von Projekten sowieso häufig nicht den linearen Wegen folgt.» (UBLI, 2014, S. 112).

Aus der Synthese aller Ergebnisse lassen sich – unabhängig davon, ob es sich um ein Projekt einer einzelnen bauwilligen Eigentümerin, einer Projektentwicklungsfirma oder einer Gemeinde handelt – zum Planungsprozess folgende Empfehlungen machen:

Vorausdenken und gemeinsam planen.

Partner suchen

Wer ein Projekt plant, sollte in einem frühen Stadium Kontakt aufnehmen mit all jenen, die ein Interesse am eigenen Projekt haben könnten oder es aus amtlicher Sicht haben müssen: mit den Baubehörden, mit der Nachbarschaft, mit möglichen Partnern, mit Fachleuten. Die Empfehlung gilt nicht nur für Private, sondern auch für Vertreterinnen und Vertreter der Behörden, die bei der Planung eines öffentlichen Vorhabens die Betroffenen sowie unabhängige Fachleute einbeziehen sollten. Alle diese Kontakte helfen, ein Projekt frühzeitig zu prüfen und zu verbessern. Dies gilt ganz besonders für Projekte im Bestand, also für die Siedlungsentwicklung nach innen. (vgl. Hochschule Luzern, 2014)

Planungsprozesse verständlich machen. Mit Skizzen arbeiten

Ein verbreitetes Problem bei Planungsprozessen besteht darin, dass für viele Beteiligte – seien es Milizpolitikerinnen und -politiker oder die Bevölkerung – Unterlagen wie Zonenpläne, Architekturpläne oder Baureglements nicht einfach zu lesen sind. Deshalb bleibt der inhaltliche Diskurs oft auf die Experten beschränkt. In diesem Punkt sind die Fachleute aufgefordert, sich besser verständlich zu machen.

Bei den Projekten CITI und UBLI wird die Notwendigkeit betont, dass die Fachleute die beteiligten Milizpolitikerinnen und -politiker und die Bevölkerung mit Skizzen und Renderings, mit Ausstellungen und anderen leicht verständlichen Mitteln gewinnen müssen. Im Projekt UBLI wird vorgeschlagen, «vermehrt mit weniger punktgenauen und dadurch besser verwandelbaren Skizzen sowie – sorgfältig dosiert – mit Renderings oder Sprachbildern zu kommunizieren» (UBLI, 2014, S. 112). Unfertige Skizzen erweisen sich als gutes Mittel zur Vermittlung und als geeignete Basis zur Diskussion.

Im Projekt CITI wurden zu diesem Zweck sowohl in Biasca wie in Giubiasco Ausstellungen an öffentlichen Orten eingerichtet, um mit Bevölkerung und Politik vertieft ins Gespräch zu kommen. Beim Projekt FUI wurde ein Toolkit entwickelt, das verschiedene Arten von Information enthält: Supportmaterial zur Organisation von Workshops, deskriptives Material zu Vorgängerprojekten, lexikalisches Material, synthetisiertes und demonstrierendes Material zur Veranschaulichung und schliesslich interaktives Spielmaterial. Mithilfe des Spiels soll das Gebietswissen der am Spiel Beteiligten durch Kombination und Gegenüberstellung des städtebaulichen Potenzials verbessert werden, um so «neue Ideen und Perspektiven für die Stadt von morgen zu fördern». Mit diesen Tools hofft das Projektteam, die Bevölkerung für die Beschäftigung mit den Fragen nach den Nutzungen und der Bedeutung von Urban Farming zu gewinnen.

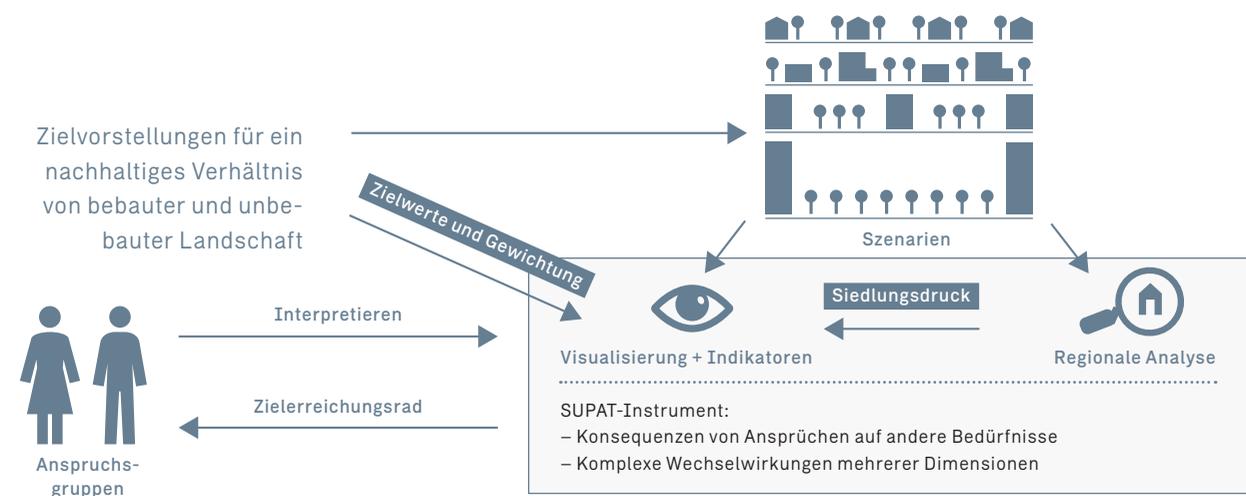
Motivation und frühzeitiger Einbezug der Bevölkerung

Bei den Projekten CITI und FUI sehen die Forschenden den Einbezug und die Motivation der lokalen Bevölkerung – zuerst einmal ganz generell für die Themen Raum und Nutzung – als eine wichtige Komponente für die Entstehung von urbaner Qualität. Bei der Siedlungsentwicklung nach innen kommen Grundeigentümerschaften und Bevölkerung nicht umhin, sich vermehrt mit dem gebauten Raum zu beschäftigen. Nur so können sie Ideen zur Veränderung bzw. Verbesserung ihrer Wohn- oder Arbeitsumgebung einbringen. Es geht hier neu um *aufsuchende Planung*, ein Begriff, der analog zur aufsuchenden Sozialarbeit entstanden ist. Gemeint ist dabei das aktive Zugehen auf die Betroffenen. Da es bei der Siedlungsentwicklung nach innen immer um bestehende Situationen geht, müssen all jene, die bereits dort sind, einbezogen und von einem Projekt überzeugt werden. Die Publikation *Qualitätsvolle Innenentwicklung von Städten und Gemeinden durch Dialog und Kooperation* ist dabei eine gute Unterstützung (Hochschule Luzern, 2014).

Einholen von Fach- und Erfahrungswissen, Verhandeln der Qualitätsziele unterschiedlicher Fachbereiche und Akteure

Die Forschergruppe des Projekts SUPAT, die sich besonders mit den Planungsprozessen beschäftigt hat, fordert, dass «Qualitätsziele unterschiedlicher Fachbereiche und Akteure von der lokalen bis zur regionalen Ebene zu berücksichtigen sind. Dieser Aushandlungsprozess sollte mit neuen Instrumenten und Schnittstellen für eine effektive Zusammenarbeit unterstützt werden.» (SUPAT, Stakeholder Summary, 2013, S. 1). Angesichts der heterogenen Interessenkonstellationen, mit denen Transformationsprozesse in den Agglomerationen konfrontiert sind, fordert das Forschungsteam eine neue dialogische *Kollaborationskultur*. Dieser Dialog sollte mit einer sogenannten *Kollaborationsplattform* (vgl. Abb. S. 114) unterstützt werden, die in ihrem Projekt entwickelt wurde. Es handelt sich dabei um ein Instrument zur *multikriteriellen* Entscheidungsanalyse, mit dem die vielschichtigen Wechselwirkungen über Szenarien

dargestellt werden können. Informationen aus allen Fachbereichen werden verarbeitet, die Komplexität wird durch Modellierung beschreibbar und zeigt Optionen auf. «Widerstreitende Ziele werden verhandelbar und räumlich konkret definierbar.»



Kollaborationsplattform, aus: Wissen Hayek, 2012 (eigene Darstellung)

In der Praxis muss dieses wissenschaftliche Vorgehen wohl etwas vereinfacht werden. Überall, auch bei kleineren Vorhaben, aber gilt die Forderung nach Einbezug verschiedener Fachbereiche und nach Beteiligung der Betroffenen, die die Qualitätsziele untereinander aushandeln müssen. Erst nach einer solchen Zieldefinition folgt dann der städtebauliche Entwurf. Dieser muss dann wieder im Lichte der Zielwerte begutachtet werden.

Transparente und partizipative Planungsabläufe

Planungsprozesse können nicht durchwegs im selben Ausmass partizipativ durchgeführt werden. Transparenz aber, das heisst aktive Information für alle, ist immer möglich. Erfahrungen zeigen, dass es wenig Sinn ergibt, eine einzelne Vertretung des Quartiers oder der Nachbarschaft in eine Jury für eine Testplanung oder einen

Architekturwettbewerb aufzunehmen. Als Nicht-Fachleute fällt es ihnen schwer, sich einzubringen. Heikel ist es auch, als Einzelperson ein ganzes Quartier vertreten zu müssen. Es ist deshalb sinnvoller, vorgängig das Testplanungsprogramm in einer Veranstaltung mit dem Quartier beziehungsweise der Nachbarschaft in einer bürgernahen Art und Weise zu erläutern und es zu diskutieren. Im Anschluss an die Jurierung ist das Ergebnis ebenfalls wieder an einer Veranstaltung zu präsentieren und den Anwesenden durch geeignete Verfahren die Möglichkeit zu geben, sich aktiv einzubringen. Wichtig ist, dass die Öffentlichkeit immer über den Stand der Dinge informiert ist. Dies gilt nicht zuletzt auch für Projekte der öffentlichen Hand.

Einbindung von alternativen Ideen: Bottom-Up-Prozesse ermöglichen und unterstützen

Urbane Qualität kann auch durch sogenannte *Bottom-up-Prozesse* entstehen. Bottom-Up-Aktivitäten in der Stadt- und Gemeindeentwicklung werden von kleinen Gruppierungen der Zivilgesellschaft initiiert und spontan umgesetzt. Typische Aktivitäten sind *selbst organisierte Zwischennutzungen* (inkl. längerfristige Besetzungsaktionen) öffentlicher oder privater Räume (vgl. dazu Oswald, Overmeyer, Misselwitz, 2013.) bis zu Aktionen im Bereich von *Urban Farming*.

Beispiel

– Verein Stadionbrache Zürich

Der Verein Stadionbrache Zürich hat das Areal des Hardturm-Stadions im Nutzungsrecht von der Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich übernommen. «...Der Verein ermöglicht einen Begegnungsort, der Freiraum eröffnet für eine kreative Zwischennutzung des Areals des Stadions Hardturm. Im Zentrum stehen quartierverträgliche, kinder-, jugend-, familien- und seniorenfreundliche Nutzungen sowie offene, experimentierfreudige, emissionsarme und umweltverträgliche, soziale und kulturelle Projekte und Aktionen ohne Profit. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.» (www.stadionbrache.ch)

Integration von Ideen des Urban Farming

Wie lässt sich Nahrungsmittelproduktion in Planung und Städtebau integrieren, damit eine höhere urbane Qualität erreicht werden kann? Das Projekt FUI hat dazu ein spielerisches *Toolkit* entwickelt, das als didaktisches Hilfsmittel für die Diskussion und Zusammenarbeit mit der Bevölkerung verwendet werden kann und im Rahmen einer Fallstudie in Lausanne getestet wurde.

In der Westschweiz, wo die Ideen des Urban Farming stärker gedeihen als in der Deutschschweiz, unterstützt die Organisation *Equiterre – Partnerin für nachhaltige Entwicklung* zum Beispiel in Genf (Neugestaltung Place des Grottes) oder Yverdon (Quartiergarten, Pflanzplätze) die Initiativen lokaler Behörden oder von Quartiergruppen und hilft mit, diese umzusetzen. Equiterre wird für diese lokalen Projekte vom Kanton Waadt unterstützt. Solche Initiativen des Urban Farming haben bisher sonst vor allem in ausländischen Grossstädten, in denen die Menschen tatsächlich weit von der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion entfernt leben, an Bedeutung gewonnen.

Beispiele

– *Prinzessinnengärten* in Berlin, *Brooklyn Eagle Street Farm*, *Five Borough Farm* in New York City. (Vgl. dazu eine Sammlung von weiteren Beispielen in: Gorgolewski et al., 2011). Es finden sich mittlerweile in vielen Städten auf der Welt verschiedene Formen des *Urban Farming*, seien es partizipativ betriebene grössere Anbauflächen auf Brachen, Bepflanzung kommunaler Parkanlagen mit Gemüse, kleine Quartier-Pflanzplätze oder z. B. in Mailand neue Formen von vertikalen Gärten an Hochhäusern.

In der Schweiz ist die Idee von *Urban Farming* nicht ganz neu: Was traditionellerweise die Schreber- oder Familiengärten, in gut abgegrenzter Individualität waren, sind neu kollektiv betriebene «Pflanzblätze» oder andere Formen des *Urban Farming*.

5.4.

Ergebnisqualität: Über das Projekt hinausdenken

Eine gute Projektplanung bezieht bei den Qualitätszielen auch die Projektumgebung mit ein und verfügt über genügend Flexibilität, um auf veränderte Rahmenbedingungen einzugehen.

Die bisherigen Empfehlungen zielen auf die Prozessgestaltung und die beteiligten Akteure. Diese sind von Bedeutung für die *Projektziele* und für das *Erreichen dieser Ziele*. Welche Ziele sollen es nun aber sein? Urbane Qualität als generelles Ziel ist zu schwammig. Deshalb müssen die Ziele, wie in Kapitel 3.3 erläutert, auf bestimmte Situationen und Aufgabenstellungen heruntergebrochen, operationalisiert werden. Je nachdem ob es sich dabei um Stadtumbauprojekte beziehungsweise Transformationen im Bestand in den Innenstädten, um die Weiterentwicklung der Wohnquartiere an den Siedlungsrändern der Städte, um Urbanisierung durch Verdichtung der stadtnahen Agglomeration, Innenentwicklung in periurbanen regionalen Zentren, Aufwertung von Agglomerationsräumen (Landschaft, Siedlung) mehrerer Gemeinden oder um die Weiterentwicklung der Siedlungsstruktur im ländlichen Raum (Dörfer) handelt, gibt es spezifische Anforderungen an die Qualität. Sie sind in Kapitel 3.2 und in der Beispielsammlung in Kapitel 3.3 aufgeführt.

Bei Testplanungen, Masterplänen und Architekturwettbewerben werden jeweils *Projekt- und Qualitätsziele* formuliert. Standardziele genügen jedoch nicht. Wie das Projekt CITI deutlich macht, muss jedes Projekt aus seiner Umgebung, aus dem öffentlichen Raum heraus entwickelt werden. Nur dann kann es wieder eine positive Wirkung entfalten, die über die Projektgrenzen hinausführt. Dies gilt in räumlicher Hinsicht, wo dank einer Zusammenarbeit mit den Nachbarn oft eine höhere Siedlungs- oder Landschaftsqualität entsteht. Wichtig ist auch die Öffnung der Perspektive in zeitlicher Hinsicht. Bei manchem Projekt, das nur auf einen kurzfristigen Bedarf ausgerichtet war, musste im Verlauf der (oft länger als ursprünglich gedacht dauernden) Realisierungsphase festgestellt werden, dass sich der Bedarf völlig verändert hat und das Projekt total überarbeitet werden muss.

5.5.

Qualitätsziele bis in die Umsetzung erhalten

118 Gestartet wird bei den meisten Planungsvorhaben mit grossen Qualitätszielen. Man zeigt sich im Programm der Nachhaltigkeit verpflichtet und verspricht, urbane Qualität zu schaffen. In der Jurierung von Testplanungen und Wettbewerben wird von den Expertinnen und Experten in den Beurteilungsgremien in der Regel auch auf die Einhaltung der versprochenen Qualitätsziele geachtet. Dann aber folgt – oft erst einige Jahre später und nach Prüfung und Einflussnahme aller Amtsstellen – die Umsetzung der konkreten Bauprojekte. Aufgrund von vielfältigen Interessen (Kosten, Regelungen usw.) und Bewilligungsverfahren, aber auch infolge personeller Veränderungen zeigen sich die Qualitätsziele vielfach als nicht mehr so robust und drohen sich aufzulösen oder zumindest abgeschwächt zu werden (vgl. dazu Projekt UBLI). Deshalb lautet die Empfehlung:

Qualitätssicherung auch in der Umsetzung durch externe Begleitung

Sinnvollerweise nimmt man dazu Personen, die bereits in der Jury oder sonst im Planungsverfahren engagiert und mit an der ursprünglichen Zielfindung beteiligt waren. Es können Fachexpertinnen oder -experten verschiedener Richtung und allenfalls eine Vertretung der ursprünglich einbezogenen Betroffenen sein. Da in der Umsetzung in der Regel nicht mehr dieselben Personen das Sagen haben wie in der Planungsphase, kann nur ein solches Gremium die ursprünglichen Gedanken weitertragen und über die Einhaltung der Ziele wachen.

5.6.

Braucht es neue Planungsinstrumente?

119 Die Schweiz verfügt über ein mannigfaltiges System von Planungsinstrumenten. In jedem Kanton sind es etwas andere, beziehungsweise haben ähnliche Instrumente andere Namen. Die offensichtliche Unzufriedenheit des Volks mit der Raumplanung und der urbanen Qualität kann nicht einfach mit neuen Planungsinstrumenten gelöst werden. Wie Rudolf Muggli schreibt, ist auch nicht – wie immer wieder behauptet – der Föderalismus für unbefriedigende Ergebnisse verantwortlich (Muggli, 2014). Wie die NFP-Projekte nachweisen, liegt die Verantwortung für erfolgreiche Planung in erster Linie an den Beteiligten, der Politik und an den Planungsprozessen selbst.

Dennoch stellt sich die Frage, was allenfalls auf der Ebene der Instrumente getan werden könnte. Und da lassen sich doch Empfehlungen machen. Neben der Forderung nach einer möglichst raschen Umsetzung der Revision des Raumplanungsgesetzes in den Kantonen hinsichtlich der Reduktion von Bauzonen steht auf kantonaler Ebene eine wichtige Empfehlung an:

Flächendeckende Einführung des Mehrwertausgleichs

Der Mehrwehrausgleich hat sich in den Kantonen Basel-Stadt und Neuenburg seit Langem bewährt. Genf und Thurgau sind ihnen vor Kurzem gefolgt. Die anderen Kantone werden sich anschliessen. Bei einer Neueinführung sollte aber der Abgabesatz höher als beim bundesrechtlichen Minimum von 20 Prozent festgelegt werden (Muggli, 2014). In Basel liegt der Satz bei 50 Prozent, was sich – gemäss Aussage von Fritz Schumacher, dem ehemaligen Kantonsbaumeister Basel-Stadt – sehr bewährt. Die öffentliche Hand erhält dadurch Gelder, die sie für urbane Qualität einsetzen kann. So zum Beispiel für die öffentlichen Freiräume in der Erlentmat in Basel (vgl. Kapitel 3.3).

Die fünf Thesen von Muggli «zur Raumplanung und Zersiedlung» betreffen die grossräumige Entwicklung. Das NFP 54 «Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung» befasste sich ebenfalls mehrheitlich mit den Fragen der Raumplanung. Das Ziel des NFP 65 ist hingegen mit der Fokussierung auf eine neue urbane Qualität eher auf die Transformation der bestehenden Siedlungsräume ausgerichtet – unter der Prämisse der Umsetzung der Siedlungsentwicklung nach innen und des Stopps der Zersiedlung. Deshalb stellt sich die Frage nach neuen Instrumenten, die auf diese neue Aufgabe, die Transformation des Bestehenden, ausgerichtet wären. Die

Vorgaben durch die klassische Zonenordnung sind für die Innenentwicklung wohl nicht mehr genügend. So formulierte auch Angelus Eisinger, Direktor der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), in seinem Referat an der Generalversammlung 2014 drei Hauptbotschaften:

- Innenentwicklung ruft nach neuen Strategien;
- Innenentwicklung bedarf eines Kurswechsels hin zur aufsuchenden Planung;
- Innenentwicklung beginnt mit der Einsicht der öffentlichen Hand in eigene Entwicklungsvorstellungen.

Um qualifiziert Dichte schaffen zu können, bedarf es nach Eisinger nicht mehr nur fixer Vorgaben, sondern viel eher *Verhandlung und Beteiligung*. Quartier- oder Ortsleitbilder können dafür eine belastbare Grundlage darstellen. Damit solche Leitbilder auch eine genügende Verbindlichkeit erhalten, lautet die Empfehlung:

Einführen von Orts- bzw. Quartierrichtplänen für die Siedlungsentwicklung nach innen

Wenn nun vermehrt in den Gemeinden Entwicklungsleitbilder erarbeitet werden, die sich für die Innenentwicklung als nutzbare Grundlage erweisen, sollten die Kantone diese Bemühungen der Gemeinden unterstützen und die Leitbilder als kommunale beziehungsweise Quartierrichtpläne formalisieren und für behördenverbindlich erklären. Damit könnten Qualitätsziele so robust gestaltet werden, dass sie auch in der Umsetzung von Projekten noch Wirkung entfalten.

Schlussbemerkungen

Urbane Qualität – alle fordern sie, aber niemand kann genau beschreiben, was sie ausmacht. Urbane Qualität entzieht sich letztlich immer wieder der wissenschaftlichen Analyse – dies wurde im NFP 65 deutlich. Dabei geht es um sehr zentrale Fragen des Wohlbefindens, um Lebensqualität im Raum.

Auf politischem Weg hat das Volk in der Schweiz seine Unzufriedenheit mit der heutigen Siedlungsqualität ausgedrückt, in den Fachpublikationen sucht man nach Lösungen für eine bessere Qualität. Das gegenwärtige Zauberwort lautet Verdichtung. Allerdings ist Dichte für die einen positiv, für die anderen negativ konnotiert. Man ist sich darüber nicht einig, wo in welchem Ausmass und in welcher Form verdichtet werden soll und kann. Tatsache ist: Verdichtung alleine schafft noch keine Qualität. Deshalb muss das Ziel *eine qualitativ hochstehende Entwicklung innerhalb der bestehenden Siedlungsstruktur* sein, die dazu beiträgt, unbefriedigende sozialräumliche Situationen zu verbessern. Die angeführten Beispiele zeigen, dass dies möglich ist – in den Kernstädten und vor allem in den Agglomerationen und regionalen Zentren.

Doch bedeutet urbane Qualität für alle dasselbe? Wohl kaum. Deshalb sind die Forderungen nach einer interdisziplinären Herangehensweise und nach Mitwirkungsmöglichkeiten für die Betroffenen, kombiniert mit einem *guten städtebaulichen Entwurf*, wohl so zentral. Urbanität muss nicht überall gleich umgesetzt werden. Der Ortsbezug ist eminent wichtig. Und darum sind die Gemeinden gefordert, mit den privaten Projektentwicklern in einen Dialog zu treten und das öffentliche Interesse des Ortes verstärkt in private Projekte einfließen zu lassen.

AKTEURE DES NFP 65

122

Leitungsgruppe des NFP 65

Prof. Dr.-Ing. Jürg Sulzer, Präsident

Stiftungsprofessur Stadtumbau und Stadtforschung an der Technischen Universität Dresden, Fakultät Architektur und Leiter des Görlitz Kompetenzzentrums Revitalisierender Städtebau

Prof. Dr. Hartmut Häussermann († 2011)

Professor für Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Elisabeth Merk

Stadtbaurätin, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, München

Prof. Dr. Daniel B. Müller

Department of Hydraulic and Environmental Engineering, Norwegian University of Science and Technology NTNU, Trondheim

Prof. Dr. Werner Oechslin (bis Nov. 2013)

Professur für Kunst- und Architekturgeschichte, ETH Zürich

Prof. Dr. Karl W. Steininger

Institut für Volkswirtschaftslehre und Wegener Zentrum für Klima und Globalen Wandel, Universität Graz

lic. phil. Brigit Wehrli-Schindler (seit 2012)

Soziologin, Nachfolge Hartmut Häussermann

Delegierter der Abteilung Programme des Nationalen Forschungsrats

Prof. Dr.-Ing. Kay W. Axhausen

Institut für Verkehrsplanung und Transportsysteme, ETH Zürich

Bundesvertreterin

Dr. Maria Lezzi

Direktorin des Bundesamtes für Raumentwicklung ARE

Leitung Wissenstransfer

Dominik Büchel, advocacy AG, Basel

Programmkoordination

Dr. Stephanie M. Schönholzer (bis 2013), Schweizerischer Nationalfonds, Bern

Dr. Pascal Walther (seit 2013), Schweizerischer Nationalfonds, Bern

Fachliche Begleitgruppe dieser Publikation

Hans-Georg Bächtold, Generalsekretär Schweizer Ingenieur- und Architektenverband (SIA)

Prof. Dr. Angelus Eisinger, Direktor Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU)

Heidi Haag, Vereinigung für Landesplanung (VLP)

Katrin Jaggi, Architektur und Städtebau, Zürich

Thomas Stauber, Mobimo AG, Küsnacht

Dr. Ulrike Sturm, Hochschule Luzern, Technik & Architektur (CCTP)

123

Aus dem NFP 65 resultieren zwei Syntheseberichte:

Sulzer, Jürg und Desax, Martina: Stadtwerdung der Agglomeration. Die Suche nach einer neuen urbanen Qualität. Scheidegger & Spiess 2015, Zürich 2015.

Wehrli-Schindler, Brigit: Urbane Qualität für Stadt und Umland. Ein Wegweiser zur nachhaltigen Raumentwicklung. Scheidegger & Spiess, Zürich 2015.

VERZEICHNIS DER FORSCHUNGSPROJEKTE DES NFP 65

www.nfp65.ch » Projekte

124

Im vorliegenden Synthesebericht werden für Hinweise auf einzelne Projekte die untenstehenden Akronyme verwendet.

UPSMT

Urbane Potenziale und Strategien in metropolitanen Territorien – am Beispiel des Metropolitanraums Zürich

Prof. Dr. Marc Angélil, ETH Zürich; Prof. Kees Christiaanse, ETH Zürich;
Prof. Dr. Ing. Vittorio Magnago Lampugnani, ETH Zürich; Prof. Dr. Christian Schmid, ETH Zürich; Prof. Günther Vogt, ETH Zürich

www.angelil.arch.ethz.ch

CITI

Stadt- und Landschaftsgestaltung – öffentliche Räume in der «Città Ticino» von morgen

Prof. Michele Arnaboldi, Università della Svizzera italiana USI, Mendrisio

www.arc.usi.ch/en/research-and-institutes/institutes/labti

SUPAT

Nachhaltige Stadtentwicklungsmuster – Sustainable Urban Patterns

Prof. Dr. Gerhard Schmitt, ETH Zürich; Prof. Dr. Michel Bierlaire, ETH Lausanne;
Dipl. Arch. ETH Franz Eberhard, Zürich; Prof. Piet Eckert, e2a Eckert Eckert Architekten, Zürich; Prof. Dr. Angelus Eisinger, RZU Zürich; Prof. Dr. Adrienne Grêt-Regamey, ETH Zürich; Prof. Mathias Müller, em2n Architekten AG, Zürich;
Dipl. Arch. ETH Silva Ruoss, Guagliardi Ruoss, Zürich; Prof. Dr. Thomas F. Rutherford, ETH Zürich; M.Sc. M.Arch. Markus Schaefer, Hosoya Schaefer Architects, Zürich; Dr. Michael Stauffacher, ETH Zürich

www.ia.arch.ethz.ch/schmitt

FUI

Die Food-Urbanism-Initiative

Craig Verzone, MLAUD, Verzone Woods Architectes, Rougemont; Dr. Lukas Bertschinger, Agroscope; Prof. Dr. Jeffrey Huang, ETH Lausanne; Prof. Dr. Michel Dumondel, ETH Zürich; Christina Woods, M.Arch., Verzone Woods Architectes

www.vwa.ch

UBLI

Urbane Brüche. Lokale Interventionen: Perspektiven einer suburbanen Planung

Prof. Dr. Joris Ernest Van Wezemaal, Universität Freiburg; Prof. Dietmar Eberle, ETH Zürich; Prof. Dr. Daniel Kübler, Universität Zürich

<http://vanwezemaal.wordpress.com>

125

Wissenschaftliche Schlussberichte NFP 65

Angélil, Marc et al.: Nationales Forschungsprogramm NFP 65 – Neue urbane Qualität. Projekt 406540_130548. Urbane Potentiale und Strategien in metropolitanen Territorien. Am Beispiel des Metropolitanraums Zürich. Wissenschaftlicher Schlussbericht, Zürich, Dezember 2013.

Urbane Potenziale und Strategien in metropolitanen Territorien – am Beispiel des Metropolitanraums Zürich, ETHZ 2014. www.angelil.arch.ethz.ch
Die Zitate zu diesem Forschungsprojekt im Text beziehen sich auf diese Publikation.

Arnaboldi, Michele et al.: Final Scientific Report NRP 65 «New Urban Quality». Project Number: 406540_130619
Project title: Public Space in the «Città Ticino» of Tomorrow. Final Scientific Report, March 2014.

Schmitt, Gerhard et al.: Nationales Forschungsprogramm NFP 65, «Neue Urbane Qualität», Sustainable Urban Patterns/Nachhaltige urbane Muster. Wissenschaftlicher Schlussbericht, Dezember 2013
www.supat.ethz.ch, letzter Zugriff, 19.12.2014
Die Zitate zu diesem Forschungsprojekt im Text beziehen sich auf den hier einsehbaren Schlussbericht sowie auf das Stakeholdersummary

Verzone, Craig et al.: fui – Food Urbanism Initiative. Final Scientific Report, Februar 2014.

Van Wezemaal, Joris et al.: Prozess Städtebau. Strukturen, Dynamiken und Steuerungsmodi der Raumbildung in der Gegenwart. Schlussbericht zum Forschungsprojekt «Urbane Brüche/lokale Interventionen» im Rahmen des NFP 65 «Neue Urbane Qualität». Wissenschaftlicher Schlussbericht, März 2014.
Prozess Städtebau – Strukturen, Dynamiken und Steuerungsmodi der Raumbildung der Gegenwart, Zürich 2014.
http://vanwezemaal.files.wordpress.com/2014/03/scientificreport_vanwezemaal.pdf
Die Zitate zu diesem Forschungsprojekt im Text beziehen sich auf diese Publikation.

LITERATURVERZEICHNIS

126

Einleitung

Daum, Matthias und Schneeberger, Paul: Daheim – eine Reise durch die Agglomeration. Zürich 2013.

Amt für Raumentwicklung Kanton Zürich und Statistisches Amt Kanton Zürich: Akzeptanz der Dichte. Zürich 2015.

Leitungsgruppe des NFP 54 (Hg.): Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung – Von der Verwaltung zur aktiven Entwicklung. Programmsynthese des Nationalen Forschungsprogramms 54. Bern 2011

Lezzi, Maria: Widmung der Flächen. Haben Zonenpläne ausgedient? Referat am ETH Forum Wohnungsbau 2012, www.wohnforum.arch.ethz.ch/sites/default/files/tagungen/lezzi_praesi.pdf (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Loderer, Benedikt: Die Landesverteidigung. Eine Beschreibung des Schweizerzustandes. Edition Hochparterre, Zürich 2012.

TEC 21, 8/2012: Neu auf die Schweiz zugehen. Gespräch zwischen Hans-Georg Bächtold, Michael Koch, Andreas Nütten und Fritz Schumacher, S.28f.

1. Kapitel

Bundesamt für Raumentwicklung (Hg.): Raumkonzept Schweiz. Bern 2012.

Frey, René L. : Städtewachstum, Städtewandel. Basel 1990.

Kanton Zürich: Richtplan. Raumordnungskonzept. Zürich 2013.

Sellers, Jefferey M.; Kübler, Daniel; Walks, R. Alan; Walter-Rogg, Melanie (Hg.): The Political Ecology of the Metropolis. Metropolitan Sources of Electoral Behaviour. Colchester 2013.

Müller, Felix E.: Zürich darf keine Angst vor Grösse haben. In: NZZ am Sonntag, 27.04.2012.

Schweizerischer Nationalfonds: Neue urbane Qualität. Ausführungsplan des Nationalen Forschungsprogramms 65. Bern 2009.

Sulzer, Jürg: Der Traum von der schönen Stadt. In: NZZ, 12.11.13.

Sulzer, Jürg und Desax, Martina: Stadtwerdung der Agglomeration. Zürich 2015.

Wehrli, Brigit: Mehr städtische Dichte für die Agglomeration. In: NZZ, 2.12.2013.

Wehrli, Brigit: Gestern Problemlösungen, heute Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. In: Stadtentwicklung Zürich (Hg.): Stadtblick 20. Zürich 2009, S.4–7.

Zimmerli, Joëlle: Weniger dörfliche Korsette für die Städte. In: NZZ, 2.12.2013.

2. Kapitel

Schlussberichte der NFP 65 Projekte (Vgl. S.121).

Arnaboldi, Michele und Sassi, Enrico: Atlante Città Ticino 1. Comprensorio Fiume Ticino Nord. Mendrisio 2012.

Arnaboldi, Michele und Sassi, Enrico: Atlante Città Ticino 2. Comprensorio Fiume Ticino Sud. Mendrisio 2013.

Sulzer, Jürg und Desax, Martina: Stadtwerdung der Agglomeration. Zürich 2015.

3. Kapitel

ETH Zürich: PeRL Perspektive Raumentwicklung Limmattal, www.irl.ethz.ch/re/cooperation/perl (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Lampugnani, Vittorio Magnago: Wo leben wir? In: Das Magazin, 36/2014, S.37–44. Kanton Zürich: Richtplan. Raumordnungskonzept. Zürich 2013.

Amt für Raumentwicklung Kanton Zürich und Statistisches Amt Kanton Zürich: Akzeptanz der Dichte. Zürich 2015.

Sieverts, Thomas: Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Braunschweig 1997.

Sulzer, Jürg und Desax, Martina: Stadtwerdung der Agglomeration. Zürich 2015.

Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN: Netzwerk Altstadt, www.netzwerk-altstadt.ch (zuletzt aufgerufen 27.3.2015).

Wissen Hayek, Ulrike; von Wirth, Timo; Kunze, Antje; Neuenschwander, Noëmi: How does the Limmattal present itself in the year 2030? Four regional scenarios. NFP 65 Working Paper. O.O. 2012.

Wüest & Partner (Hg.): Immo-Monitoring 2014. Band 1, Herbstausgabe. Zürich 2014.

Kapitel 3.3

Referenzbeispiele: (Hinweise auf Webseiten nur im Lauftext)

Allreal-Gruppe (Hg.): Richti Wallisellen. Band 1 Städtebau. Zürich 2011.

Cabane, Philippe: Erlenmattquartier in Basel – Vom politischen Management zur urbanen Qualität. In: TEC21, 14–15/2005, S.14–16.

Familienheim-Genossenschaft Zürich FGZ: Jahresbericht 2013. Zürich 2014.

Gantenbein, Köbi: Am Dorfrand strahlen rote Ziegel. In: Hochparterre 9/14, S.64–67. Gemeinde Köniz (Hg.): Planung in der Agglomeration. Architektur in Köniz 1990–2015. Bern 2013.

Herzog, Andres: Grün ist der Hof. Richti Areal in Wallisellen. In: Hochparterre 1–2/2014

Hochparterre (Hg.): Baden: Kleine Stadt auf grosser Fahrt. Beilage zu Hochparterre 6–7/2007.

127

Hochparterre (Hg.): Die Birsstadt. Sieben Gemeinden – eine Behauptung. Beilage zu Hochparterre 8/2007.

Hochparterre (Hg.): Richti Wallisellen. Der Blockrand oder die neue Selbstverständlichkeit. Beilage zu Hochparterre 6–7/2009.

Hochparterre (Hg.): Schlieren blüht auf. Neues Zentrum und Wohnen auf den Industriebrachen. Beilage zu Hochparterre 4/2010.

Hochparterre (Hg.): Das grüne Dorf. Warum die Gemeinde Fläsch den Wakkerpreis gewinnt. Beilage zu Hochparterre 6–7/2010.

Hochparterre (Hg.): Lausanne. Themenheft von Hochparterre 11/2013.

Hochparterre (Hg.): Greencity. Themenheft von Hochparterre 1/2014.

Kanton Zürich: Richtplan. Raumordnungskonzept. Zürich 2013.

Liechti, Richard: Mehr als Reihenhäuser. In: Wohnen 5/2014, S.15–20.

Nyffenegger Brigitte: Freiraumkonzept Birsstadt. In: Anthos 4/2010, S.47–49.

Schweizer Heimatschutz: 40 Wakkerpreise 1972–2011. Zürich 2011.

Schweizer Heimatschutz: Schulthess Gartenpreis 2014. Am Aabach. Stadt Uster. Zürich 2014.

SDOL: Ouest Lausannois. Bilan d'activités 2013. Renens 2014.

Alfons Sonderegger «Wir brauchen eine Vielfalt von Bewohnern», Interview.

In: Wohnen 5/2014, S.10–13.

Stadt Aarau: Qualitätsvolle Verdichtung am richtigen Ort. In: Ortsbürgergemeinde

Aarau: Aarauer Neujahrsblätter 2013. Aarau 2013.

Stadt Schlieren: Mit Schwung in neue Jahrtausend. Jahrheft 2013. Unterengstringen 2013.

Stadt Schlieren: Schlieren im Wandel 2005 bis heute. Evaluation des Stadtentwicklungsprozesses. Schlieren 2014.

Sulzer, Jürg und Desax, Martina: Stadtwerdung der Agglomeration. Zürich 2015.

4. Kapitel

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Bundesrat setzt revidiertes Raumplanungsgesetz auf den 1. Mai 2014 in Kraft. Medienmitteilung vom 2.4.2014.

Hochschule Luzern (Hg.): Qualitätsvolle Innenentwicklung von Städten und Gemeinden durch Dialog und Kooperation. Argumentarium und Wegweiser. Luzern 2014.

Lampugnani, Vittorio Magnago: Wo leben wir? In: Das Magazin, 36/2014, S.37–44.

Delcourt, Pierre Yves; Pedrina, Francesca; Pfister, Paul: Ausbildung Raumplanung in der Schweiz. Analyse des Ausbildungsangebots mit Blick auf die Bedürfnisse der Raumplanung in der Praxis. Schlussbericht. 2014.

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Modellvorhaben Nachhaltige Raument-

wicklung 2014–2018, www.are.admin.ch/themen/raumplanung/modellvorhaben/2014–2018 (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Programm Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten, www.are.admin.ch/projetsurbains (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Bundesamt für Raumentwicklung ARE und Bundesamt für Energie BFE: Nachhaltige Quartiere, www.nachhaltige-quartiere.ch (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Bundesamt für Raumentwicklung ARE; Bundesamt für Energie BFE; Kanton Waadt; Stadt Lausanne; Schéma directeur de l'Ouest lausannois (SDOL): Nachhaltige Quartiere, www.nachhaltigequartierebysmeo.ch (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Regionalplanung Zürich und Umgebung RZU: Regionalplanung Zürich und Umgebung RZU, www.rzu.ch (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein: Ausbildungsangebot für Raumplanungsfachleute ist mangelhaft, www.sia.ch/de/dienstleistungen/artikelbeitraege/detail/article/ausbildungsangebot-fuer-raumplanungsfachleute-ist/ (zuletzt aufgerufen: 27.3.2015).

5. Kapitel

Cabane, Philippe: Soziale Nachhaltigkeit und Lebensqualität. In: Leitungsgruppe des NFP 54 (Hg.): Nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung – Von der Verwaltung zur aktiven Entwicklung. Programmsynthese des Nationalen Forschungsprogramms 54. Bern 2011, S.122–145.

Hochschule Luzern (Hg.): Qualitätsvolle Innenentwicklung von Städten und Gemeinden durch Dialog und Kooperation. Argumentarium und Wegweiser. Luzern 2014.

Metron AG: 7 Tools zur Innenentwicklung. Die Metron Dichtebox. Themenheft 27, Brugg 2011.

Muggli, Rudolf: Ist der Föderalismus an der Zersiedelung schuld? Pilotstudie und Thesen. Zürich 2014.

Eisinger, Angelus: Referat Delegiertenversammlung RZU, Zürich 26.6.2014.

Gorgolewski, Marc; Komisar, June; Nasr, Joe: Carrot City – Creating Places for urban Agriculture. New York 2011.

Oswalt, Philipp; Overmeyer Klaus, Misselwitz Philipp: Urban Catalyst – Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln. Berlin 2013.

Wissen Hayek, Ulrike; von Wirth, Timo; Kunze, Antje; Neuenschwander, Noëmi: How does the Limmattal present itself in the year 2030? Four regional scenarios.

NFP 65 Working Paper. O. O. 2012.

